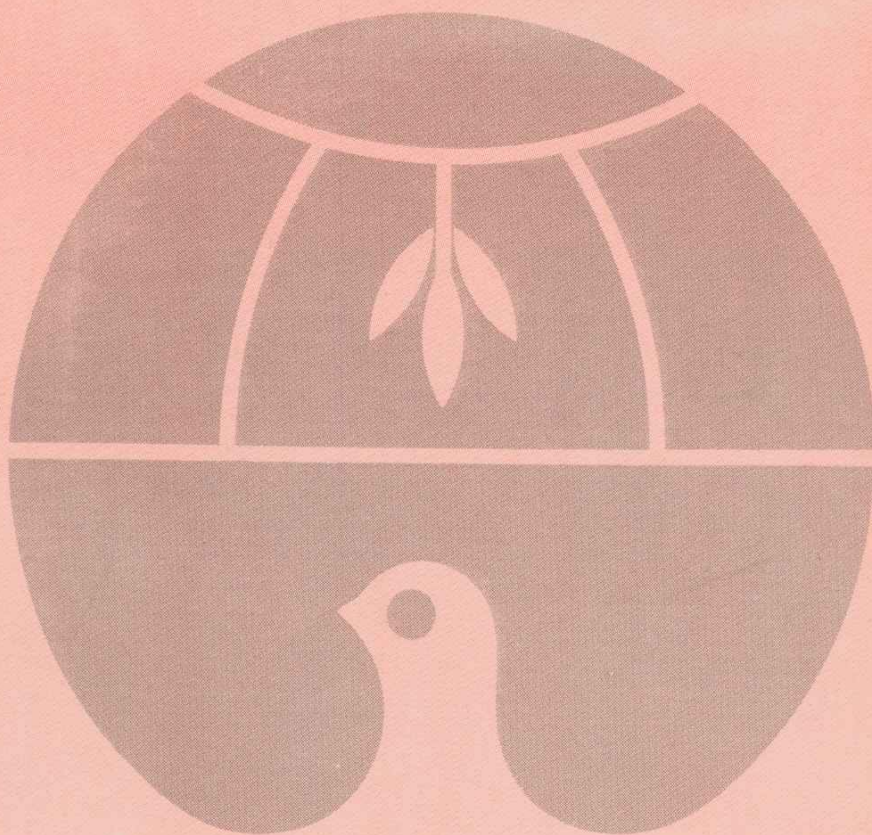


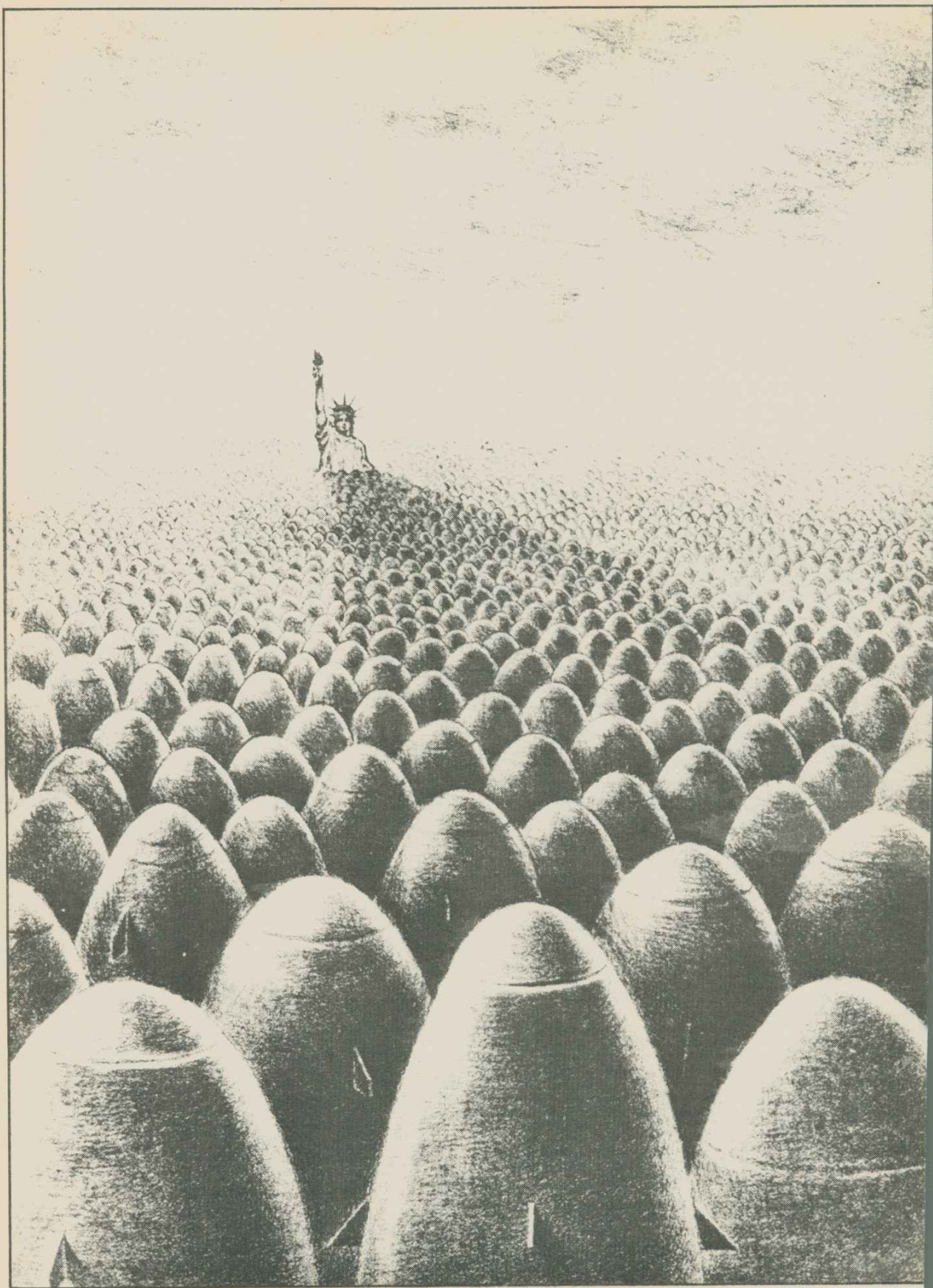
NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
"HENRICH RAU"
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 300
Fachbibliothek



**IM NUKLEAREN ZEITALTER
IST DIE RETTUNG DER ERDE
VOR DEM NUKLEAREN UNTERGANG
DIE AUFGABE DER GESAMTEN MENSCHHEIT,
DIE SACHE ALLER VÖLKER.**

M.S. GORBATSCHOW



WORT DES REDAKTEURS

TRAGISCHES SYMBOL

Der russische Schlachtenmaler Werestschagin sah die Apotheose der Kriege des vergangenen Jahrhunderts in einem Berg menschlicher Schädel, von hungrigen Raben abgepickt. In der Phantasie unseres Zeitgenossen (siehe zweite Umschlagseite) entstand eine eigene Variation des Antikriegsthemas: Die amerikanische Freiheitsstatue, umgeben von unzähligen Nuklearsprengköpfen — jeder von ihnen von einer Stärke, die die Sprengkraft aller Explosionen des 19. Jh. übersteigt. Würden diese Monster gleichzeitig zum Einsatz kommen... Die Apotheose des thermonuklearen Krieges wird ihren Maler nicht mehr finden.

Doch was soll hier die Freiheitsstatue? Nukleararsenale gibt es ja nicht nur in den USA. Ja, stimmt. Doch wir wollen nicht vergessen, wer als erster die Atombombe entwickelte, wer sie als erster einsetzte, wer die Welt in ein wahnsinniges Wettüben stürzte, wer damit Weltherrschaftsansprüche, die Illusion verband, die historische Auseinandersetzung der beiden Gesellschaftssysteme gewaltsam zu entscheiden. Diese Illusion hat man auch heute nicht aufgegeben. Noch gar nicht lange ist es her, da schlug der berühmte Richard Pipes, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der USA, der Administration vor, der Sowjetunion folgendes Ultimatum zu stellen: entweder eine friedliche Veränderung des sowjetischen Systems in für den Westen wünschenswerter Richtung oder ein Nuklearkrieg.

Allerdings haben wir seitdem auch andere Reden vernommen. Im Herbst v. J. stimmte der US-Präsident in Genf der Erklärung zu, daß ein nuklearer — ja, ein beliebiger — Krieg zwischen der UdSSR und den USA ausgeschlossen sein müsse, daß es in einem nuklearen Konflikt keine Sieger geben könne. Es schien, als habe man anerkannt, daß das Nuklearzeitalter mit dem Faustrecht in der Politik ein für allemal Schluß gemacht hat. Das politische Bewußtsein muß endlich in Übereinstimmung mit den politischen Realitäten kommen. Doch was hat sich seitdem geändert? Werden nicht jenseits des Atlantik weiterhin Berge neuer Waffen aufgehäuft? Hat man dort etwa Abstand von der Idee genommen, das Wettüben auf den Weltraum auszuweiten? Nein, Washington hat die Erstschlagsstrategie nicht aufgegeben. Die Nuklearfanatiker hegen nach wie vor die Illusion, beim Rüstungswettlauf vorzupreschen, sich militärische Überlegenheit zu sichern, einen Erstschlag zu führen und der Vergeltung zu entgehen.

In der Erklärung Michail Gorbatschows vom 18. August d. J. heißt es, daß in den USA dem neuen Denken, das durch die Realitäten des Nuklearraketenzeitalters bedingt ist, der Rüstungswahnsinn einer rechten militaristischen Gruppierung gegenübersteht.

POST

Wir Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges sind bereit, jede Zeile der Erklärung Michail Gorbatschows vom 18. August zu unterschreiben. Wir kennen den Krieg nicht vom Hörensagen. Wir haben alle seine Schrecken mit eigenen Augen gesehen und können uns die katastrophalen Folgen eines Kernwaffenkonflikts vorstellen, zu dem es auf keinen Fall kommen darf. Washington bleibt aber taub für die Friedensinitiativen unseres Landes. Wie lange noch kann es sich über das Gebot der Stunde hinwegsetzen! Die Welt gleitet ja in eine nukleare Katastrophe ab.

A. LEWTSCHENKO
Gebiet Buchara,
Usbekische SSR

Ich kann Herrn Knoll (Post, Heft 24/86) nur beipflichten, daß viele bei uns sich gleichgültig gegenüber dem aggressiven NATO-Block verhalten, ja immer mehr Annäherung anstreben. Die Massenmedien verhindern eine Aufklärung über die konsequente Politik der UdSSR. Wenn schon nicht immer offene Hetze gegen sie, so doch tägliche Diffamierung. Auch im Fall Tschernobyl zeigte sich der unterschwellige Haß.

Leo LAHERSTORFER
Wien

Genau vor einem Jahr war ich mit der australischen Delegation zu den XII. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in der UdSSR. Unvergesslich ist mir der glänzende Erfolg der Veranstaltung, die nochmals das innige Streben der Weltjugend nach Frieden, Abrüstung, Freiheit und Gerechtigkeit gezeigt hat. Ihnen möchte ich viel Erfolg mit der vom XXVII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Politik des Friedens und sozialen Fortschritts wünschen.

Andrew PIPERIDES
Canterbury, Australien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

36

1986

Gründungsjahr 1943

10
Urho Kaleva Kekkonen
zum Gedenken

14
Der XI. Weltge-
werkschaftskongreß

17
Die Kernenergetik
nach Tschernobyl

19
Bulgarien.
Auf Lizenz von "Nef-
techim"

20
KDVR.
Lebensader Tedong

31
Kasparow--Karpow:
Halbzeit
in London

PANORAMA(11). NZ
VOR 40 JAHREN(24).
DISKUSSION MIT DEM
LESER(30).

HOBOE
ВРЕМЯ



Unser Titelbild:
Montage von N. Stscher-
bakow
Zweite Umschlagseite:
Zeichnung von I. Smir-
now



WOLKEN ÜBER LIBYEN

Die Schiffe der 6. Flotte, U-Boote und Jagdbomber der USA halten erneut, wie im April d. J., als dieses Foto entstand, Libyen im Visier. Im Weißen Haus erfindet man

erneut verlogene Vorwände für eine Aggression, um das unabhängige Land zu "bestrafen". Auch eine andere Absicht wird damit verfolgt — die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der obstruktivistischen Haltung Washingtons zur Frage Nr. 1, der Einstellung der Kernwaffentests, abzulenken.

S. 8

NEONAZIS OHNE HAKENKREUZ

— so wird eine rechtsextremistische Gruppe genannt, deren Mitglied unter dem Verdacht, Olof Palme ermordet zu haben, verhaftet wurde. Wie sich herausstellt, agiert diese Gruppe nicht nur in Schweden — solche Flugblätter verbreiten die Neonazis ohne Hakenkreuz z. B. in der BRD. Das Zentrum der Gruppe aber befindet sich in den USA... Über die Ergebnisse der Recherchen der NZ lesen Sie auf

S. 25

Frieden
schaffen
mit
Strahlen-
waffen



DIE CHILENEN ATTACKIEREN DIE DIKTATUR



13 Jahre, seit dem blutigen Militärputsch vom 11. September 1973, ist die Pinochet Junta in Chile an der Macht. Der General will ein "Tausendjähriges Reich" in Chile errichten. Doch der Widerstand des Volkes wächst. Schon neun von zehn Chile-
nen gehören der Antidiktator-Koalition an. Das Weiße Haus hofft noch, für "Ordnung" in Chile sorgen zu können, noch hat nicht wenige ergebenen Henkersknecht doch der "ewige Diktator" selbst sucht sich bereits ein Asyl in Paraguay oder der RSA...

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW [Stellv. Chefredakteur], J. GUDKOW [Verantw. Sekretär], A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW



Friedenskundgebung in Moskau
Foto: TASS



Moratorium — Schritt zur atomwaffenfreien Welt

Moskau appelliert an den gesunden
Menschenverstand

Die Zeit der Kriege ist vorbei

Valentin FALIN

Im November v. J. erklärten der Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan in Genf, es sei notwendig, als Teil eines Prozesses weltweiter Verbesserungen konkrete Maßnahmen zur Gesundung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu ergreifen. In diesem Zusammenhang vereinbarten sie, daß beide Seiten ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, das Wettrüsten auf der Erde einzustellen und es nicht auf den Weltraum auszudehnen. Das für 86 vorgesehene und immer noch geplante Treffen sollte eine Bilanz gemeinsamer und einseitiger Bemühungen ziehen, um, nachdem positive Ergebnisse abgesteckt wurden, weiter voranzukommen.

Michail Gorbatschow machte während seiner Reise in den sowjetischen Fernen Osten darauf aufmerksam, daß er und der Präsident nicht übereingekommen wären, sich auf jeden Fall zu treffen, ungeachtet der entstandenen Lage und indem man davon abstrahiert, was die Seiten, jede für sich oder gemeinsam, unternehmen. Treffen um der Treffen willen, nur um leeres Stroh zu dreschen, sind überflüssig. Die Völker erwarten von ihren Spitzenpolitikern Taten und keine Worte.

Es wäre natürlich zu erwarten, daß die Staaten, um konkrete Lösungen bemüht, ihre Energie Problemen widmen, die praktischer Lösungen harren. Ein solches technisch und politisch einfaches Problem ist heutzutage die Einstellung

von Atomwaffenversuchen. Deshalb einfach, weil die Sowjetunion seit einem Jahr keine Tests mehr durchführt. Deshalb einfach, weil für seine Lösung nichts weiter nötig ist, als der gute Wille der USA. Leider hat Washington keine einzige Formulierungsvariante einschlägiger Vereinbarungen, deren die sowjetische Führung mehrere vorgelegt hatte, akzeptiert. Man muß bezweifeln, ob sie dort überhaupt ernsthaft geprüft wurden.

Die Weigerung der USA, ihre Kernwaffenversuche einzustellen, paßt so gar nicht zusammen mit amerikanischer Rhetorik darüber, wie wünschbar es sei, "letzten Endes" diese Waffe zu verbieten und sie aus den Arsenalen aller Staaten zu entfernen. Dafür werden neue Systeme und Spielarten atomarer Waffen hochgezüchtet. Diese Linie paßt sich ein in Handlungen der USA, die auf eine Zerstörung des Rüstungskontrollmechanismus im ganzen abzielen, der unter großen Mühen in den 60er und 70er Jahren geschaffen wurde. Die Weigerung, sich dem sowjetischen Moratorium anzuschließen, die Verletzung des ABM-Vertrages, die fortgesetzten Explosionen in Nevada und die Ankündigung, aus den SALT-1- und SALT-2-Verträgen aussteigen zu wollen, sind Glieder ein und derselben Kette.

Der nicht ganz unbekannte Kenneth

Adelman, Direktor der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde, nannte ohne lange zu fackeln den Grund dafür, warum die Amerikaner sich sträubten, den SALT-2-Vertrag zu ratifizieren. Nach seinen Worten hätte eine Ratifizierung des Vertrages bedeutet, in die 80er Jahre Prinzipien zu übertragen, die einer schriftweisen Begrenzung strategischer Offensivwaffen zugrundeliegen. Diese Prinzipien, so Adelman, wären im Fall einer Ratifizierung von SALT 2 eine Art Gesetz für die USA geworden und damit für die jetzige Administration absolut inakzeptabel.

Prinzipien passen heute keinem in Washington so recht ins Konzept. Am meisten stört sie das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Die USA weigern sich anzuerkennen, daß Sicherheit für alle Staaten gleichermaßen gelten muß. Sie wollen eine eigens auf sie zugeschnittene Sicherheit, die die Lebensinteressen anderer Staaten ignoriert. Sie nehmen Drohhaltung an: Gebt Ihr nicht freiwillig, gebrauchen wir eben Gewalt.

Wir wollen hier den Gewaltbegriff nicht schematisieren und auf Waffen reduzieren, die, wenn sie auch nicht schießen, jeden Moment Feuer von sich geben können. Die hartnäckigen Versuche der USA, die Sowjetunion in einen Wettstreit hineinzuziehen, bei dem neue Waffensysteme entstehen, die mit jedem Tag teurer werden, sind auch eine Methode, Krieg zu führen. Einst nannten die Amerikaner ihn "kalt", wenn sich auch die an ihn geknüpften Absichten kaum von denen einer "heißen" Variante unterscheiden. 1947, als Washington sich um die öffentliche Meinung und die Ansichten der eigenen Verbündeten noch weniger scherte als heute, wurde die Forderung formuliert, von außen "den Druck auf die UdSSR mit der Absicht zu vergrößern", "die Sowjetmacht entweder zu vernichten oder sie sukzessive abzutragen". Das war damals. Heute verkauft man denselben Ramsch als "Strategische Verteidigungsinitiative".

Also war die ganze Erfahrung des "kalten Krieges" und der "qualvollen Revision" der Elementarpolitik der 60er und 70er Jahre durch Washington umsonst? Es kommt vor, daß sich Erwachsene mit Kinderkrankheiten anstecken, die im weiteren Verlauf zu schweren Komplikationen führen können.

Warten, bis sie durchgestanden sind? Würden die Neoglobalisten im eigenen Saft schmoren, könnte man abwinken und sagen: Wenn Ihr unbedingt Dummheiten machen wollt, dann macht sie doch. Allerdings haben die US-Regierenden nicht vor, sich untereinander zu prügeln oder schaffenzuboxen. Sie beabsichtigen, ein Weltraumwaffenarsenal über anderen Ländern aufzuhängen. Das ist so, als hätte man vor dem zweiten Weltkrieg ein System permanenter Erkundungsflüge ausländischer Flugzeuge über den wichtigsten Militärobjekten auf

dem Territorium des "potentiellen Gegners" errichtet. Wenn sich schon damals niemand mit dieser originellen Idee angefreundet hätte, würde das heute, im Atomzeitalter, niemand passiv über sich ergehen lassen, der noch eine Partikel gesunden Menschenverstandes besitzt.

An den gesunden Menschenverstand und den Selbsterhaltungstrieb appellieren wir gerade, an die Würde und das allgemeinemenschliche Verständnis von Sittlichkeit. Wir appellieren an die Würde und den gesunden Menschenverstand der Amerikaner selbst, der Europäer und der Bewohner aller Erdteile.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU hieß es, daß die UdSSR internationale Beziehungen nicht auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen beschränken will. Die Völkergemeinschaft umfaßt an die 160 Länder. Jedes hat seine eigenen Interessen, Traditionen und Besonderheiten.

Der Zustand und das Auf und Ab der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geht sehr viele direkt etwas an. Allein schon deshalb, weil amerikanische Erstschlagswaffen nicht irgendwo stationiert werden, sondern in Westeuropa und in Asien, weil US-Stützpunkte wie

ein dichtes Netz die Alte und die Neue Welt überziehen. Folglich betrifft das Problem von Waffen mit immer grausameren und raffinierteren Eigenschaften, wozu schließlich auch Atomtests durchgeführt werden, die ganze Welt. Eine neue und nach militärischen Maßstäben effektivere Rüstung geht direkt von der Sicherheit für alle ab und je weiter, desto mehr.

Die Militärtechnologie darf die Zukunft der Menschheit nicht programmieren. Selbst wenn eine solche Wendung dem mächtigen und einflußreichen militärisch-industriellen Komplex im Westen ganz gelegen käme. Berücksichtigt man die Anflugzeit amerikanischer Erstschlagsraketen, lebt die Welt heute im militärtechnischen Sinne bereits 6 Minuten vor der Katastrophe. Die Pflicht der führenden Politiker besteht darin, zu verhindern, daß aus Minuten Sekunden werden, besteht darin, den Teufelskreis des Wettrüstens zu durchbrechen, besteht darin, allen, die Macht haben, ins Bewußtsein zu rufen, daß die Zeit der Kriege zwischen Staaten vorbei ist. Zivilisation ist nur unter Bedingungen stabilen Friedens möglich. Jetzt und für die Zukunft. Was auch der gute oder böse menschliche Genius noch immer erfinden mag.

Das „Bulldozersyndrom“

Akademienmitglied Georgi ARBATOW

Die Welt befindet sich an einem Scheideweg. Von den Beschlüssen, die in nächster Zeit gefaßt werden, hängt ab, ob wir den Weg der Reduzierung der Rüstungen und der Schaffung wahrer Sicherheit — das sind heute praktisch gleichbedeutende Begriffe — gehen, oder ob wir in eine Zeit völlig unbegrenzten Wettrüstens, eines wahren nuklearen Chaos treten werden.

Es wäre schlimm, wenn uns ein trauriges Ende wegen Irrtümern und Unwissenheit, weil wir es nicht vermochten, irgendwelche Fragen einander zu erklären, erwarten würde.

Ich sage das, weil die sowjetische Politik heute in den USA und in einigen anderen westlichen Ländern zum Objekt besonders massiver Desinformation und übler Verdrehungen durch Regierungen und Massenmedien wurde. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge stoßen auf eine Mauer des Schweigens.

Die US-Administration hat sich offenbar ernstlich der Massenmedien angenommen. Die Unterstützung des Kurses der Administration oder zumindest kein Aufmucken gegen diese gelten sozusagen als Probe auf die Loyalität. Die Medien sollen schweigen — sonst werden sie eben des Antiamerikanismus bezichtigt. Und das wirkt häufig genug.

Selbst vor direkter Einmischung macht man nicht halt. So plante NBC eine interessante Reihe von Programmen und Dialogen, an denen namhafte Politiker aus den USA und der UdSSR teilnehmen sollten: Außenminister, Verteidigungsminister, Generalstabschefs und vielleicht sogar die führenden Politiker.

Doch die US-Regierung wandte sich gegen diese Idee. NBC aber entschied sich beim Staatskomitee der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk; so konnte diese Absicht nicht verwirklicht werden.

Man versucht, das Publikum bezüglich der sowjetischen Vorschläge in Unkenntnis zu halten. In den USA sollen aber werden Presse und Fernsehen Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik so dürftig mit Informationen versorgt, daß sie kaum etwas Vernünftiges von sich geben können. Sonst würde sie sich nicht so an jedes Wort von Mr. Larry Speakes klammern, als offeriert er bei seinen zahllosen Briefings frische saftige Beefsteaks, nicht aber seit langem und wiederholt abgenagte Knochen.

An all das denkt man unwillkürlich auch im Zusammenhang mit der Haltung der USA gegenüber den jüngsten sowjetischen Initiativen. Mit der Zeit wird immer deutlicher, daß die Einschränkung der Nukleartests kein zweitrangiges

Schritt ist. Das ist nicht einfach eine politische Geste und nicht einmal ein Symbol des guten Willens, sondern ein bedeutender, sehr wichtiger praktischer Schritt zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr. Es ist ja so, daß die jetzt laufenden Nukleartests absolut nichts, mit der Verhinderung eines Krieges (oder, wie man sagt, mit einer "möglichen Aggression") zu tun haben, womit man sie ständig zu rechtfertigen sucht. Nuklearwaffen, die schon seit langem getestet sind, gibt es so viele, daß es, selbst wenn sie nicht nur auf die Hälfte, sondern auf ein Drittel, ein Viertel oder ein Fünftel reduziert werden sollten, immer noch mehr als genug für eine "Kriegsverhinderung" bleiben. In Wirklichkeit werden die Tests heute durchgeführt, um Waffen zu entwickeln, mit denen man einen Nuklearkrieg zu führen und zu gewinnen hofft — entgegen allen mündlichen und schriftlichen Erklärungen, das eine wie das andere sei unmöglich. Übrigens wurde die letzte von ihnen vom US-Präsidenten beim Genfer Gipfel unterzeichnet. Dort heißt es, es sei auch seine Meinung, daß ein Nuklearkrieg nicht geführt werden dürfe und es in ihm keine Sieger geben werde.

Der Kurs der US-Administration führt dazu, daß sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in den Hauptfragen nicht nur keineswegs verbessert haben, sondern sie sich weiter gefährlich verschlechtern. Das gilt für das Wettrüsten, die regionalen Konflikte, das weltpolitische Verhalten der USA, selbst für die Rhetorik, die wir aus den Vereinigten Staaten hören. Und was steht noch in diesem Jahr bevor? Am Vorabend der UNO-Vollversammlung sollen Mitarbeiter der sowjetischen Mission aus den USA ausgewiesen werden. Worauf setzen die USA eigentlich in Hinblick auf das Gipfeltreffen, das sie für November–Dezember planen, wenn Washington nach

wie vor gedenkt, SALT 2 zu sprengen, wie die Administration erklärte. Das Gipfeltreffen soll also nur wenige Wochen nach oder unmittelbar vor diesem Schlag gegen die Gesamtstruktur der Vertragsbeziehungen zwischen beiden Ländern stattfinden. Wie stellt man sich das in Washington vor?

Es entsteht der Eindruck, das Weiße Haus sei von dem Wunsch beseelt, das, was in Genf vereinbart wurde, nicht einzuhalten, sondern bis 1983 soviel wie möglich zu zerstören, damit es dann auch die Nachfolger dieser Administration schwer hätten, etwas wiederherzustellen. Dazu gehört die Unterminierung von SALT, die Untergrabung des ABM-Vertrages. Ein wahres "Bulldozersyndrom" ist da zu konstatieren. Die USA wollen alle sie einengenden vertraglichen Beschränkungen loswerden, Völkerrecht wie internationale Organisationen werden ihnen zu einer Bürde. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sie insbesondere aus zwei Abkommen verpflichtet sind, nicht nur Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der Kernwaffentests zu führen, sondern sich auch für eine völlige Einstellung der Nukleartests einzusetzen. Dazu gibt es auch eine Resolution des Senats und des Repräsentantenhauses. Meinungsumfragen zufolge sind 80 Prozent der Bevölkerung für einen solchen Schritt. Doch leider geht all das wirkungslos an der Administration vorbei.

Eine Offensive auf die Gesamtheit selbst jener bescheidenen Beschränkungen des Wettrüstens, die durch bestehende Verträge geschaffen wurden, erfolgt. Anstrengungen werden unternommen, um selbst die Möglichkeit weiterer Verhandlungen zu torpedieren. Wir sagen das nicht, weil wir amerikanische Aktionen fürchten. Selbst in den USA erkennen viele, daß ein Ausscheren aus SALT 2 den Interessen der USA größeren Schaden zufügen würde als denen der Sowjetunion. In diesem Vertrag wurden die Hauptbegrenzungen

für die Amerikaner in ein Zweijahresprotokoll aufgenommen, dessen Geltungsdauer schon längst abgelaufen ist. Was aber die Beschränkungen gegenüber der UdSSR angeht, sind sie in den Vertrag selbst aufgenommen und werden eingehalten. Deshalb wird das unmittelbare Ergebnis sein, daß die UdSSR die Möglichkeit erhalten wird, sehr schnell und ohne größere Anstrengungen ihre strategischen Kräfte zu vergrößern. Wird das von den USA gewünscht?

Doch vor allem geht es hier um die politischen Folgen. Wie kann man vom Streben nach Reduzierung der Kernwaffen sprechen, wenn man vorschlägt, mit der Beseitigung selbst der vorhandenen bescheidenen Beschränkungen zu beginnen? Das wird zweifelsohne Schwierigkeiten für den sowjetisch-amerikanischen Dialog, für die geplanten Treffen schaffen.

Unterdes hat sich in den USA eine Linie abgezeichnet, die Dinge so hinzustellen, als seien alle Hauptfragen eines neuen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens bereits gelöst. Besagter Larry Speakes äußert sich in dem Sinne, daß, wenn das Treffen stattfindet, dies gut sei, wenn aber nicht, dann sei das im Grunde ebenfalls nicht schlecht...

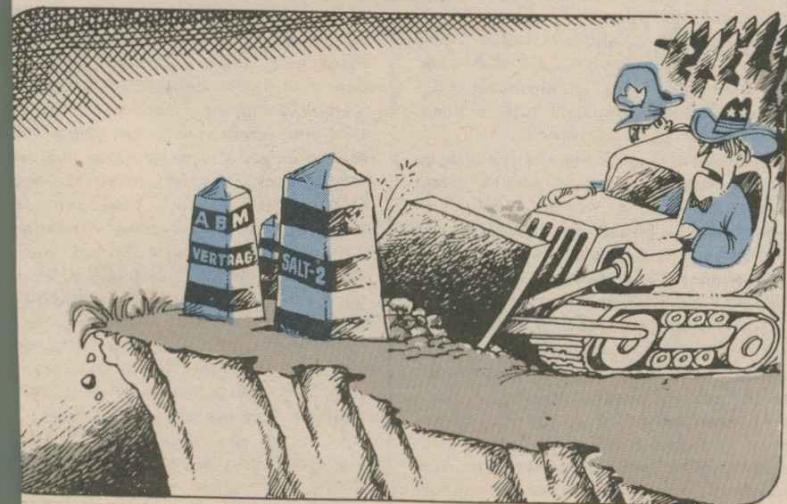
Das ist ein klarer Versuch, die Hauptfrage der Vereinbarung von Genf durch etwas anderes zu ersetzen. Sie besteht darin, daß sich beide Länder verpflichteten, Maßnahmen zur Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, zur Gesundung der Weltlage und zur Beschleunigung der Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung zu ergreifen. So sucht man den Zweck durch die Mittel zu ersetzen.

Bezüglich eines neuen Treffens aber bleiben nach wie vor zwei entscheidende Momente gültig, von denen Michail Gorbatschow sprach. Erstens die politische Atmosphäre, und zweitens soll das Treffen ein Ergebnis bringen. Alles andere ist drittrangig.

In der Politik ist es sehr häufig so, daß man erst dann zu handeln beginnt, wenn es unmöglich ist, nicht mehr zu handeln. Deshalb muß sehr beharrlich für jeden Fortschritt gekämpft werden. Ja, noch sind die Amerikaner nicht zu einer Einstellung der Kernwaffentests bereit. Und ich meine, daß die USA ihre Haltung erst dann ändern werden, wenn der Administration klar wird, daß es anders nicht geht, daß sie ihre Haltung ändern muß, nötigt sie ja dazu die Lage sowohl im eigenen Lande als auch in der Welt.

Ob das möglich ist? Auf diese Frage möchte ich mit einer Gegenfrage antworten: Ist es etwa möglich, die Politik, die die USA jetzt verfolgen, endlos weiter zu betreiben, ohne das Risiko einzugehen, sich und die ganze Welt in die Luft zu sprengen? Und werden die Völkergemeinschaft und die Amerikaner selbst es zulassen, daß eine solche Politik endlos verfolgt wird?

Zeichnung N. Stscherbakow



Realisierbar und verifizierbar

Prof. Michail GOCHBERG

Prof. Dr. sc. rer. nat. Michail GOCHBERG, amtierender Direktor des Schmidt-Instituts für die Physik der Erde der AdW der UdSSR, gab unserem Korrespondenten ein Interview. Michail Gochberg gehört zu den Organisatoren des sowjetisch-amerikanischen Experiments für die Kontrolle der Nukleartests.

NZ. Im Westen wird häufig behauptet, unterirdische Nuklearexplosionen seien "sauber", praktisch ungefährlich. Ist dem so?

M. Gochberg. Nuklearexplosionen überhaupt waren nie unschädlich. Man braucht sich nur an die US-Tests auf dem Bikini-Atoll zu erinnern, als nach einer Explosion radioaktive Asche Hunderte Kilometer weit vom Atoll niederging. Oder erinnern wir uns an die anderen Atolle Mikronesiens, die den USA als Versuchsgelände dienten: Selbst heute noch sind sie wegen der hohen Radioaktivität unbewohnbar.

Wie Sie wissen, hat die Sowjetunion bereits 1955 allen Nuklearmächten vorgeschlagen, die Kernwaffentests einzustellen. 1958 beendeten wir einseitig unsere Nukleartests und riefen die USA und Großbritannien auf, entsprechend zu verfahren. Das Moratorium war etwa ein halbes Jahr in Kraft, doch die Westmächte zeigten kein Entgegenkommen. Als Antwort darauf wurden nur die intensiven Nuklearexplosionen fortgesetzt.

Die Bemühungen der Sowjetunion spielten letztlich die entscheidende Rolle beim Abschluß des Moskauer Vertrages von 1963 über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser. Ein gewisser Fortschritt zu einem Verbot der Nukleartests in allen Medien konnte 1974 erreicht werden, als die UdSSR und die USA einen Vertrag unterzeichneten, der die Durchführung unterirdischer Tests von mehr als 150 kt untersagte. Leider ist durch Schuld der USA dieser Vertrag bislang nicht ratifiziert worden.

Zurück zu Ihrer Frage. Natürlich sind auf den ersten Blick unterirdische Tests

weniger gefährlich. Doch der erste Eindruck täuscht.

NZ. Wie werden die unterirdischen Explosionen durchgeführt?

M. Gochberg. Gewöhnlich geschieht das in Bohrlöchern oder Stollen, wo die Ladung angebracht wird. Die Tiefe des Bohrloches (amerikanischen Angaben zufolge 200 bis 600 Meter) wird so berechnet, daß nichts in die Atmosphäre austritt. Dabei ist ein gewisses Verhältnis zwischen der Stärke der Ladung und der Tiefe, in der sie angebracht wird, zu beachten. Ist diese Bedingung erfüllt, dann soll theoretisch eigentlich nichts in die Atmosphäre austreten.

Was aber geschieht als Folge der Explosion? Eine große Höhle entsteht, im Gestein bilden sich Sprünge. Eine große Erdoberfläche bläht sich auf, und dann bilden sich auf der Oberfläche des aufgeblähten Erdmassivs Risse. Von ihnen eben geht die Gefahr aus. Wenn die Ladung und die Tiefe des Bohrloches nicht richtig berechnet wurden und wenn sich das Gestein von dem vermuteten unterscheidet (und ein solches Risiko ist stets gegeben), kann es zum Austritt radioaktiver Stoffe kommen. Je mehr Explosionen, desto größer wird die allgemeine radioaktive Verseuchung des Bodens und des Grundwassers. Übrigens ist im Südwesten des US-Bundesstaates Utah, der an Nevada grenzt, die Zahl der Erkrankungen von Schilddrüsenkrebs achtmal und von Knochenkrebs zwölfmal so groß wie im Landesdurchschnitt.

Die radioaktiven Stoffe können also im Prinzip vom Grundwasser über Hunderte Kilometer verbreitet werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß das Anlegen von Bohrlöchern und Stollen sehr teuer ist. Insbesondere die Kosten von Stollen werden mit astronomischen Summen beziffert! Und schließlich sind auch Konstruktionsfehler möglich.

NZ. Was sind die Ergebnisse möglicher Fehlberechnungen?

M. Gochberg. Stoffe, die radioaktive Gase und Solen enthalten, welche sich unter ungünstigen Umständen über Tausende von Kilometern in der Atmosphäre verbreiten können, werden ausgestoßen.

Nach einem Beispiel braucht man nicht lange zu suchen. Erst am 10. April d. J. wurde in Nevada ein weiterer unterirdischer Test mit der Codebezeichnung "Mighty Oak" durchgeführt. In dem Tunnel war eine Trennwand nicht rechtzeitig geschlossen worden. Infolgedessen füllte sich der Tunnel mit radioaktiven Stoffen. Die Ventilation wurde eingeschaltet. Es kam zu mehreren Austritten von radioaktiven Stoffen, was zu einer jähen Anhebung der Radioaktivität in der Region um Nevada führte. Das löste Proteste und Demonstrationen amerikanischer Friedensanhänger im Raum des Versuchsgeländes aus.

Etwa vor einem Jahr kamen in Nevada zwei US-Wissenschaftler um, als sie ein Bohrloch 50 Minuten nach der Explosion untersuchen wollten, und plötzlich noch radioaktive Stoffe austraten.

NZ. Ein Moratorium und die anschließende vollständige Einstellung der Nukleartests würden also wirklich dazu



Sowjetische und amerikanische Seismologen bei dem Experiment im Raum Semipalatinsk

beitragen, viele Gefahren vor der Menschheit abzuwenden?

M. Gochberg. Ich würde mich da nicht auf die Gefahren beschränken, die durch mögliche Austritte entstehen. Ist es ja so, daß die Tests Voraussetzung für die Vervollkommenheit von Nukleartechniken sind und, wenn man das so sagen kann, ein unheilvoller Schatten des nuklearen Wettrüstens. Es wird schließlich in der USA nicht verhehelt, daß die Tests fortgeführt werden, um neue Waffen zu entwickeln, darunter für SDI.

NZ. Bekanntlich haben die USA und dann auch Großbritannien wiederholt Vorschläge der UdSSR abgelehnt, ein Moratorium zu erklären und Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zum Verbot der Kernwaffentests aufzunehmen. Das Hauptargument dabei ist, es sei unmöglich, die Einhaltung eines solchen Vertrages zu überprüfen. Was denken Sie als Wissenschaftler dazu?

M. Gochberg. Das ist eine völlig haltlose Behauptung. Die Einstellung der Explosionen ist realisierbar und verifizierbar. Die modernen technischen Mittel zur Beobachtung von Nuklearexplosionen sind sehr empfindlich. An verschiedenen Punkten der Erde aufgestellte Stationen geben ein genaues Bild aller Veränderungen in der Erdkruste. Der Explosionsort kann heute auf Bruchteile eines Grades und die Stärke der Explosionsladung mit einer möglichen Abweichung von bis zu 15% bestimmt werden. Heute gibt es das wissenschaftliche Problem der Ortung von Nuklearexplosionen einfach nicht mehr. Es ist gelöst, und allen Seismologen der Welt ist das völlig klar.

Ich möchte das erläutern. Bei einer Nuklearexplosion verwandelt sich ein Teil ihrer Energie in Erdstöße, die seismischen Wellen. Das Spektrum dieser Wellen unterscheidet sich wesentlich von ähnlichen Erscheinungen bei einem Erdbeben. Wissenschaftler haben besondere Algorithmen mit mathematischer Filterung entwickelt. So lassen sich unschwer Wellen von Nukleartests feststellen.

NZ. In der westlichen Presse wird viel von "Tarnmaßnahmen" geschrieben, die es angeblich möglich machen, eine Explosion zu verheimlichen. Worum handelt es sich dabei?

M. Gochberg. Gemeint sind einige theoretische Methoden. Ich betone: theoretische. Eine andere Frage ist es, wie effektiv sie sind.

So die Durchführung von Tests während eines Erdbebens. Doch die Experten wissen, daß dies nicht seriös ist. Warum? Die Erde ist ein riesiges Massiv. Wird ein nuklearer Sprengkörper bei einem Erdbeben zur Explosion gebracht, dann legt sich sein Signal in gewissen Meßbereichen tatsächlich auf das Explosionssignal. Doch an anderen Punkten wird man unweigerlich Differenzen feststellen, da das Explosionssignal die Geräte zu einer anderen Zeit erreicht als die Angaben von dem Erdbeben. Zudem kann man noch nicht präzise genug Erdbeben vorhersagen.

Oder die Durchführung von Tests vor dem Hintergrund einer starken nichtnuklearen Explosion, z. B. zu industriellen Zwecken. Doch dafür müssen Tausende Tonnen TNT geladet werden! Das dürfte wohl kaum sinnvoll sein.

Und schließlich: Eine Nuklearexplosion geringerer Stärke in einer Höhle, die sich durch einen früher durchgeführten starken unterirdischen Test gebildet hat. theoretisch ist das mehr oder weniger real, doch diese Methode hat keinen praktischen Sinn bei der Erprobung neuer Waffen. Und auch alte Waffen lassen sich so nicht überprüfen. Kann man etwa eine solche gigantische Höhle mit gewöhnlichen Mitteln ausheben? Das kommt ebenfalls aus dem Bereich der Fantasie...

Also: Tarnmittel sind wenig wirksam. Für es aber ein System gegenseitiger

Kontrolle auf den Territorien der vertragschließenden Staaten geben, dann wäre die Möglichkeit, Nuklearexplosionen zu verheimlichen, völlig ausgeschlossen.

NZ. Ist nicht gerade darauf der sowjetisch-amerikanische Plan für die Aufstellung seismischer Stationen auf dem Territorium der UdSSR und der USA gerichtet?

M. Gochberg. Ganz recht. Ich habe in der NZ bereits von dem sowjetisch-amerikanischen Experiment im Raum Semipalatinsk berichtet. Es hat allen Zweifeln bewiesen: Die modernen technischen Mittel, über die die UdSSR und die USA verfügen, sichern vollständig eine effektive Kontrolle über die Einhaltung eines Moratoriums für Nuklearexplosionen.

NZ. Und was halten Sie persönlich von dem Experiment?

M. Gochberg. Nun erstens geht es noch weiter. Im Raum Semipalatinsk ist jetzt eine Station eingeschaltet, die zweite steht vor der Inbetriebnahme. Bald wird auch eine dritte Station die Arbeit aufnehmen. Noch sind die Geräte auf dem Erdboden aufgestellt, doch in der zweiten Stufe des Experiments sollen die hochsensiblen Geräte in Bohrlöchern installiert werden. Ähnliche Untersuchungen werden auch in Nevada durchgeführt, wo Stationen mit gemischtem — amerikanischem und sowjetischem — Personal entstehen sollen.

Erfreulicherweise fanden wir schnell eine gemeinsame Sprache mit den amerikanischen Wissenschaftlern. Sie erkennen ebenso wie wir sehr wohl, daß das Experiment außer der überaus großen politischen Bedeutung auch für die wissenschaftliche Zusammenarbeit und für die Entwicklung der Grundlagenwissenschaft viele nützliche Erkenntnisse abwirft. Wenn man der Erde den Puls fühlt, kann man immer wieder Neues über ihre Eigenschaften erfahren.

NZ. Wer ist Ihr Partner?

M. Gochberg. Der Rat zum Schutz der Naturressourcen der USA — eine private Nichtregierungsorganisation. Leiter des Programms ist Dr. Thomas Cochran.

NZ. Und wie entwickelt sich die Zusammenarbeit?

M. Gochberg. Mit den amerikanischen Seismologen sind wir seit langem bekannt, einer von ihnen, James Brune, ein namhafter Seismologe, hielt nach der ersten Etappe des Experiments in unserem Institut einen Vortrag über seismologische Arbeiten in Kalifornien. Es gibt ein Abkommen über wissenschaftlichen Austausch zwischen dem amerikanischen seismologischen Dienst und dem Staatskomitee der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle. Bis zu 30 Wissenschaftler jährlich nehmen an dem Austausch teil. Die Amerikaner besuchen gern unsere komplexe seismologische Expedition in Garm (Raum Dushanbe). Dort wird auf einem sowjetischen Versuchsgelände ein Komplex

geophysikalischer Methoden — zudem nicht nur seismologischer — für die Erdbebenprognose getestet. Sowjetische Wissenschaftler besuchen den Menlo Park in Kalifornien sowie das geophysikalische Boulder-Zentrum (Colorado).

Doch ich bin abgeschweift. Interessant ist, daß das erste Seismogramm drei Tage nach Ankunft der amerikanischen Wissenschaftler in der Station Semipalatinsk erhalten wurde. Zu dieser Zeit fanden in Moskau die Spiele des guten Willens statt. Aus diesem Anlaß fand abends in der Station ein Volleyballspiel zwischen einem sowjetischen und einem amerikanischen Seismologenteam statt — am Ufer eines malerischen, von Wald umgebenen Sees. Das erste Seismogramm mit den Aufzeichnungen, wie unser Planet friedlich atmet, wurde auf dem internationalen Wissenschaftler-Forum in Moskau "Für die Beendigung der Nukleartests" demonstriert. Alle Teilnehmer des Experiments signierten dieses historische Dokument. Eine Kopie soll an das Zentrale Lenin-Museum übergeben werden.

Die amerikanischen Teilnehmer des Experiments verbargen ihr Erstaunen darüber nicht, daß sie den Raum des sowjetischen nuklearen Versuchsgeländes betreten durften. Noch mehr waren sie gerührt von der Gastfreundschaft der sowjetischen Wissenschaftler.

NZ. Sie sagten, am 18. Juli habe man in Semipalatinsk die in Nevada gezündete Explosion fixiert?

M. Gochberg. Ja. Geophysikalische Geräte zeichnen alle Angaben in Zahlenform auf ein Tonband auf, das dann von einem Computer dechiffriert wird. Doch da die Seismologen gewohnt sind, etwas vor Augen zu haben, werden die Zahlen sichtbar gemacht. Bei den Amerikanern geschieht das auf einfache Weise: Auf eine Trommel mit geschwärztem Papier zeichnet eine Stahlfeder ein Schaubild. Bei der Explosion in Nevada schlug die gerade Linie auf dem Papier, das zuvor die Ruhe auf dem sowjetischen Versuchsgelände festgehalten hatte, jäh aus! Fürwahr symbolisch: Amerikaner auf sowjetischem Territorium registrieren eine amerikanische Nuklearexplosion!

Der Seismologe Paul Bodin kommentierte das so: "Als Ingenieur bin ich sehr zufrieden, daß unsere Geräte vorzüglich arbeiten. Doch für mich als Mitbürger war es traurig, eine Explosion 'hören' zu müssen, deren Wellen aus den USA kamen. Ich wünsche sehr, daß die sowjetischen Wissenschaftler, die in unseren seismischen Stationen arbeiten werden, in Nevada Stille vernehmen — ebenso wie die, welche wir auf Eurem Versuchsgelände festgehalten haben."

Was ist da hinzuzufügen? Bleibt nur, sich dem Wunsch unseres amerikanischen Kollegen anzuschließen und zu hoffen, die Zeit möge kommen, da das für eine Nuklearexplosion typische Aus schlagen des Seismographen für immer der Vergangenheit angehören wird.

Das Gespräch führte Boris BALKAREI



Neue Bedrohung Libyens

VERLEUMDUNG AUF BESTELLUNG DES WEISSEN HAUSES ● PENTAGON PLANT OBERFALL ● DIE "GEHEIMMISSION" VERNON WALTERS ● SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK LIBYENS

"Ghaddafi wird von jetzt an keinen Augenblick Ruhe haben." Der zynische Ausspruch eines hohen Regierungsbeamten der USA war in der Zeitschrift "Jeune Afrique" zitiert, nachdem Schiffe der 6. US-Flotte im März d. J. ein libysches Fahrzeug der Küstenwache in der Großen Syrte sowie Stützpunkte der Fliegerabwehr in Libyen angegriffen hatten. Im April warfen US-Flugzeuge Bomben auf die Hauptstadt der Libyschen Jamahiriya, Tripolis, und auf Bengasi ab. Nachdem so viel Blut vergossen worden war, setzte Washington Libyen weiter unter politischen und wirtschaftlichen Druck, zog gegen dieses Land eine wütende Hetze auf und strengte sich an, auch seine NATO-Partner dafür einzuspannen.

Die staatliche Terrormaschine der USA schien Sommerferien zu machen und langsamer zu laufen, aber nur, um jetzt noch mehr Tempo als vorher aufzulegen. Wieso jetzt, ist kein Geheimnis. Der starke Rückhalt Libyens bei der Weltöffentlichkeit, auch bei der Öffentlichkeit der USA, die sowjetischen Friedensaktionen, vor allem die neuerliche Verlängerung des Kerntestmoratoriums haben das Weiße Haus sichtlich in eine heikle Lage versetzt. In Washington wählte man das "kleinere Übel" und lenkte die Weltöf-

fentlichkeit vom negativen Verhalten der US-Regierung zur Kardinalfrage der Gegenwart auf das "Teilproblem der amerikanisch-libyschen Beziehungen" ab.

Hierbei machten sich die US-Strategen nicht einmal die Mühe, irgendein neues Szenario für die großangelegte Provokation gegen Libyen aufzusetzen.

Die Sowjetunion, treu ihrer Politik der Solidarität mit den jungen Nationalstaaten, unterstützt fest den gerechten Kampf der Libyschen Jamahiriya für sozialen und ökonomischen Fortschritt, für das Recht auf selbständige Entwicklung.... Die bewährte sowjetisch-libysche Freundschaft und vielseitige Zusammenarbeit werden im Interesse der Völker unserer beiden Länder, der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit eine Weiterentwicklung erfahren.

Aus der Grußbotschaft des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR an Genossen Muammar el-Ghaddafi zum 17. Jahrestag der libyschen Revolution

Der Flugzeugträger "Forrestal", der an den kürzlichen amerikanisch-ägyptischen Manövern teilnahm, auf "Patrouillenfahrt" vor der libyschen Küste. Seine Flugzeuge können sich jeden Augenblick an einer Aggression gegen die Libysche Jamahiriya beteiligen und Schläge gegen Ziele, die das Pentagon bereits festgelegt hat, führen.

Foto: AP-TASS

Die alten abgedroschenen Lügenmärchen vom "libyschen Terrorismus" und von neuerlichen "anti-amerikanischen Komplotten Ghaddafis" mußten herhalten. Unter Berufung auf "Angaben der US-Regierung" meldete der beim Weißen Haus akkreditierte Korrespondent der Fernsehgesellschaft CBS vielsagend, daß der libysche Führer Ghaddafi eine Terroraktion gegen Amerikaner in Europa im Schilde führe. Ferner, daß Ghaddafi "eine Terroristenwerbung" aufgezogen habe und daß der US-Botschafter in der BRD "möglicherweise eine Zielscheibe der Libyer" sei. In der US-Presse tauchten "Warnungen" auf, demnächst würden organisierte libysche Terrorakte in der BRD und in Griechenland anlaufen. Das "Wall Street Journal" beschuldigte Libyen unter Berufung auf "Aufklärungsangaben", es habe "hinter den Raketen gestanden, mit denen ein britischer Militärstützpunkt auf Zypern beschossen worden ist".

Die CIA macht auch mit, sie verbreitet Angaben darüber, daß die libysche Führung in einer Krise stecke und fast schon gestürzt sei. Folglich sei es gerade Zeit, die für die USA günstige Entwicklung voranzutreiben. Ein anderer Beamter der US-Regierung hielt mit der Unverfrorenheit des professionellen Rausschmeißers ein lautes Selbstgespräch darüber, daß Zeit sei, Ghaddafi noch einen Kinnhaken zu versetzen. Zur Bestärkung dieser Worte teilte die NBC mit, daß für die neue Attacke gegen Libyen schon der Plan vorliege.

Der Londoner "Daily Telegraph" meldete seinerseits, jetzt sei geplant, gegen Libyen nicht Flugzeuge, sondern Flügelraketen "Tomahawk" einzusetzen. Auch teilt der "Daily Telegraph" mit, daß "nach unbestätigten Angaben gleich nach dem April-Angriff die USA topographische Pläne der Süd- und Ostküste des Mittelmeers für Flügelraketen angefertigt haben".

Die Spannungen rings um Libyen werden aufgeheizt, nicht allein in der westlichen Presse, sondern auch in der Realität. Auf Befehl des Pentagons sind außer den schon dort befindlichen F-111-Bombern noch 18 auf den US-Stützpunkten in England stationiert worden. Es sind die gleichen Flugzeuge wie diejenigen, die im April den tödlichen Überfall auf Tripolis und Bengasi verübten. Der Flugzeugträger "Forrestal" und seine Geleitschiffe vor der 6. US-Flotte, die gerade erst an d-

"NEUE ZEIT" 36.



Das Bild entstand im April d. J. in Tripolis, nachdem Bomben und Raketen der US-Luftpiraten auf die Stadt niedergegangen waren. Ganze Stadtviertel wurden in Schutt und Asche gelegt.

Foto: Reuter--TASS

amerikanisch-ägyptischen Manövern "Sea Wind" (Seewind) teilnahmen, haben Befehl, die früher angewiesene Route zu ändern und nördlich der libyschen Küste "Streifendienst" zu versehen. Dort wird überhaupt eine Libyen bedrohende Flotte von US-Schiffen zusammengezogen, der außer der "Forrestal" auch die Flugzeugträger "America" und "John Kennedy" angehören sollen (der letztere wird in Eile über den Atlantik ins Mittelmeer verlegt).

Dadurch, daß Washington die Spannung im Mittelmeer erhöht und die Bedrohung Libyens steigert, übt es nach Ansicht von Kommentatoren unverhohlen einen politischen Druck auch auf seine europäischen NATO-Partner aus, um zu erreichen, daß sie ihre politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Libyen

verstärken. Der US-Vertreter bei der UNO, Vernon Walters, tritt eine Geheimmission in Westeuropa an. Es ist typisch, daß er es auch war, der im April einige Länder Westeuropas bereiste, um sie zur Beteiligung an den US-Aktionen gegen Libyen zu überreden. Damals hatte er in Großbritannien Glück: Die Regierung Thatcher willigte ein, die dortigen Stützpunkte der US-Luftwaffe für die Überfälle auf die libyschen Städte benutzen zu lassen.

Die anderen NATO-Partner der USA unternahmen damals unter dem Druck Washingtons gewisse antilibysche Schritte, schlossen sich aber der militaristischen Politik der USA nicht an. Sie appellierten sogar an das Weiße Haus, "Mäßigung und Zurückhaltung" zu üben. Jetzt hat, der französischen "Liberation"

zufolge, Walters die Aufgabe, die westeuropäischen Partner unverhohlen zu erpressen. Für den Fall, daß sie sich weigern sollten, gegen Libyen die von Washington diktierte Politik zu betreiben, könne er sogar erklären, daß die USA in einer ausweglosen Lage und deshalb zu neuerlichen Waffenaktionen gezwungen seien. Wie ein US-Blatt schrieb, beabsichtigt Washington, seine westeuropäischen Partner dafür zu gewinnen, im Hinblick auf Libyen die Daumenschrauben noch fester anzuziehen.

Aber ebenso wie früher leistet das libysche Volk in dieser gefährlichen, ja explosiven Situation dem imperialistischen Komplott energischen Widerstand. Dabei steht es nicht allein da. Ende August, als die amerikanisch-ägyptischen Manöver im Mittelmeer in vollem Gange waren, weilte eine Delegation des Allgemeinen Volkskongresses Libyens unter dem stellvertretenden Sekretär dieses Kongresses, Susaa, in der UdSSR. Sie wurde im Kreml von Pjotr Demitschew, dem 1. Vizevorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, empfangen. Beim freundschaftlichen Gespräch äußerten beide Seiten ernste Besorgnis über die gespannte Lage rings um Libyen, die infolge der militaristischen und imperialistischen Politik der USA anhält. Der libysche Chefdelegierte sprach seinen herzlichen Dank für die ständige uneigennützte Hilfe an Libyen aus. Als Ausdruck der Solidarität ist auch die Beteiligung einer von Pjotr Demitschew geführten Delegation an den Veranstaltungen zum libyschen Nationalfeiertag in Tripolis am 1. September: dem Tag der Revolution zu bezeichnen. (Am 1. September 1969 wurde in Libyen die Monarchie gestürzt). Auf Initiative des Weltfriedensrats wird der 1. September als Tag der internationalen Solidarität mit dem Volk Libyens begangen.

J. KORSCHUNOW

Der Pentagon-Knüttel

Die in Paris erscheinende Zeitschrift "Jeune Afrique" veröffentlichte in ihrem Heft vom 13.—20. August einen Beitrag unter dem Titel "Mittelmeer: See des Friedens, die ein Nukleararsenal wurde." In dem Artikel ist die Rede von der explosiven Lage, die sich in den letzten Jahren im Mittelmeerraum herausgebildet hat, werden die Ursachen für eine solche Entwicklung analysiert. Die Zeitschrift konstatiert:

"Zweifelsohne übt die Militärpräsenz der westlichen Verbündeten", d. h. der Streitkräfte der USA und der anderen NATO-Länder, "in der Region dominierenden Einfluß auf die Lage im Mittelmeerraum aus." Dabei wird

betont: Das Militärpotential der USA in der Region ist so groß, daß das Mittelmeer häufig als "amerikanischer See" bezeichnet wird.

Hauptstoßkraft Washingtons in der Region ist die 6. US-Flotte, die schon wiederholt als US-Gendarm im Nahen Osten agierte. Angaben der Zeitschrift zufolge "gehören zu ihr gewöhnlich 6 nukleargetriebene U-Boote, ein oder zwei Flugzeugträger, etwa ein Dutzend große Kriegsschiffe, ebenso viele Hilfsschiffe und eine Einheit von Marineinfanteristen mit 5 Amphibien-Landungsschiffen.

Hierzu kommen drei Fliegergruppen mit 72 F-16-Jagdbombern in Spanien, in Sigonella (Sizilien) stationierte Mittel der Luftaufklärung der Seestreitkräfte und 4000 Soldaten der Landstreitkräfte in Italien und in der Türkei. So bauten die Amerikaner in Spanien eine Ölpipeline von 800 km Länge, die Cadix mit Zaragoza verbindet und ihre Luftstützpunkte mit Düsentreibstoff versorgt. In Italien haben sie nicht weniger als 58 Militärprojekte und Luftstützpunkte."

Urho Kaleva Kekkonen zum Gedenken

Finnland trauert. Urho Kaleva Kekkonen, ein herausragender Politiker der Gegenwart und über ein Vierteljahrhundert, von 1956 bis 1981, Finnlands Präsident, ist tot.

Sein Leben, erfüllt von tiefer innerer Dramatik, stand unter der Spannung eines politischen Kampfes, in dem das Kekkonen eigene außerordentlich hohe Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal seines Landes deutlich zum Tragen kam.

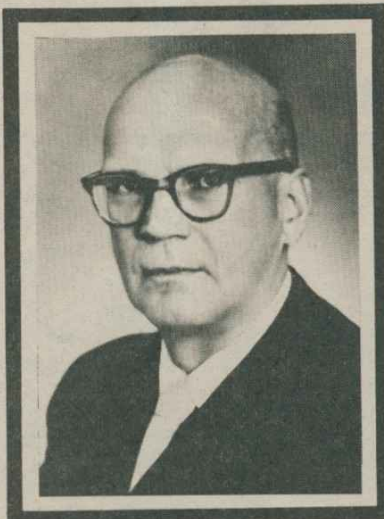
Die Biographie des Politikers und Staatsmannes Kekkonen ist zu einem gut Teil neuere Geschichte Finnlands und seiner Beziehungen zur Sowjetunion.

Kekkonen sagte einmal: "Ich bin überzeugt, daß, wenn in Zukunft die Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion eingeschätzt werden, das Wort 'Vertrauen' an zentraler Stelle stehen wird." Ja, nur auf Vertrauen gründet sich eine erfolgreiche Entwicklung allerseitiger Beziehungen zwischen unseren Ländern. Sowohl Moskau als auch Helsinki suchen einander zu verstehen. In der Geschichte unserer Beziehungen gab es auch Entfremdung, Mißtrauen und offene Feindschaft. Unsere Länder haben diese schweren Prüfungen jedoch bestanden und bauten ungeachtet ihrer unterschiedlichen sozialökonomischen Systeme ein gutnachbarschaftliches Verhältnis auf. 1948 schlossen sie den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Darin besteht Kekkonens hervorragendes Verdienst. Der Vertrag, dessen historische Bedeutung mit der Zeit voll zur Geltung kam, war der Grundstein für die sowjetisch-finnischen Beziehungen. Er verlieh dem gesamten außenpolitischen Kurs Finnlands einen im wesentlichen neuen Charakter. Dieses einzigartige Dokument hat bewiesen, daß Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in ihren Beziehungen zueinander ein hohes Niveau an Vertrauen, Aufrichtigkeit und Zusammenarbeit erreichen und sich selbst dabei treu bleiben können. Der Gerechtigkeit halber sei erwähnt, daß in Finnland und andernorts der Versuch gemacht wird, den Vertrag in Zweifel zu ziehen und einige Bestimmungen als veraltet abzutun. Kekkonen hat jedoch immer darauf hingewiesen, daß dies vor allem Finnlands Interessen selbst zuwiderlaufen würde. Er selbst sprach mehrfach von der konjunkturunabhängigen Aktualität des Vertrages.

Michail Gorbatschow sandte dem Präsidenten Finnlands, Mauno Koivisto, ein Kondolenzschreiben, in dem es heißt: "Wir haben Hochachtung vor der

Sorge, die Urho Kekkonen der Festigung des gegenseitigen Vertrauens zwischen der Sowjetunion und Finnland immer angedeihen ließ, vor der konsequenten Verwirklichung der Linie, die 1948 im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand festgelegt worden war.

Als einer der bedeutendsten interna-



tionalen Politiker der Nachkriegszeit bewies Urho Kekkonen staatsmännische Weisheit und Realismus in seinem Herangehen an die Grundfragen von Krieg und Frieden."

Die gesamte Tätigkeit des Präsidenten Urho Kaleva Kekkonen machte deutlich, daß auch kleine Länder im internationalen Leben eine beachtliche Rolle spielen können. Kekkonen machte selbst darauf aufmerksam, wie zurückhaltend er Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre Möglichkeiten kleiner Länder in der Weltpolitik eingeschätzt hatte. Zu jener Zeit war er der Auffassung, die kleinen Staaten sollten sich von "nationalem Egoismus" leiten lassen, vom Bestreben, das eigene Überleben zu sichern, ohne sich für irgendetwas außer der eigenen Sicherheit zu interessieren. Die Tatsache jedoch, daß der Vertrag von 1948 Finnland erlaubt, sich aus Konflikten zwischen den Großmächten herauszuhalten, bedeutet nach Meinung Kekkonens auf keinen Fall "splendid isolation". Er sagte: "... In der Frage Krieg und Frieden sind wir nicht neutral. Finnland wird immer denjenigen unterstützen, der am effektivsten realistische und friedliebende Politik macht und sich dabei auf breite internationale Verständigung stützt."

Auch das sind Kekkonens Worte: "Wir dürfen uns nicht auf uns selbst zurückziehen. Das wäre unzulänglich. Die Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit zwischen Staaten und Völkern auf der Erdkugel erfordern, die gerechten Interessen anderer zu achten, erfordern gegenseitiges Verständnis und Toleranz". Wie aktuell sind diese Worte heute, in dieser unruhigen Zeit! Sie zeugen ein weiteres Mal von der staatsmännischen Weisheit und Weitsicht Urho Kekkonens.

Er erkannte genau, wohin eine Politik führt, die Völker voneinander trennt, indem sie sich auf einen nationalen Ausschließlichkeitsanspruch gründet. Deshalb kämpfte er für die Zusammenarbeit der europäischen Länder. Er war sich dessen bewußt, daß nur sie Frieden und Sicherheit in unserem europäischen Haus festigen würde. Gerade Kekkonen hat sich darum verdient gemacht, daß am 1. August 1975 ein einzigartiges Dokument der Gegenwart veröffentlicht werden konnte, die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Von nun an stand der Name Helsinki für den gesamten Prozeß der Zusammenarbeit.

Kekkonen war ein talentierter Journalist. Er schrieb an die 30 Bücher, die seine Reden und Briefe enthalten. Wir bedauern keinesfalls, daß er der Journalistik nicht treu blieb. Sonst wäre Finnland und der ganzen Welt ein Politiker und Staatsmann verlorengegangen, der für die Festigung der Sicherheit in Europa so immens viel geleistet hat. Die sowjetischen Menschen glauben aufrichtig, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern und die außenpolitische Linie Finnlands fürderhin den Interessen des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit dienen werden. Heute, da wir uns im Gedenken an Kekkonen verneigen, erinnern wir daran, daß er in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zwei Begriffe in den Vordergrund stellte, Ehrlichkeit und Vertrauen. Es wäre wünschenswert, wenn sie auch den außenpolitischen Kurs anderer Politiker des Westens gegenüber dem Osten bestimmen würden. Ohne Ehrlichkeit und Vertrauen werden wir auf ein und demselben Planeten nicht überleben. Das hat Urho Kaleva Kekkonen immer verstanden. Auf diesem Kurs steuerte er das Schiff "Finnland" die ganzen 9500 Tage, die er als Kapitän auf seiner Brücke stand.

Dmitri POGORSHELSKI
NZ-Korrespondent

Helsinki

NICHTPAKTGEBUNDENENBEWEGUNG

Auf höchster Ebene

● DIREKT
BERICHTET

Am 1. September wurde in Harare, der Hauptstadt Sim-



babwes, die 8. Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder eröffnet. An ihr nehmen die Staats- und Regierungschefs von beinahe 100 Mitgliedsländern teil. Am selben Tag beging die Bewegung den 25. Jahrestag ihrer Gründung.

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi eröffnete die Konferenz. Drei Jahre lang hatte Indien den Vorsitz in der Nichtpaktgebundenenbewegung. Gandhi wurde vom Premierminister der Republik Simbabwe, Robert Mugabe, abgelöst. Er wird für die nächsten drei Jahre Vorsitzender und Koordinator der Bewegung sein. Danach traten die Repräsentanten der vier Regionalgruppen — Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika — auf. Die Delegierten des höchsten Forums der nichtpaktgebundenen Länder gingen an die Arbeit...

Das Grußschreiben Michail Gorbatschows an die Dele-

gierten des Forums wurde hier aufmerksam studiert. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU bemerkte, daß die Sowjetunion "in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, bei der ganzen Vielfalt ihrer Teilnehmer eine bedeutende Kraft sieht, die sich Krieg und Aggression, Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus entgegenstellt, eine Kraft, die das Potential des Friedens, der Vernunft und des guten Willens erhöht".

Die festliche Stimmung der Eröffnungstagung ist auf ganz Harare übergesprungen. Blumen, Fähnchen und Girlanden schmücken die Straßen der Stadt. Die Gebäude haben einen frischen Anstrich erhalten, und die Bewohner und zahlreichen Gäste der Hauptstadt Simbabwe fragen festliche Kleidung. All das schafft ein Gefühl der Feierlichkeit.

Im Pressezentrum der Konferenz stehen den über 1000 Journalisten alle denkbaren Informationsmedien zur Verfügung. Schwierig wird es, wenn man sich direkt an die Delegierten wenden will. Die Gastgeber haben nämlich umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen für die Teilnehmer getroffen. Das ist verständlich. Ständige Provokationen seitens der benachbarten rassistischen RSA zwingen alle in Simbabwe zu erhöhter Wachsamkeit.

Dem Gipfeltreffen gingen Expertentagungen voraus, dann Konferenzen der Außenminister der nichtpaktgebundenen Länder. Hier wurden die Resolutionsentwürfe, die den Staatschefs zur Annahme vorliegen, sorgfältig geprüft.

Der 112 Seiten umfassende Entwurf der Politischen Deklaration berührt zahlreiche Probleme, die sowohl die in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen repräsentierten Entwicklungsländer, als auch die Menschheit insgesamt betreffen: die Palästinafrage, der Krieg Iran-Irak, die Lage in Mittelamerika, ein neues internationales Informationssystem u. a. m. Drei wichtige Fragen

werden jedoch die Konferenzteilnehmer in erster Linie beschäftigen: Abrüstung und Sicherung des Friedens auf der Erde, Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung und die Lage im Süden Afrikas.

Nathan Shamuyarira, der Informationsminister Simbawes, gab einigen sowjetischen Journalisten ein Interview, in dem er sagte, daß die Teilnehmer der Nichtpaktgebundenenbewegung immer noch unter dem Eindruck der jüngsten Vorschläge stehen, die die Sowjetunion an die Vereinigten Staaten und die ganze Welt gerichtet hat.

Der Premierminister Simbawes, Robert Mugabe, schätzte auf einer Pressekonferenz die Entscheidung der sowjetischen Regierung, das einseitige Moratorium für Atomwaffenversuche bis zum 1. Januar 1987 zu verlängern, als Schritt in die richtige Richtung ein.

Er sagte u. a.: "Ich glaube, daß die ganze Welt so denkt. Wir betrachten das Problem des Friedens und der Sicherheit unseres Planeten als grundlegend. Wir wollen erreichen, daß die Ressourcen aller Länder für kein anderes Ziel genutzt werden, als den Interessen der Menschheit zu dienen."

Die Erklärung des Premierministers Simbawes bringt die Meinung vieler Delegierter in Harare zum Ausdruck. In einem Resolutionsentwurf heißt es nicht von ungefähr, daß man das von der Sowjetunion vorgeschlagene Abrüstungsprogramm begrüßt. Dieses Programm rufe zur Vernichtung aller Atomwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf und entspreche damit den Interessen aller Teilnehmerländer der Nichtpaktgebundenenbewegung.

Die Teilnehmer der Konferenz von Harare setzen sich für entschiedene Maßnahmen gegen das Apartheidregime in der RSA ein. Das Regime verübt nicht nur Verbrechen gegen die afrikanische Bevölkerung des Landes, sondern

führt ständig Aggressionsakte und subversive Operationen gegen benachbarte "Frontstaaten" durch. Sie fordern den Abzug der südafrikanischen Truppen von angolanischem Territorium und rufen die Weltöffentlichkeit auf, die Hilfe für dieses Land bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu verstärken.

N. MALYSCHewa

Harare

BOLIVIEN

Wer ist schuld?

● UNSER KOMMENTAR

Am 27. August wurde über Bolivien der Ausnahmezustand verhängt. Um die 200 Gewerkschafter und mehrere Funktionäre des wichtigsten Berufsverbandes, des bolivianischen Arbeiterzentrums COB, wurden verhaftet. Polizei und Armee-Einheiten besetzten Gewerkschaftszentralen und Universitätsgebäude. Kundgebungen, Versammlungen und Demonstrationen sind untersagt.

Der Grund für die eklatant verschärfte Lage und dafür, daß die Behörden zur Repression greifen: Offensichtlich ist die Regierung mit anderen Mitteln nicht mehr in der Lage, den Unwillen des Volkes zu dämpfen und den Kampf der Werktätigen für ihre sozialen Rechte zu verhindern. Der Massenprotest ist bedingt durch den beklagenswerten Zustand der bolivianischen Wirtschaft, durch ständige Lohnkürzungen und wachsende Arbeitslosigkeit, die bereits 18% der erwerbsfähigen Bevölkerung erfaßt hat. Die Preise für Zinn, Öl und Gas, die Hauptposten des bolivianischen Exports, sind auf dem Weltmarkt abgestürzt. Die Auslandsverschuldung Boliviens, eines Landes mit 6,4 Millionen Einwohnern, übersteigt 5 Md. Dollar.

Als 1985 die Regierung Victor Paz Estenssoro an die Macht kam, mußte sie wählen: die Abzahlungen ganz aussetzen oder, wie heute Peru, sie auf ein vernünftiges Maß reduzieren, um sich den Rücken freizuhalten für die Ermutigung nationaler Unternehmen, um so die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten. Oder Schulden und Wucherzinsen abzahlen und die "Empfehlungen" des Internationalen Währungsfonds (IWF) befolgen, unrentable staatliche Unternehmen abzubauen. Nur unter dieser Bedingung kann Bolivien damit rechnen, seine überfälligen Raten gestundet zu bekommen und sogar neue Kredite aufnehmen zu können, die allerdings nicht in die Wirtschaft gesteckt, sondern mit denen die ohnehin schon heillosen Schulden getilgt werden sollen.

Der Präsident traf seine Wahl. Als erstes verfügte er, die Auslandsschulden abzubauen. (Sein Vorgänger Hernan Zuazo hatte im März 1984 die Zahlungen eingestellt). Unlängst ging Estenssoro auf die Bedingungen des IWF ein und beschloß einen umfangreichen Personalabbau in der Bergbauindustrie. 3800 Bergleute waren allein in der Mine "Catavi" betroffen. Die Minenarbeiter müssen solange in den Mond gucken, bis die Weltpreise für Zinn wieder steigen.

Estenssoro goß Öl ins Feuer durch eine äußerst unpopuläre außenpolitische Entscheidung: Er holte sich Einheiten der US-Armee ins Land, die den bolivianischen Behörden bei der Unterbindung des Kokainschmuggels helfen sollen. Ein Wortführer der Minenarbeiter formulierte die Haltung der Öffentlichkeit zur Präsenz der amerikanischen Soldaten wie folgt: "Natürlich sind wir gegen Drogenschmuggel. Wir werden jedoch nicht dulden, daß man unsere nationale Souveränität verletzt".

Die Lage in Bolivien bleibt gespannt. Den 5000 Bergleuten, die auf La Paz marschieren, versperrten über 2000 bolivianische Soldaten mit Panzern und LKWs den Weg. Zum Protest gegen die Ver-

hängung des Ausnahmezustandes erklärte das Exekutivkomitee des COB aus dem Untergrund am Mittag des 29. August einen 24stündigen Generalstreik.

Der Regierungskurs auf die Kapitulation vor dem IWF stößt auf den zunehmend erbitterten Widerstand der Bevölkerung.

W. TSCHIRKOW

USA--RSA

Nur nicht zu nahe treten

● NACHWORT UND TATSACHEN

Mit einer schweren Aufgabe wurden die US-Senatoren bei der Erörterung der Frage von Wirtschaftssanktionen gegen die RSA konfrontiert. Einerseits sollten sie angesichts der Forderungen der Weltöffentlichkeit und in den USA selbst, umfassende Wirtschaftssanktionen gegen das Rassistenregime zu verhängen, entschiedene Maßnahmen ergreifen. Andererseits aber möchten sie ihrem langjährigen "Partner der konstruktiven Zusammenarbeit" nicht zu nahe treten.

So suchten sie die "goldene Mitte". Im August billigten sie eine Gesetzesvorlage für "gemäßigte" Beschränkungen im Handel mit Südafrika. Sie sieht insbesondere ein Importverbot für Erzeugnisse der Hüttenindustrie und Textilien aus der RSA vor. US-Konzernen sollen keine neuen Investitionen in die RSA-Wirtschaft mehr erlaubt werden.

Und die alten Investitionen? Sie bleiben unberührt. Die Gesamtsumme der US-Investitionen in der RSA wird auf 15 Md. Dollar geschätzt. Dort sind über 400 US-Konzerne tätig, darunter Giganten wie Mobil Oil, General Motors und Exxon. Von den 27 ver-

schiedenen Rohstoffen, die als strategisch wichtig für die USA gelten, kommen 11 aus der RSA. Durch Importe von dort wird der Löwenanteil des Bedarfs der US-Wirtschaft an Chrom, Vanadium und Platin gedeckt...

Auch die Gesetzgeber selbst sind mit der RSA durch persönliche Interessen verbunden: Wie sich herausstellte, hat dort fast ein Fünftel der Senatoren eigenes Kapital investiert. Kein Wunder, daß sich die Senatsvariante der Gesetzesvorlage deutlich von der zuvor vom Repräsentantenhaus gutgeheißenen Vorlage, die mit Stimmenmehrheit ein umfassendes Handelsembargo verlangte, unterscheidet.

Doch nicht vom Zubrot allein ließen sich offenbar die Senatoren leiten, als sie eine halbherzige Entscheidung von praktisch geringer Bedeutung trafen. Als Kernargument dienten ihnen politische Erwägungen, über die sich unlängst RSA-Außenminister Roelof Botha in einem Interview für das US-Nachrichtensmagazin "Newsweek" recht überzeugend so äußerte: "Die USA und Südafrika haben gemeinsame Interessen bei der Beseitigung des Kommunismus."

"Die Verhängung von Teil-sanktionen gibt den Rassisten nur mehr Zeit für die Planung weiterer Verbrechen", erklärte der Sprecher des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika, W. Moshé. Solange der Westen nicht verbindliche und umfassende Sanktionen gegen das Rassistenregime verhängt, wird Pretoria weiter die Völkergemeinschaft zu betrügen suchen, indem es so tut, als revidiere es seine Politik gegenüber der schwarzen Mehrheit...

Der fanatische Antikommunismus der Rassisten und der neoglobalistische Kurs Washingtons — gleiche Brüder, gleiche Kappen. Ebendeshalb unternimmt das Weiße Haus, wenn es auch verbal die Apartheid verurteilt, nichts gegen Pretoria und gedenkt das auch nicht zu tun.

Selbst die vom Senat vorgeschlagenen halbherzigen Schritte riefen Gereiztheit beim Präsidenten hervor. Er wandte sich dagegen, wodurch er seine Treue zum früheren Kurs der Duldung, genauer gesagt, der Schützenhilfe für das verbrecherische Rassistenregime — seinen so zuverlässigen Verbündeten — bekundete.

Unterdes berichten die Nachrichtenagenturen von immer neuen Opfern der RSA-Schergen. Wieder gibt es Tote und Verwundete in Soweto... Allein offiziellen Angaben zufolge wurden seit Verhängung des Ausnahmezustandes in der RSA im Juni an die 300 Menschen ermordet, seit Beginn der Massenaktionen gegen das Apartheid-Regime (also seit September 1984) sogar über 2200 Menschen.

...Die Frage von Sanktionen soll jetzt vom Vermittlungsausschuß des Kongresses behandelt werden, und dann wird der Präsident dessen Beschluß bestätigen. Doch schon jetzt ist klar, daß es ernsthafte Sanktionen nicht geben wird. Möchte ja Washington Pretoria nicht zu nahe treten.

N. RESCHETNJAK

FRANKREICH

Eine Geographiestunde

● MEINUNG EINES KOMMENTATORS

Nichts verheißt Stille im Frankreich des Jahres 1986. Der Wirbelwind des "Liberalismus", der am 16. März, als die Regierung rechtsbürgerlicher Parteien an die Macht kam, einsetzte, fegt die Aus-

hängeschilder von Demokratie und Pluralismus von der Staatsfassade.

Die Franzosen kehren aus dem Urlaub in ein kaum wiederzuerkennendes Land zurück. Dutzende großer Betriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften wurden reprivatisiert. Die Unternehmer legen lange Listen mit "unrentablen" Arbeitern an — die Kontrolle über Entlassungen wurde aufgehoben, die Willkür der Unternehmer zum Gesetz...

Jetzt steht der Regierungsbeschuß, das Verhältniswahlrecht durch das Mehrheitsprinzip abzulösen, im Mittelpunkt der politischen Diskussionen. Eine offen antidemokratische Aktion! Die Franzosen erinnern sich, daß der leidenschaftliche Sozialist Jean Jaures bereits zu Beginn des Jahrhunderts das Mehrheitswahlrecht ein "Betrugsmanöver" nannte. Im heutigen Frankreich wird die Rückkehr zu diesem System dazu führen, daß die Wähler bei Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen letztlich entweder für Kandidaten der Parteien der jetzigen bürgerlichen Mehrheit oder aber der Sozialistischen Partei stimmen müssen — also für den "liberalen" Kurs, der sich unter der Herrschaft der Sozialisten herausbildete und besonders aktiv, aggressiv von den Rechten heute, unter den Bedingungen der "Cohabitation", verfolgt wird, die langsam aber sicher in eine Zusammenarbeit dieser beiden politischen Kräfte hinüberwächst. Tandem bleibt Tandem, selbst wenn die Plätze getauscht werden.

Nicht allen Franzosen sagt ein Tandem zu. Die neue Aktion der Rechtsregierung wird zu Recht als größter politischer Betrug der Fünften Republik bezeichnet. Neben der Neuformulierung der Wahlgesetze ist ferner geplant, die politische Karte Frankreichs zu revidieren. Die Wahlkreise sollen neu eingeteilt werden, vor allem, um die Repräsentanz der FKP auf ein Mindestmaß zu reduzieren. So werden Wahlkreise, in denen

die Kommunisten eine stabile Mehrheit haben, zerstückelt. Gebietsfetzen werden Wahlkreisen angeschlossen, in denen Kandidaten der Parteien des Großkapitals bereits siegten oder siegen können bzw. — "schlimmstenfalls" — Vertreter der Sozialisten. Es gibt noch eine ganze Reihe anderer raffinierter Tricks. Nicht ausgeschlossen, daß der künftigen Nationalversammlung so wenige Kommunisten angehören werden, daß sie keine Fraktion bilden können. Wie das Mitglied des FKP-Sekretariats, Jean-Claude Gaysot, empört erklärte: "Alles sieht so aus, als hätte man uns außerhalb der Gesellschaft gestellt." Außerhalb der Gesellschaft — die einzige Partei des werktätigen Frankreich!

Der Entwurf einer "neuen Geographie" Frankreichs wurde... vor der FKP und ihren Abgeordneten streng geheimgehalten. Unter den Eingeweihten aber sind sowohl die Sozialisten als auch die profaschistische Nationale Front. Der Verfasser der Vorlage, Innenminister Charles Pasqua, gestand ein: "Ich möchte, daß mir nach der Neugestaltung ein Denkmal errichtet wird." Warum auch nicht?

V. ZOPPI

KAMERUN

Katastrophe am See

● DIREKT BERICHTET

"Als ich aus dem Haus lief, stürzte eine Welle glühend heißer Luft auf mich ein. Ich spürte noch den Geruch, der an Pulverdampf erinnerte, und verlor das Bewußtsein. Erst nach drei Stunden kam ich zu mir. Es war schon nicht mehr so heiß, doch der Geruch

hatte sich noch nicht aufgelöst. Mein erster Gedanke war: Und mein Sohn? Mit Mühe erreichte ich das Zimmer, wo er schlief — und sah ihn schon tot. Er war nur sechs Jahre!". Chia Clement bringt diese Worte nur mühsam hervor. Sein Gesicht ist mit Brandwunden bedeckt. Immer wieder hindert ihn der Husten am Sprechen. Sich an die Geschehnisse jener Schreckensnacht zu erinnern, fällt ihm so schwer...

Chia Clement ist einer von Tausenden Augenzeugen des Dramas, das sich am späten Abend des 21. August am Nios-See, in der Nordwestprovinz Kameruns, abspielte. Vulkanische Gase, die durch das Wasser ausgetreten waren, legten sich auf die Uferdörfer. In wenigen Minuten starben vorläufigen Angaben zufolge ca. 1800 Menschen. Viele der Überlebenden wiesen Verbrennungen an den ungeschützten Körperteilen auf, fast alle zogen sich Schäden der Atemwege und der Lunge zu.

Sobald die Hiobsbotschaft die Hauptstadt Kameruns, Yaounde, erreicht hatte, flog der Präsident des Landes, Paul Biya, zum Ort des Grauens. Armee- und Polizei-Einheiten wurden sofort dorthin beordert.

10 000 Menschen brauchten medizinische und andere Hilfe. Die Toten mußten schnellstens begraben und die zahllosen Viehkadaver vernichtet werden — sonst hätte die Umgebung des Nios-Sees ein Seuchenherd werden können.

In Bamenda, dem Verwaltungszentrum der Provinz, trafen die ersten Flugzeuge mit Medikamenten, Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für die Evakuierten ein. Per Luft gelangten auch Desinfektionsmittel in die Unglücksregion. Viele Länder, auch die UdSSR, und UNO-Spezialorganisationen kamen zu Hilfe.

In den Kleinstädten in unmittelbarer Nähe des Sees begannen kamerunische und ausländische Ärzte mit der Untersuchung und Behandlung

der Betroffenen. Viele von ihnen retteten sich nur, weil sie sich an ein Volksmittel erinnerten: Als die Gaswolke auf ihre Dörfer niederging, tranken sie schnell Palmöl mit Honig...

Nach Meinung angesehener Experten aus vielen Ländern, die nach Kamerun kamen, sammelten sich die Gase, die



bei der vulkanischen Tätigkeit austraten, lange Zeit in einer Art Reservoir unter dem Grund des Nios-Sees. Als sich die Erdkruste verschob, bildete sich ein Riß im Seegrund und eine Gasfontäne schlug empor. Sie war so stark, daß die Explosion bis auf 80 km gehört werden konnte. Die meisten Wissenschaftler meinen, daß die Wolke eine tödliche Verbindung von Schwefelwasserstoff, Kohlenäure und Kohlenoxyd war.

Der weltbekannte französische Vulkanologe Haroum Tazieff meint, der Nios-See berge noch viele gefährliche Überraschungen. Ein solches Drama, warnt der Wissenschaftler, könne sich an einem beliebigen der anderen vulkanischen Seen wiederholen, von denen es so viele im Nordwesten Kameruns gibt. Schlußfolgerung: Die komplexe Erforschung der gesamten Region müsse schnellstmöglich erfolgen. Die Regierung Kameruns erklärte, daß damit in nächster Zeit begonnen werde.

W. BOGDANOW

Durch Einheit zu Frieden und Gerechtigkeit

Ibrahim ZAKARIA

Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes

Am 16. September wird in Berlin der 11. Weltkongreß der Gewerkschaften eröffnet. Sehr bedeutungsvoll ist, daß die internationale Arbeiterbewegung in diesem Jahr Bilanz über das Erreichte ziehen und neue Pläne abstecken will, in dem sich die 1.—Mai-Feier — ein Fest der proletarischen Solidarität im Kampf gegen das Kapital, für Frieden und soziale Gerechtigkeit zum 100. Male jährt.

Die Hauptstadt der DDR bereitet sich darauf vor, gastfreundlich über 1000 Delegierte zu empfangen, die ihre Taten mit den Beschlüssen des im Februar 1982 in Havanna stattgefundenen 10. Kongresses vergleichen und neue Wege zur Festigung der gewerkschaftlichen Einheit — der wichtigsten Bedingung für die erfolgreiche Materialisierung der Träume der Menschen der Arbeit über eine bessere Zukunft — erörtern werden.

Zum vom Weltgewerkschaftsbund (WGB) einberufenen Kongreß werden herzlich Delegationen aller Gewerkschaftsverbände der Werktätigen eingeladen, unabhängig davon welche politische Orientierung sie haben und welchen regionalen bzw. internationalen Vereinigungen sie angehören. Diese für den WGB traditionelle Einstellung zum Teilnehmerkreis der Kongresse bietet alle notwendigen Voraussetzungen für einen breiten und offenen Dialog zwischen verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung.

Ideenaustausch zwischen den Gewerkschaften, die in Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen und mit unterschiedlichem sozialem und ökonomischem Entwicklungsniveau ist immer schon sehr wichtig gewesen. Heute hat er vielfach an Bedeutung gewonnen. Vereinigung durch kameradschaftliche Diskussion, bei der Berührungspunkte der Interessen gefunden werden können, ist heute wie nie zuvor wichtig — um die Kriegsgefahr abzuwenden und den Angriffen des Kapitals auf die Rechte der Arbeiter entgegenzuwirken. Die besorgniserregende Situation in der

Welt gebietet, daß der 11. Weltkongreß sich zu einem Meilenstein auf dem Wege der Festigung der Aktionseinheit der Werktätigen gestaltet.

Der Einberufung dieses Kongresses ist angespannte Arbeit vorausgegangen. Seine Hauptrichtungen wurden bereits im Oktober 1985 von der 37. Tagung des Generalrats des WGB festgelegt. Damals wurde beschlossen, eine Redaktionskommission zur Vorbereitung des Grunddokuments zu bilden, wobei ihr auch Vertreter von Organisationen angehören sollten, die keine Mitglieder des WGB sind. Die auf einer derart breiten Basis erarbeitete Vorlage wurde im April 1986 auf der 35. Tagung des WGB-Büros nach allseitiger Erörterung gebilligt und an alle Organisationen versandt, die ihre Delegationen nach Berlin schicken wollten.

Die Organisatoren des Kongresses setzten sich von vornherein das Ziel, möglichst mehr Werktätige an der Diskussion dieses Dokumentes teilnehmen zu lassen, ja das ganze Spektrum der Gewerkschaftsbewegung dazu heranzuziehen. Darin sahen wir den Weg, den Entwurf mit neuen Ideen zu bereichern, die den verschiedenen Quellen entstammen, doch das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Mobilisierung der Werktätigen für den gemeinsamen Kampf für den Frieden und die Abrüstung, für die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen zu fördern.

Im Grunddokument, das dem Kongreß vorgelegt wird, werden die Bedeutung der wichtigsten Ereignisse in der Welt und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Treffen von Havanna sorgfältig analysiert sowie Aufgaben und Perspektiven der Gewerkschaftsaktionen für die Zukunft bestimmt. Darin werden Maßnahmen zur Vervollkommenheit der WGB-Tätigkeit vorgesehen.

Wertet man die Situation in nichtsozialistischen Ländern aus, kommt man zu

dem Schluß, daß kapitalistische Unternehmer und ihnen hörige Regierungen unter dem Vorwand der für die "Überwindung der Krise" notwendigen "Sparpolitik" faktisch mehr denn je eine Demontage der sozialen Errungenschaften der Werktätigen anstreben, die dem Kapital in jahrzehntelangem Kampf abgerungen werden mußten. Mehr noch, die Bourgeoisie, so wird im Grunddokument gewarnt, hat weitreichende Absichten und will die Idee der Gewerkschaftsbewegung ganz und gar aus der Welt schaffen. Ich glaube, auf dem bevorstehenden Kongreß wird es an traurigen Beweisen dafür nicht fehlen.

In kapitalistischen Industrieländern wird der Kurs auf eine Internationalisierung des Kapitals mit dem Ziel, Profite zu maximieren, Investitionen in gewinnbringenden Unternehmen zu fördern und die modernste Technologie unter die Kontrolle der Monopole zu stellen, immer energischer verfolgt. Die Gewerkschaften warnen, daß die rückläufige Beschäftigung und unausgewogene Entwicklung der nationalen Wirtschaften eine Folge dieser Politik darstellen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht übersehen, daß lawinenartige Profitsteigerungen des Monopolkapitals, vor allem in der Rüstungsindustrie, von relativer und zuweilen von absoluter Verelendung der Werktätigen begleitet werden. Infolge der Betriebsschließungen und Produktionsdrosselungen verlieren ganze Regionen ihre Lebensfähigkeit, dort entstehen massenhaft Überschüsse an Arbeitskraft. Ständiges Sinken von Reallohn und Lebensqualität, deren Ursprung in chronischer Inflation und raffinierter Ausbeutung liegen, stellen in den kapitalistischen Ländern nach wie vor ein ernstes Problem dar.

Diese im Entwurf des Grunddokumentes enthaltene Analyse wird durch Studien bekräftigt, die in jüngster Zeit in vielen Ländern unternommen wurden. So schrieb die "Los Angeles Times" im Sommer 1986: "Die Reagan-Administration prahlt damit, daß die USA-Wirtschaft bereits vier Jahre hintereinander den stärksten Aufschwung in der Nachkriegsgeschichte nach einer Flaute erlebt. Doch für den amerikanischen Durchschnittsarbeiter bedeutet dieses Prahlens nichts als leeres Gerede... Die traurige Tatsache ist, daß der reale durchschnittliche Wochenlohn der Arbeiter von Mai 1978 bis Mai 1986 um sage und schreibe 10 % zurückgegangen ist." Es sei darauf verwiesen, daß ein Sinken der Arbeitslöhne um nur ein Prozent in den USA insgesamt etwa 20 Mrd. Dollar pro Jahr bedeutet.

Noch spürbarer ist die monopolistische Pressung in den Entwicklungsländern, wo über 3 Milliarden Menschen leben. Im Entwurf des Grunddokuments werden himmelschreiende Beispiele für die erbar-



Allein in den zwei letzten Jahren wurden in Mailand zusätzlich 70 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. "Die Beschäftigung sichern!" — fordern die Metallarbeiter

Foto: TASS

mungslose Ausbeutung der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas angeführt. Multinationale Monopole und internationale Banken sahen in diesen ausgedehnten Regionen über 200 Mrd. Dollar jährlich ab. Allein in letzten 10 Jahren lagen die Profite US-amerikanischer Konzerne aus diesen Regionen um das 4fache höher als ihre Investitionen. In Lateinamerika und in der Karibik betragen die Einkünfte ausländischer Investoren das 8fache ihrer Investitionen. Im Ergebnis dessen betragen die Pro-Kopf-Einkünfte in den Entwicklungsländern Anfang der 80er Jahre nicht einmal 10 % der der kapitalistischen Industriestaaten. Und diese Kluft wird immer größer.

Bei der Plünderung der Entwicklungsländer kommt dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung eine ganz besondere Rolle zu. Diese beiden Organisationen werden von den imperialistischen Staaten (insbesondere von den USA) zur Offensive gegen die Entwicklungsstrategie benutzt, die von der UNO verwirklicht wird.

Den internationalen Banken und multinationalen Konzernen stehen viele Mittel zur Untergrabung der Wirtschaft der Entwicklungsländer und zum Eindringen

in ihre Wirtschaftsmechanismen zur Verfügung. Die von den Gewerkschaften angestellten Studien verweisen auf die verheerende Einwirkung solcher Faktoren wie sinkende Export- und steigende Importpreise im Außenhandel der Entwicklungsländer, Wucherzinssätze, Steuerlast, "Brain Drain", erklärte und unerklärte Repatriation (Gewinnrückführung) durch das ausländische Kapital, Transfer der Preisbildungsmethoden der multinationalen Monopole in die Länder der "dritten Welt" usw. Zu einer drückenden Last ist für die Entwicklungsländer ihre immense Auslandsverschuldung geworden. "Kolossale Manipulationen und Schwindel der neokolonialistischen Kräfte und der mit ihnen verbundenen parasitären Elemente", heißt es dazu im Entwurf des Grunddokuments, "untergraben die Wirtschaft der dadurch ausgebeuteten Entwicklungsländer und fügen den Arbeitern einen immensen Schaden zu".

Aus dem Gesagten läßt sich ein klarer Schluß ziehen. Er ist ebenfalls im Entwurf des Grunddokuments enthalten: "Der Feind der Arbeiter der Entwicklungsländer wie Industriestaaten ist der gemeinsame Ausbeuter — die transnationalen Konzerne mit ihrer Profitmaximierungsstrategie. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen können nur fruchtbringend sein, wenn sie auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils aufgebaut werden. Ein Beispiel dazu sind die Erfahrungen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten." Der II. Weltkongreß der Gewerkschaften

Unterstützung für die neuen Friedensinitiativen der UdSSR zum Ausdruck wandten sich mit dem Aufruf an alle arbeitenden Menschen, ihre Kräfte zu vereinen, um die Menschheit vor der atomaren Vernichtung zu bewahren. In Murmansk fand ein Friedenstreffen von Werktätigen der UdSSR und Finnlands statt. In anderen sowjetischen Städten waren Arbeiter und Gewerkschafter aus Großbritannien, Frankreich, den USA, Äthiopien und Nigeria zu Gast. Derartige gemeinsame Treffen sind Tradition in unserem Land. Gewerkschaftliche Aktivitäten unter Friedenslosungen nehmen mit jedem Jahr zu. Arbeitende Menschen verstehen: Sie können eine Menge dazufut, um die Erde vor dem Atomtod zu retten. Sie verfügen über nicht geringe Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte. Jetzt entscheidet sich die Frage über ihr wichtigstes, das Recht auf Leben.

W. GALIN

Das wichtigste Recht

Am 1. September legten Tausende Werktätige unseres Landes Friedensschichten ein. Allein in Kiew in über 100 Betrieben. Das Geld ging an den Friedensfonds.

In vielen Städten arbeiteten sowjetische und ausländische Kollegen Seite an Seite.

Bulgarische Freunde in Nowy Oskol, Kollegen aus der DDR an der Gaspipeline "Sojus 2" in Tula und Spezialisten aus der KDVR beim Holzseinschlag im Gebiet Chabarowsk... Bohumil Jez, Leiter der tschechoslowakischen Arbeiterdelegation des TOS-Werks, sagt: "Wir arbeiten in der Werkzeugmaschinenfabrik Sergo Ordshonikidse. Wir haben beschlossen, am Aktionstag für den Frieden höchste Arbeitsproduktivität an den Tag zu legen. Wir sind davon überzeugt, daß sich unsere Moskauer Kollegen in der CSSR mit genau denselben Empfindungen an die TOS-Drehbänke stellen."

In der sowjetischen Hauptstadt, im

Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften, versammelten sich Delegierte der führenden Arbeitskollektive mit ihren zahlreichen ausländischen Gästen. Vertreter aus 16 Ländern frachten ihre



Unterstützung für die neuen Friedensinitiativen der UdSSR zum Ausdruck wandten sich mit dem Aufruf an alle arbeitenden Menschen, ihre Kräfte zu vereinen, um die Menschheit vor der atomaren Vernichtung zu bewahren.

In Murmansk fand ein Friedenstreffen von Werktätigen der UdSSR und Finnlands statt. In anderen sowjetischen Städten waren Arbeiter und Gewerkschafter aus Großbritannien, Frankreich, den USA, Äthiopien und Nigeria zu Gast. Derartige gemeinsame Treffen sind Tradition in unserem Land.

Gewerkschaftliche Aktivitäten unter Friedenslosungen nehmen mit jedem Jahr zu. Arbeitende Menschen verstehen: Sie können eine Menge dazufut, um die Erde vor dem Atomtod zu retten. Sie verfügen über nicht geringe Erfahrungen im Kampf um ihre Rechte. Jetzt entscheidet sich die Frage über ihr wichtigstes, das Recht auf Leben.

W. GALIN

Unser Bild: Kundgebung in Moskau

Foto: W. Panow

ten findet in einem Jahr statt, das von der UNO zum Jahr des Friedens deklariert wurde. Das Motto der Gewerkschaftsbewegung heißt in diesem Jahr: "Werktätige und Gewerkschaften für Frieden und Arbeit". In diesem Motto finden die Hauptrichtungen der Aktivitäten aller sozialen Kräfte im Kampf gegen die Kriegsgefahr ihren Niederschlag.

Das Thema Frieden wird sicher im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Kongresses stehen. Da liefert der Entwurf des Grunddokuments eine gute Grundlage für die Diskussion. Darin heißt es u.a., daß die Jahre nach dem 10. WGB-Kongreß durch einen Aufschwung der Friedensbewegung gekennzeichnet sind, die inzwischen von ganzen Völkern getragen wird. Die Eskalation des nuklearen Wettrüstens, seine gefährlichen Folgen sind für immer breitere Kreise der Weltöffentlichkeit ein Grund zur Besorgnis. Die Gewerkschaften aller Richtungen begrüßten in dieser Situation das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in Genf. Heute treten sich für erfolgreiche Durchführung von Verhandlungen über die Rüstungskontrolle und die Abrüstung ein und drängen darauf, nach Wegen zu suchen, um die Kernwaffen und alle anderen Massenvernichtungsmittel zu beseitigen.

Im Dokument, das vom Kongreß erörtert werden wird, wird hervorgehoben, daß die Gewerkschaften den Sternenkriegsprojekten Präsident Reagans energisch entgegenwirken. Sie werden als ein Beispiel der "Perversion des technischen Fortschritts durch den Imperialismus" gekennzeichnet. Wird der Prozeß der Militarisierung des Weltraums nicht gestoppt, werden die Gefahren, die das Wettrüsten birgt, um ein Vielfaches zunehmen. Die Stationierung von nuklearen Mitteln im erdnahen Raum wird eine Intensivierung des Rüstungswettlaufs bedingen, darunter auch auf der Erde. Dadurch kann die Wahrscheinlichkeit, daß ein Krieg mit all seinen unabsehbaren Folgen durch Zufall ausbricht, nur noch gesteigert werden.

Die Gewerkschaften haben ein spezifisches Interesse an Formen und Maßstäben der Finanzierung der Hochrüstung. Sie sind überzeugt, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer in Höhe von fast einer Billion Dollar und der kolossalen Steigerung der Rüstungsausgaben der USA gibt. Während der letzten 10 Jahre wurden diese Ausgaben um mehr als eine Billion Dollar aufgestockt. Zugleich belaufen sich die Verluste im Einkommen der Werktätigen in den kapitalistischen Industriestaaten durch Rüstungsausgaben und Superprofite des Militär-Industrie-Komplexes auf Hunderte von Milliarden Dollar.

Im Mai 1986 fand in Dublin die 2. Weltkonferenz der Gewerkschaften über sozialökonomische Aspekte der Abrüstung statt. In ihrer Deklaration wird

betont: "Die Grenze zwischen Krieg und Frieden, an der die Menschheit steht, ist zu schmal, als daß man darauf balanciert. Die Last der sozialökonomischen Folgen der Hochrüstung ist zu groß, als daß man sich damit abfindet."

Aus dieser harten aber äußerst nüchternen Feststellung zogen die Vertreter der Gewerkschaften unterschiedlichster Orientierung aus 47 Ländern die unzweideutige Schlußfolgerung: "Die Kriegsgefahr kann nicht nur gebannt, sondern auch beseitigt werden: Kernwaffentests müssen nicht nur eingestellt, sondern auch geächtet werden; das Wettrüsten muß nicht nur eingeschränkt, sondern auch gestoppt werden; die nuklearen Arsenale müssen nicht nur reduziert, sondern auch beseitigt werden — und zwar sofort; die Militärausgaben müssen nicht nur eingefroren, sondern auch herabgesetzt werden; der Weltraum ist nicht für 'Kriege der Sternen' oder sonstige militärische Projekte bestimmt, sondern er muß den Zielen des Friedens und der Entwicklung dienen."

Ungeachtet gewisser Unterschiede in den Ansichten, konnten die Teilnehmer des Treffens in Dublin die Schlußfolgerung ziehen, daß "der Politik des Militarismus eine weltweite demokratische Alternative" geboten werden muß. "420 Millionen Gewerkschafter in der Welt", erklärten sie mit berechtigtem Optimismus, "sind eine gewaltige Macht, die einen gewichtigen Beitrag zur Lösung der akuten sozialökonomischen Probleme der Weltgemeinschaft leisten kann."

Dem Zusammenhang zwischen der Abrüstung und der Beschäftigung, einem für die Gewerkschaften sehr wichtigen Problem, wird in Berlin besondere Beachtung geschenkt werden. Der WGB, ausgehend von objektiven Studien, verwies wiederholt darauf, daß allein eine Reduzierung der Rüstungsausgaben um 10 % ausreichen würde, um ein 10-Jahres-Programm zum Nutzen von Millionen Werktätigen zu finanzieren, die gegenwärtig ohne die nötigsten Dinge des täglichen Bedarfs auskommen müssen und keine Möglichkeit haben, sich durch Arbeit ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Nach Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation sind reale Möglichkeiten vorhanden, 180 Mio zusätzliche Arbeitsplätze durch Reduzierung der Rüstungsausgaben in der Welt zu schaffen.

Die sowjetischen Friedensinitiativen, vor allem die Erklärung Michail Gorbatschows von 15. Januar dieses Jahres (darin werden reale Maßnahmen für die Beseitigung der Kernrüstungen bis zum Jahre 2000 angeboten) sowie vom 18. August (über die Verlängerung des einseitigen sowjetischen Moratoriums für Kernwaffenversuche mit dem Ziel, ein Abkommen über ihr vollständiges Verbot zu erleichtern) verleihen wichtige Impulse für die Aktivierung des Friedenskampfes der Werktätigen. Das leb-

hafte positive Echo auf diese Dokumente seitens der nationalen und internationalen Gewerkschaftsverbände unterschiedlicher Orientierung belegen eindeutig: Die sowjetische Position in Fragen der Abrüstung entspricht den Träumen und Interessen der arbeitenden Menschen voll und ganz.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen stellt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung einen historischen Imperativ dar. Zwist in unseren Reihen nützt nur unserem gemeinsamen Gegner. Das Verständnis dafür durchdringt den Entwurf des Grunddokuments des 11. Weltkongresses der Gewerkschaften, dessen Aufgabe darin besteht, "die Sache der Einheit zu fördern, der weltweiten Gewerkschaftsbewegung die Erfüllung ihrer historischen Mission — der Beschleunigung des Fortschritts der Menschheit — zu ermöglichen". So heißt es im Dokument.

Die Tendenz, nach Wegen zur Aktionseinheit zu suchen, läßt sich auch außerhalb des WGB erkennen. So schlug der große internationale Gewerkschaftsverband — die Weltkonföderation der Arbeit — vor, "dazu beizutragen, 1986 ein Treffen aller internationalen Gewerkschaftsorganisationen, der verschiedenen regionalen Gewerkschaftsorganisationen und unabhängigen Konföderationen mit dem Ziel zu organisieren, ein Programm zu erarbeiten, das mindestens folgende Fragen beinhalten muß: die Weltkrise, die Außenverschuldung, die reale Demokratie und gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten". Mit diesem Treffen sollte das 100. Jubiläum der Arbeiterfeier des 1. Mai gewürdigt werden.

Diese Initiative wurde von unserem Bund begrüßt. Der dritte große internationale Gewerkschaftsverband — die Internationale Konföderation Freier Gewerkschaften — hüllt sich leider immer noch in Schweigen.

* * *

Im Frühjahr 1986 erklärte die 35. Tagung des WGB-Büros in einer Resolution: "Wir müssen der Idee des 1. Mai und den menschlichen Werten die Treue halten, denn die Zivilisation ist das Ergebnis unserer Arbeit. Sie wurde eben von uns geschaffen. Unser Recht und unsere Pflicht ist es, sie zu schützen und zu entwickeln." Das Zeitalter, in dem wir leben und arbeiten, ließ die internationale Arbeiterbewegung zu einer Kraft werden, die das Antlitz der Welt verändern kann. Die Aufgabe des 10. Weltkongresses der Gewerkschaften besteht darin, Wege zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu finden, damit Schluß gemacht wird mit der Vergeudung der menschlichen und materiellen Ressourcen für die Hochrüstung, damit die Weltwirtschaft in die Bahn einer ausgewogenen Entwicklung gelenkt wird, damit unser Planet zum Planeten des Friedens und des sozialen Fortschritts wird.

Die Kernenergetik nach Tschernobyl

Alexander PETROSSIANZ

Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Atomenergienutzung der UdSSR

Der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) liegt ein Bericht aus der UdSSR über die Ursachen der Havarie im Atomkraftwerk Tschernobyl vor, der schwersten, seitdem Atomenergie für friedliche Zwecke genutzt wird. Im IAEA-Hauptquartier in Wien haben Experten vermerkt, daß der Bericht objektiv und offen ist und bei der Bestimmung der Mittel und Wege zur weiteren Atomenergienutzung für friedliche Zwecke eine wichtige Rolle spielen wird.

Vor 32 Jahren wurde in der UdSSR das erste KKW der Welt, und zwar in Obninsk, in Betrieb gesetzt. Die Atomenergetik hat sich in zahlreichen Ländern fest eingebürgert. In vielen entfallen auf sie schon zwischen 15 und 60% der Stromerzeugung.

Die UdSSR gehört zu den wenigen Staaten, die mit organischem Brennstoff bestens eingedeckt sind. Mit ihrer Kohlenförderung steht sie in der Welt an dritter, mit ihrer Gewinnung von Erdöl einschließlich des Gaskondensats an erster Stelle, und ihre Wasserkraftressourcen sind keineswegs erschöpft. Doch sind diese ungleichmäßig über das Land verteilt: Etwa 90% der Brennstoff- und 80% der Wasserkraftressourcen entfallen auf den asiatischen Landesteil, während der Großteil der Energie im europäischen Teil verbraucht wird. Hier nun empfiehlt sich der Bau von KKW.

Im Jahre 1986 rückte unser Land in der globalen Stromerzeugung in KKW an die dritte Stelle auf. Voriges Jahr lieferten sie fast 170 Md. kWh Strom.

Die Erfolge der Kernenergetik sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist die Einstellung dazu auf der Welt verschieden. So hat man in den USA letzthin die Einstellung zu ihr völlig geändert und das Anwachsen der Atomenergetik scharf abgebremst.

KKW bauen oder nicht?

Die Entwicklung der Kernenergetik läßt sich in zwei Phasen einteilen.

Die erste — Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre — kann man etwa euphorisch nennen. Für sie waren zahlreiche Aufträge zum KKW-Bau, ein rasches Bautempo, relativ geringe Investitionen und optimistische Vorhersagen charakteristisch.

Nebenbei gesagt, war das Verhalten zur rapiden Zunahme der KKW bei uns anders, ich meine kritischer, wenn auch eindeutig positiv.

In der zweiten Phase (bis Mitte der 80er) begann man in manchen Ländern, anders über die Rolle der Kernenergetik

Das KKW in Nowoworonesh, eins der größten in der UdSSR. Hier werden Fachkräfte auch für andere Länder herangeschult



zu denken: Es wurde viel langsamer gebaut, und die Konkurrenzfähigkeit der KKW nahm merklich ab.

Jetzt hängt die Einstellung dazu vor allem vom Vorhandensein eigener anderer Energieressourcen ab. Wenn sich die Kernenergetik in den Ländern Europas noch immer schnell entwickelt, so deshalb, weil sich diese vom Ölimport unabhängiger machen wollen. Das gilt besonders für Frankreich, Belgien und die Schweiz.

Die UdSSR steigerte im vergangenen Jahrzehnt die Nutzung von Kernenergie. Die Kernenergetik wird in absehbarer Zeit imstande sein, den wachsenden Stromverbrauch der Menschheit bei minimaler Schädigung der Umwelt zu decken. Der KKW-Bau trägt zur energetischen Unabhängigkeit der Staaten bei und wirkt sich dadurch stabilisierend auf die Weltwirtschaft und die internationalen Beziehungen aus.

Wir werden die Atomenergetik vornehmlich im europäischen Landesteil ausbauen. Bis 1990 wollen wir in KKW 390 Md. kWh Strom gewinnen.

Für Leser, die sich für technische Einzelheiten interessieren, füge ich hinzu, daß wir zweierlei Energiereaktoren (mit langsamen Neutronen) benutzen: Druckwasserreaktoren, Uran-Graphit-Druckröhren- und Siedereaktoren.

Bis zum Jahr 2000 planen wir den Übergang zu KKW mit Schnellreaktoren. Drei solche bestehen schon: im Gebiet Uljanowsk, in Kasachstan und im Ural. Noch eins ist im Bau. Die Kernenergetik hat bei uns zu Lande also Chancen.

Unabsehbare Aussichten hat, möchte ich sagen, die der Menschheit vorschwebende thermonukleare Energetik: die vom Menschen gesteuerte thermonukleare Synthese. Damit könnte der

Foto: TASS

Menschheit eine unerschöpfliche Energiequelle erschlossen werden. Die unter Ägide der IAEA und auf Initiative der UdSSR gebildete internationale INTOR-Gruppe, deren Teilnehmer die UdSSR, Japan, die USA und eine kleine Gruppe anderer westlicher Länder sind, hat einen thermonuklearen Reaktor auf Basis des Tokamak konzipieren können.

Michail Gorbatschow hat 1985 in Frankreich Francois Mitterrand und später in Genf Ronald Reagan vorgeschlagen, gemeinsam das Muster eines thermonuklearen Reaktors für nukleare Kraftwerke neuer Art zu entwickeln. Zur Zeit werden Schritte zur Realisierung dieser Idee erörtert.

Die Havarien

Die Gegner der Kernenergie haben immer — und nicht ohne Grund — in erster Linie auf ein zuverlässiges und gefahrloses Funktionieren der KKW gepocht.

Die auf KKW und Reaktoren spezialisierten Konstrukteure und Techniker haben, ihrer Meinung nach, alle Schutzmaßnahmen vorgesehen.

Und doch kommen Havarien vor.

1957. In Windscale (England). Eine Havarie in einem Reaktor mit Austritt radioaktiver Produkte der Kernspaltung.

1959. In Saint-Suzan (USA) schmolz ein Teil der nuklearen Brennstoffelemente.

1961. In Idaho Falls (USA) explodierte ein Reaktor.

1966. Teilweise schmolz die aktive Zone in dem Reaktor "Enrico Fermi" in Detroit (USA).

1979. Im KKW von Three Mile Island (USA) schmolz die aktive Zone.

1982. Im Reaktor "Ginna" (USA) Rohrbruch im Dampfgenerator und Austritt radioaktiven Dampfes in die Atmosphäre.

1971–1984 kam es in 14 Ländern zu 151 Havarien mit verschiedenen, zum Teil schweren Folgen für Menschen und Umwelt.

Die Havarie im vierten Block des Tschernobylers KKW war durch schwere Verstöße gegen die Bedienungsanleitung für die Reaktoranlage verursacht.

Vor der Ausschaltung des vierten Blocks zu der nach zwei Jahren geplanten Reparatur beschloß die KKW-Leitung, einen Turbogenerator daraufhin zu untersuchen, ob man die mechanische Energie seines Rotors (nach Abschaltung des Dampfes) zum Antrieb der Mechanismen für den Eigenbedarf des betreffenden Blocks benutzen kann, wenn der Strom abgeschaltet ist. Das war eine rein elektrotechnische Angelegenheit und hatte mit dem Reaktor selbst nichts zu tun.

Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß das Programm für den

Versuch unangemessen war. Es ließ notwendige Sicherheitsmaßnahmen vermissen. Am 25. April um 14 Uhr wurde das System der Notkühlung des Reaktors abgeschaltet, und die Teilnehmer am Experiment wollten schon mit den Versuchen beginnen. Auf Forderung des Dienstleiters von Kiewenergo wurde aber die Ausschaltung des Blocks aus den Arbeiten aufgehalten, und er funktionierte bis zum 26. April um 1 Uhr 23 Minuten, d. h. bis zur Havarie mit abgeschalteter Notkühlung, was nach den Bestimmungen streng verboten ist.

Das Programm für die Versuche war nicht mit Vertretern des Chefkonstruktors des Reaktors und ebensowenig mit dem Chefprojektanten des KKW oder mit der wissenschaftlichen Leitung für nukleare Sicherheit vereinbart, die sich ständig im KKW aufhielt.

Dessen Leiter hatten für keine ausreichende Kontrolle gesorgt und keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen, weshalb die Havarie so katastrophalen Umfang annahm.

Schon am 3. Mai, gleich nach der Havarie, forderte die Sowjetregierung die Leitung der IAEA auf, nach Moskau zu kommen. Generaldirektor Blix, sein Stellvertreter Konstantinow und der Leiter der Abteilung für nukleare Sicherheit, Rosen, trafen am 5. Mai in Moskau ein.

Wir empfingen sie beim Staatlichen Komitee für Atomenergienutzung. Wir sagten ihnen alles, was wir über die Havarie wußten, und führten ihnen einen in Tschernobyl gedrehten Film vor. Er war von Fachkräften des Energietechnischen Forschungs- und Entwicklungsinstituts gedreht worden und ließ deutlich erkennen, wie der Reaktor des 4. Blocks aussah.

Herr Blix äußerte den Wunsch, daß der Delegation Gelegenheit geboten wird, nach Tschernobyl zu fahren. Am 8. Mai flog sie nach Kiew und von dort per Hubschrauber nach Tschernobyl, begleitet vom Vizepräsidenten der AdW der UdSSR Welichow, vom 1. Vizevorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Kontrolle über die Sicherheit bei Arbeiten in der Atomenergie, Sidorenko, und von mir. Im Hubschrauber überflogen wir in 400 m Höhe das KKW, sahen den unversehrten 1. und 2. Block sowie den 3. und 4. nach der Havarie. Außerdem bekamen wir vom Hubschrauber aus ein Bild von dem im Bau befindlichen 5. und 6.

IAEA-Tagesordnung

Als Resultat sämtlicher Aussprachen und Diskussionen gaben wir ein gemeinsames Kommuniqué aus. Sowjetischerseits erklärten wir, daß wir im Einklang mit einem Schreiben der IAEA bereit sind, nach Maßgabe der Fertigstellung von Informationen über die Havarie diese zu liefern, und Herr Blix schlug

vor, daß sie auf einer Expertenkonferenz analysiert werden sollen. Die Resultate der Analyse könnten für die Teilnehmerstaaten der IAEA erhältlich sein. Solche Informationen ließen wir der IAEA Anfang August zugehen.

Die UdSSR beschloß ferner, Tagesberichte über die Strahlungsstärke von einer Stelle 60 km vom KKW entfernt und von sechs anderen Stellen längs der sowjetischen Westgrenze (aus Leningrad, Riga, Vilnius, Brest, Rachow und Kischinow) an die IAEA zu senden. Diese sandte die Angaben ihrerseits den Instanzen der IAEA-Mitgliedstaaten für Strahlungssicherheit zu.

In dem Kommuniqué wurde sowjetischerseits erklärt, daß die Havarie an den sowjetischen Plänen für die Entwicklung der Atomenergie nichts ändern werde. Erörtert wurden Mittel und Wege zur Erhöhung der Sicherheit in der Atomenergie sowie internationale Maßnahmen, die im Rahmen der IAEA zur Verringerung eventueller Havariefolgen in einem KKW getroffen werden sollen. Gebraucht wird ein Mechanismus zu rechtzeitiger Benachrichtigung über radioaktive Austritte, deren Folgen sich außerhalb des betreffenden Landes fühlbar machen. Außerdem sind ein Informationsaustausch über die Strahlungsstärke sowie zusätzliche technische Maßnahmen in Kernanlagen zur Verhütung von Havarien und zur Verringerung ihrer Folgen notwendig.

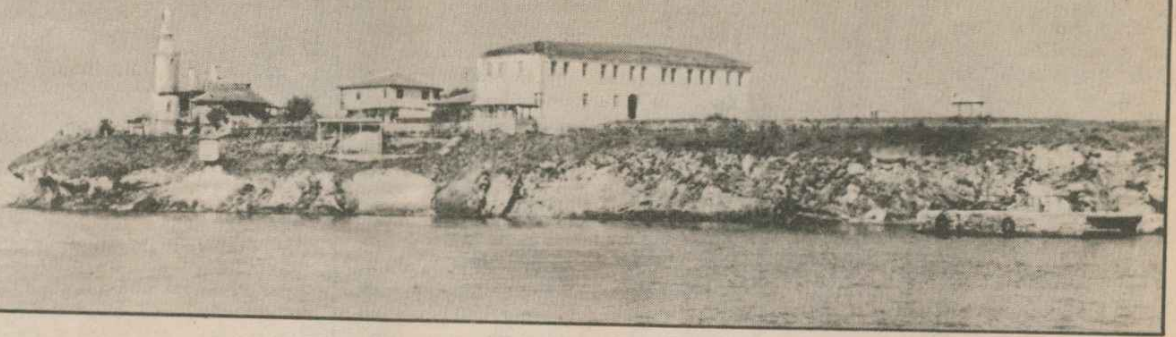
Die ausschließlich auf die friedliche Nutzung der Atomenergie ausgerichtete Tätigkeit der IAEA wird jetzt besonders wichtig.

Auf Initiative der UdSSR und einiger anderer Mitgliedstaaten der IAEA wurden Mitte August auf einer speziellen Konferenz dieser Organisation zwei Konventionen erörtert: über die obligatorische Benachrichtigung von Kernhavarien, wo auch immer (falls sie Nachbarstaaten bedrohen), und über Hilfeleistung im Falle einer Havarie in einem KKW. Beide Konventionen wurden zur Prüfung und Bestätigung durch eine spezielle internationale Konferenz vorbereitet, die Ende September in Wien tagen wird. Nach ihrer Bestätigung werden die Konventionen den Mitgliedstaaten der IAEA zur Unterzeichnung zugeleitet.

Wir Atomenergiekenner — Wissenschaftler und Fachkräfte — müssen diese Lehren beherzigen und weitreichende Konsequenzen daraus ziehen, organisatorische ebenso wie wissenschaftliche und technische.

Leider geht es, wie die Geschichte zeigt, bei der Nutzung einer neuen und hochkomplizierten Technik nicht ohne Verluste und Opfer ab.

Diese Havarie hat aber auch gezeigt, wie furchtbar die unbezähmte Atomenergie und wie gefährlich das nukleare Wettrüsten ist, dessen Folgen verheeren, der als jede auch nur vorstellbare Havarie in einem KKW sein können.



Auf Lizenz von „Neftechim“

In der Großen Sowjetischen Enzyklopädie ist nur eine Insel mit Namen Bolschewik zu finden. Es gibt aber noch eine zweite dieses Namens, u. zw. in Bulgarien, im Schwarzen Meer, nur drei Meilen von der Hafenstadt Burgas entfernt.

Die Schwarzmeerinsel "Bolschewik"

Zu dem Vergnügungsdampfer, der zu der Insel geht, kam ich zu spät. Ich stand ein Weilchen am Pier und wollte schon einen Spaziergang durch Burgas antreten, da rief mich jemand an:

"Genosse, wollen Sie rüber zum Bolschewik?" Der mich rief, war ein alter Matrose in einer ausgeblichenen Vindjacke. Er stand an Deck eines kleinen Motorboots, das hinter den hohen Pfählen der Anlegestelle für Passagiere auf den Wellen schaukelte. Steigen Sie ein, ich bring Sie rüber! Ich muß zum Pier von Neftechim, wir haben fast den gleichen Weg. In ungefähr drei Stunden kann ich Sie dann auf der Rückfahrt nach Burgas mitnehmen."

Schon nach einer Minute stieß das Motorboot eine blaugraue dünne Rauchfahne aus und legte hurtig ab.

Bis zum Bolschewik brauchten wir nur eine halbe Stunde. Die Insel ist ein bärlich mit Erde bedeckter Felsen, etwa 100 Meter lang und ein paar Dutzend Meter breit. Brausende Brandung, im Wind verdorrtes Gras, Möwenschreie, ein Leuchtturm und geduckte Bauten eines uralten Klosters. Das ist alles.

Früher hieß sie St. Anastasia-Insel, so benannt nach einer Heiligen, die im 16. Jahrhundert hierher verschlagene Eremiten verehrten. Bis 1924 war die Insel fast unbewohnt. In jenem Jahr machten die bulgarischen Faschisten aus dem Kloster ein KZ für die aktivsten Teilnehmer des bewaffneten antifaschistischen Aufstands von 1923. Am 29. Juli 1925 kam es auf der Insel zu einer Rebellion, angeführt von Teochar Bakyrdschijew, dem Leiter des illegalen BKP-Kreispartei Komitees von Burgas. Die Häftlinge besetzten die Wache und den Leuchtturm und beherrschten bald die Insel. Auf einer improvisierten Kundgebung sagte Bakyrdschijew: "Genossen. In einigen Tagen wollen die Behörden ein Strafgericht über uns halten. Viele von uns könnten zugrunde gehen. Deshalb hat die Parteiorganisation zur heutigen Rebellion gerüstet. Wir gehen an die türkische Grenze und von da zu unseren Brüdern nach Sowjetrußland. Wer Schwierigkeiten nicht scheut, kann mitkommen."

Der Weg in die Türkei war in der Tat beschwerlich und gefährlich. Die Fliehenden wurden von der Polizei verfolgt, sie litten Hunger und Durst. Aber sie überschritten vollzählig die Grenze und erreichten Istanbul. Mit Unterstützung sowjetischer Diplomaten und der Internationalen Roten Hilfe reisten die bulgarischen Patrioten mit dem Schiff "Iljitsch" in die Sowjetunion.

Die damalige bulgarische Presse erwähnte das Ereignis nicht einmal, auch die Behörden schwiegen sich aus. Und doch verbreitete sich die Nachricht von dem geglückten Aufstand auf der Insel. Zwar waren nicht alle Teilnehmer Kommunisten, aber im Volk nannte man sie alle Bolschewik. Allmählich führte sich

Insel "Bolschewik"

der Name Bolschewik auch für die Insel ein. Nach der sozialistischen Revolution vom 9. September 1944 wurde er ihr offiziell zugeeignet.

Jetzt ist sie eine Sehenswürdigkeit aus der revolutionären Vergangenheit von Burgas. Das Gebäude des KZ ist heute ein Museum, das von Touristen aus dem ganzen Land und aus dem Ausland besucht wird. Auch am Leben gebliebene einstige Häftlinge besuchen die Insel.

Bald darauf holte mich Onkel Toscho (so nannte man den alten Matrosen) wieder ab. Geschickt schlängelte er sich mit seinem Fahrzeug zwischen den auf Reede ankernden Hochseeschiffen durch in die Bucht von Burgas. An uns flitzte eine schneeweiße "Seetram", Tragflügelsschiff, vorbei. An Deck waren viele Kinder in weißen Feiertagsblusen und mit hellblauen Pionierhalstüchern.

"Das sind Oktoberkinder, wie man sie bei Ihnen nennt. Die fährt man auf die Insel zu Führungen", erläuterte mir Onkel Toscho. "In meiner Kindheit zog sie uns Burgasser Jungens auch wie ein Magnet an."

Er erzählt, wie sie ein angefaultes, nach Tang und Fischen riechendes Boot, das jemand am Ufer hatte stehenlassen, wochenlang teerten und jedes Leck verstopften. Damit wollten sie auf die Insel fahren.

Die Träume der Burgasser Jungen sind in Erfüllung gegangen. Die Revolution vom 9. September 1944 brachte ihrem Land die Freiheit und wandelte es. Auch diese Gegend ist nicht wiederzuerkennen. Früher war Burgas ein schäbiges Hafenstädtchen fast ohne jede Industrie. Und jetzt laufen auf der dortigen Werft Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 25 000 t vom Stapel und kreuzen das Weltmeer. Fischer aus Burgas sind heute an der Küste von Spitzbergen, Georgia, Afrika und der Pazifikinsel Robinson Crusoe anzutreffen. Auch Angel Toscho, ein waschechter Burgasser, Sohn und Enkel von Matrosen, fuhr 40 Jahre auf Fahrzeugen der bulgarischen Reederei, darunter auch auf dem Tanker "Khan

Asparuck", dem Flaggschiff. Schon ein Jahr ist er auf Rente, kann sich aber vom Meer nicht trennen. Seine beiden Söhne sind der Familientradition untreu geworden, sie arbeiten im Petrolchemiekombinat von Burgas.

Die Erzeugnisse von Neftechim

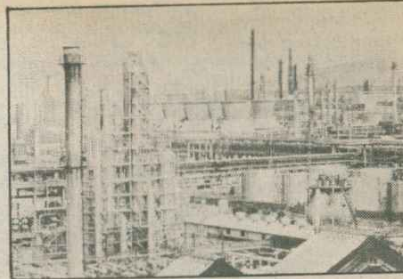
Vor etwas mehr als 20 Jahren führte sich in Bulgarien erstmalig der Beruf des Petrolchemikers ein. Zu Anfang der 60er Jahre wurde im Dorfe Kameno, jetzt einem Vorort von Burgas, das erste bulgarische Benzin hergestellt. Seine Produktion wurde mit Hilfe sowjetischer Fachkräfte in Gang gebracht. So begann die Geschichte des Petrolchemiekombinats von Burgas, das den Anstoß zur Entwicklung der bulgarischen Petrolchemie gab. Heute arbeiten da die Kinder und Enkel derer, die in der Gegend von Burgas für die Volksmacht kämpften und in den düsteren Zellen des faschistischen KZ auf der Insel Bolschewik schmachteten.

Im Museum des Kombinats hängt im Hauptsaal eine große Weltkarte, auf der

von Burgas rote Pfeile nach allen Richtungen weisen, nach Ländern, in die der Burgasser Betrieb Neftechim seine Erzeugnisse exportiert. Es sind über 40. Davon, daß die Nachkommen der Seefahrer tüchtige Petrolchemiker geworden sind, zeugen über 30 im Museum ausliegende Goldmedaillen von internationalen Messen und Ausstellungen. Das Kombinat erzeugt aber rund 150 Artikel: Buna, Fasern, flüssigen Treibstoff, Schmieröle, Produkte der organischen Synthese, aromatische Kohlehydrate, Plaste, Bitumen. usw.

"Die Produktion im Kombinat hat in den 80er Jahren besonders schnell zugenommen", sagt Petr Pejkow, Sekretär des BKP-Kreis Komitees von Burgas. "Ein Baukomplex für katalytisches Kracken ist in Betrieb genommen worden. Diese einzigartige Methode gründlicher Erdölverarbeitung hat es ermöglicht, aus der Menge des wertvollen Rohstoffs, die jetzt verbraucht wird, 25% mehr Benzin, Dieseltreibstoff und anderes zu erzielen. Uns ist das besonders wichtig. Bulgarien hat ja fast kein eigenes Erdöl. Es muß eingeführt werden."

Bei diesem Thema betonen die bulgarischen Genossen unbedingt, welche



Das Petrolchemiekombinat Burgas

Rolle die Zusammenarbeit mit anderen RGW-Ländern, vor allem mit der UdSSR, spielt. Über 60% der Kapazität des Kombinats in Burgas sind mit dem technischen Beistand unseres Landes entstanden.

Das Kombinat ist eine Art Testanlage für die modernste petrochemische Technologie. Die Inbetriebnahme von Anlagen für schwefelsaures Alkylieren hat Bulgarien unter die wenigen Länder aufrücken lassen, die erstklassiges Benzin, das Alkylbenzin, erzeugen, dessen Oktanzahl besonders hoch ist.

Vor 38 Jahren, am 9. September 1948, wurde die Koreanische Demokratische Volksrepublik proklamiert

Lebenspendendes Wasser des Tedong

Über 1000 km legten wir im Auto durch Volkskorea zurück, und ich kam aus dem Bewundern nicht heraus. Ich versuchte, die Landschaftsbilder mit heimatlichen, bekannten russischen Gegenden — im Ural, an der Wolga und im Norden — zu vergleichen, und mußte mich immer wieder überzeugen, daß die koreanischen Landschaften mit ihren Kegelbergen, Niederungen und Küstengebieten einmalig sind. Ich sah, wie Bauern Wildgänse vor sich hertrieben oder in Netzen fingen, damit sie nicht in Schwärmen über die Reisfelder herfallen. Die Leute lassen kein Auge von ihren Saaten. Reis ist für die Koreaner, was für uns das Brot.

In der Provinz Hvanghe-Süd machten wir einen Abstecher in die landwirtschaftliche Genossenschaft Oguk. Freundschaftliche Händedrücke und ein vertrauliches Gespräch in einem Raum

der Leitung. Auf niedrigen Tischen Obst. Wir erkundigten uns, wie es mit dem Reisanbau steht. Er wird dort auf 1450 ha gepflanzt. Die 1300 Familien bilden 16 Brigaden hauptsächlich für den Reisanbau. Der Hektar trägt viel: 7,5 t. In Korea gibt es kaum unbestelltes Land. Deshalb ist man bemüht, die Produktion zu intensivieren und so die Erträge zu steigern. Kim Su Hwang, der Vorsitzende, Held der Arbeit, schildert ausführlich seine wirtschaftlichen Sorgen. Er gehört der Genossenschaft seit ihrer Gründung an und hat all sein Können darangesetzt, sie hochzubringen.

Die Bauern der Republik haben sich viel vorgenommen, sie wollen den Ertrag an Reis und anderem Getreide in den nächsten Jahren auf 15 Mio t bringen, d. h. in kurzer Zeit um mehr als 33% erhöhen. Wie uns Parteifunktionäre und Fachkräfte sagten, ist das durchaus

möglich und wird energisch angestrebt. Ausschlaggebend wird die begonnene Komplex-Mechanisierung, Chemisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft sein.

Die Genossenschaft hat allein über 50 Traktoren. Außerdem LKWs und Busse mit denen die Bauern zu ihren Brigaden auf die Felder fahren. Alle wohnen in einer komfortablen Siedlung mit einer Zeile einstöckiger Häuser. Der moderne Kindergarten, in den wir hineinsehen, ist voll belegt. An den Zufahrtstraßen zu den Stallungen und Feldern stehen Buden mit Getränken und allerlei Kleinigkeiten. Proviant nehmen die Bauern mit und bereiten ihr Mittagessen an Ort und Stelle zu.

In der Leitung zeigte man uns einen Plan für die soziale Entwicklung der Genossenschaft. Danach sollen vor allem Dingen die notwendigsten sozialen und kommunalen Einrichtungen, z. B. eine Bücherei, gebaut werden. Die Leitung sorgt also auch dafür, daß die Arbeitskräfte ihre geistigen Bedürfnisse befriedigen können.

Sie kümmert sich auch angelegentlich um die Ausbildung landwirtschaftlicher Fachkräfte. 135 Mitglieder der Genossenschaft haben technische Fachschule absolviert, und zu jeder Brigade gehört ein diplomierter Agronom.

Den Kern des Arbeitskollektivs bilden 630 Mitglieder der Partei der Arbeiter Koreas (PdAK). Mit ihrer verantwortungsbewußten Einstellung zur Arbeit sind sie vorbildlich. Auf ihre Initiative beschlossen worden, je Hektar 8 t Re

Jeder, der etwas mit der Ölverarbeitung Bescheid weiß, weiß, daß dabei viel "industrielles Wasser" zu Abwasser wird. Man darf es nicht in Kläranlagen fließen lassen, weil es stark konzentrierte Gifte — Zyanide — enthält. Das giftige Wasser muß man entweder mitsamt den giftigen Beimischungen verbrennen oder mit Hilfe einer Zyanidhydrolyse entgiften. Das Verfahren ist aber kompliziert, weshalb man das "industrielle Wasser" bei Neftechim jahrelang einfach verbrannte. Im Kombinat nannte man das zum Scherz die Atmosphäre heizen. Die wirtschaftlichen Verluste davon waren erheblich, jedes Jahr wurden dafür über 10 000 t Masut verbraucht.

Im Kombinat wußte man das, hielt es aber für unvermeidlich. Das Gegenteil bewies der Ingenieur Wassil Tschakyrow, ein Technologie des Betriebs. In einer Beratung sagte er, die Vergeudung der Energieressourcen müsse ein Ende haben, man müsse das Wasser chemisch klären.

Er brachte eine eigene Methode zur Absonderung der schädlichen Beimischungen in Vorschlag. Aus seinen Kollegen bildete sich eine Initiativbrigade.

Gantscho Nedeltischew, der Generaldirektor von Neftechim, unterstützte die Neuerung. Er schlug vor, daß das Kombinat mit Tschakyrows Brigade einen Vertrag über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit schließen soll. Das geschah denn auch. Im Vertrag hieß es, daß die Direktion die anfänglichen Kosten der Einführung des neuen Klärungsverfahrens übernehme und die Brigade sich verpflichte, diese Aufgabe baldigst zu erfüllen. Wenn das gelänge, würden das Kombinat und die Brigade den Gewinn davon teilen, falls es mißlänge, übernehme die Direktion sämtliche Aufwendungen.

Die Initiativgruppe arbeitete rastlos. Nicht nur Tschakyrow und die anderen Ingenieure, sondern auch viele Arbeiter blieben nach der Schicht im Betrieb und arbeiteten am chemischen Reaktor, der auf das neue Verfahren umgestellt werden mußte. Bei dem Experiment entstand eine völlig neue Klärmethode für "industrielles Wasser". In den letzten 12 Monaten allein sparte das Kombinat dadurch 1 Mio Lewa ein.

Lizenzen auf das Neftechim-Verfahren haben schon die UdSSR, die DDR und

japanische Firmen angekauft. Alle Mitglieder der Brigade Tschakyrows haben ansehnliche Prämien erhalten, er selbst einen Staatspreis.

Auf dem Gelände des Petrolchemiekombinats in Burgas fühlt man sich wie in einer Stadt. Lange Straßen, von Bäumen, Sträuchern und Blumen gesäumt. Auf den weiten Flächen zwischen den vielstöckigen Betriebsbauten sind Zebrastreifen zu sehen. Der Verkehr innerhalb des Betriebs wird durch Verkehrsampeln geregelt. Selbst vom Aussichtsplattform im 10. Stock des Gebäudes der Generaldirektion kann man die ungefähr 30 Betriebe nicht überschauen, aus denen das Kombinat besteht. Außer ihnen gibt es auf dem Gelände auch Geschäfte, Polikliniken und zahlreiche andere soziale und kommunale Objekte. Nur die Fackeln auf den hohen dünnen Rohren, die bei jedem Petrolchemiebetrieb zu sehen sind, erinnern an das Besondere dieser großen und emsigen Stadt. Ihr heller Schein ist, ebenso wie das Licht des Leuchtturms auf der Insel Bolschewik, noch weit draußen auf dem Meer zu sehen.

J. SCHASCHKOW

Burgas—Moskau

zu erzielen. Vergleichsweise möchte ich sagen, daß der Hektar vor der Befreiung nicht mehr als 4 t erbrachte. Wenn man weiß, wie straff und eifrig in der Genossenschaft gearbeitet wird, dann ist man sicher, daß so etwas zu schaffen ist. Der koreanische Bauer hat das Zeug dazu.

Diese Genossenschaft ist keine Ausnahmeerscheinung.

Am Gelben Meer ist der Aufbau rhythmus der gleiche. Der VI. Parteitag der PdAK beschloß, daß in dem Gebiet der Westküste, das von der Flut unter Wasser gesetzt wird, 300 000 ha nutzbar gemacht werden sollen. Außerdem 200 000 an den Hängen von Bergkuppen und auf sonst unbequem bestellbarem Gelände. Jetzt bestehen in jeder Provinz am Gelben Meer Produktionsvereinigungen, die diese Vorhaben ausführen. Eine Methode ist der Bau kilometerlanger Dämme.

Mit jedem Jahr werden dem Meer neue Ländereien abgewonnen, in fruchtbare Äcker umgewandelt und landwirtschaftlichen Genossenschaften übergeben. Im Landkreis Ingrul haben wir einen halben Tag dem Bau eines kurzen Dammstücks zugesehen. Wir sahen die Aufschüttung entlang und unterhielten uns mit Arbeitern und Fachkräften. Der ins Meer hinausragende schmale Streifen führt zur Insel Nanganpo. Er reicht schon dicht heran. Wenn die letzte Rinne zugeschüttet ist, werden wieder 3500 ha Land Genossenschaften übergeben.

Das Gestein für den Damm kommt aus

einer nahen Erzmine. Es wird nicht mit LKWs angefahren, sondern auf Förderbändern, die rund um die Uhr in Betrieb sind, aufs Meer hinausgeschafft. Kim Beng Song, der Minenleiter, ist vom Tempo und Verfahren zufriedengestellt. Der Vorteil ist unverkennbar. Man spart Treibstoff, und das Gestein muß nicht auf Halden abgefahren werden — in Korea ist jedes Fleckchen Erde kostbar. Als Ingenieur ist er stolz darauf, daß er es war, der als junger Geologe dieses Vorkommen mit etwa 55% Eisenerzgehalt entdeckte. Der Rohstoff geht in das Hüttenwerk von Hwanghe, und zugleich wird dem Meer Schritt für Schritt Land abgewonnen.

Der Nampo-Damm im Bau

Kim Beng Song sagte uns, daß der an der Mine entstehende Damm in das riesige System von Nampo eingegliedert werden wird. Das Wasser wird helfen, den Boden zu entsalzen, und später wird es die Äcker bewässern.

Welche Vorteile ergibt die Abriegelung des Tedong? In erster Linie einen Gewinn urbanen Bodens an der Westküste, dann eine Verstärkung der Energiewirtschaft der KDVR. Ferner wird der Tedong auf einer Strecke von 200 km schiffbar, so daß es möglich sein wird, Millionen Tonnen Frachten auf dem Wasserwege zu befördern. Die Autobahn und die Bahnstrecke auf dem Damm werden den Weg zwischen der Landes-

Foto aus der Zeitschrift "Korea"



hauptstadt und den südlichen Provinzen wesentlich abkürzen. Der neue Damm wird Pjöngjang und Umgegend zur Zeit der Sommermonsune gut vor Überschwemmungen schützen, und der Stausee wird Betriebe und viele Städte und Siedlungen mit Süßwasser versorgen.

Das Leiten eines solchen Objekts will gekonnt sein. Deshalb wird auf die Aus- und Fortbildung technischer Kräfte viel Gewicht gelegt. An der volkswirtschaftlichen Hochschule in Pjöngjang erzählte man mir, wie die Umschulung solcher Kräfte gehandhabt wird. Da geht es streng zu. Pat Tek, Leiter des vereinigten Baustrusts in einer nördlichen Provinz, sagte scherzend, er dürfe nicht einmal in seinem Betrieb anrufen, um sich zu erkundigen, wie die Dinge stehen.

"Man sagt, ich darf nur lernen und mich nicht ablenken lassen."

"Wie kommt es, daß Sie jetzt hier sind?" frage ich.

"Ich habe schon lange ausstudiert, man muß aber immer wieder zulernen. Jetzt studieren wir moderne Methoden der Wirtschaftsleitung. Vieles ist mir neu. Wir in der Provinz modernisieren eine Stahlgießerei und führen die wirtschaftliche Rechnungsführung ein. Ich gebe mir Mühe, mich theoretisch zu wappnen, um die Theorie dann auf unseren Betrieb anzuwenden. Ich muß regelmäßige Prüfungen ablegen. Vor mir hat hier der Chefingenieur des Trusts studiert. Das Gehalt läuft weiter, für kostenlose Verpflegung ist gesorgt, man braucht nur zu lernen."

Die Hochschule hat 80 Säle für fast alle Zweige der Volkswirtschaft. Als Anschauungsmaterial dienen viele Modelle von Betriebsanlagen. Im Saal für die in der Fischerei Beschäftigten sind Fische aller Arten, die in den Meeren um die Halbinsel Korea vorkommen. In einem anderen Saal wird man mit Methoden bekannt gemacht, wie der von Taifunen und Überschwemmungen verursachte Schaden auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden kann.

Die KDVR ist im Aufbau begriffen. Sie braucht Ruhe und Frieden. Für das Volk ist die Zweiteilung Koreas eine Tragödie. Öfter hörte ich an die UdSSR gerichtete Dankesworte dafür, daß sie die KDVR so tatkräftig bei den Bemühungen um eine friedliche Lösung des Koreaproblems unterstützt. Regierung und Öffentlichkeit der KDVR streben seine friedliche Bereinigung ohne auswärtige Einmischung an, und zwar durch einen Friedensvertrag zwischen Nord und Süd anstelle des geltenden Waffenstillstandsabkommens, durch beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte, Einstellung der Manöver und Erklärung der Halbinsel zur kernwaffenfreien Zone.

Diesen Initiativen pflichten alle bei, denen es um den Frieden und die Sicherheit der Völker zu tun ist. Die gerechte Sache des koreanischen Volkes war und bleibt ein Anliegen auch des Sowjetvolkes.

J. SPECHOW

Götterdämmerung in Chile

Vitali SOBOLEW

Ähnlich wie Adolf Hitler, sein Vorbild und Idol, erhebt Augusto Pinochet Anspruch auf die Ewigkeit seines Regimes. Der Diktator bereitet dem chilenischen Volk eine Zukunft im Stil des "Tausendjährigen Reiches" nach latein-amerikanischer Art vor. Die Ähnlichkeit zwischen den beiden faschistischen Regimes wird mit der Zeit immer deutlicher — ebenso wie die zwischen den beiden Führern. Und selbst der Bunker mit den beiden unterirdischen Stockwerken wurde vom chilenischen Diktator offenbar weniger aus praktischen Erwägungen heraus angelegt als vielmehr, um dem Führer nachzueifern.

Übrigens ist die von Pinochet nachgeäffte Gewohnheit, die Hand an die Uniformjacke zu legen, ein Kuriosum, nicht mehr. Seine Prophezeiungen für eine fernere Zukunft aber sind Thema für ein ernstes Gespräch — wenn er auch ohne Komödiantentricks nicht auskommt. So zog der chilenische Diktator zu seinem 70. Geburtstag vor Journalisten und folglich vor Mitbürgern und vor der ganzen Welt eine Demonstration ... seiner ausgezeichneten körperlichen Verfassung ab. Das geschah ganz offenbar mit politischen Hintergedanken. Pinochet lief, sprang und betätigte sich als Gewichtheber. Allerdings bekamen Skeptiker unter den westlichen Korrespondenten in Santiago doch Zweifel: Sollte man in diesem Alter das Schicksal herausfordern und so weit ausholen, indem man erklärt, man wolle bis 1997 oder sogar länger an der Macht bleiben. Doch natürlich geht es da nicht um die Kraft, die Pinochet in seinen Armen und Beinen hat, sondern um den Zustand seiner Diktatur. Wie groß wird ihre Widerstandsfähigkeit noch sein?

In den 13 Jahren ihres Bestehens — seit dem 11. September 1973 — ist die Diktatur gründlich heruntergekommen. Die Gelder, die man für den nationalen Ausverkauf erhalten hatte, wurden vergeudet. Keine Spur ist von den Milliarden geblieben, die amerikanische und andere Beschützer dem Diktator gaben, abgesehen einmal von der pro Kopf größten Auslandsverschuldung Latein-amerikas. Viele ehemalige Helfershelfer

und Gesinnungsgenossen Pinochets haben sich vom Regime distanziert oder sind gar in das Lager der Opposition hinübergewechselt. Pinochets Studienfreund von der Militärakademie, General Roberto Viaux, wagte es sogar, der chilenischen Zeitschrift "Apsi" zu folgen freundschaftlich offen zu schreiben: "Das Land gleitet schnell ins Chaos. Du könntest einen Akt höchster Selbstaufopferung vollbringen, wenn Du für Chiles Wohl auf die Macht verzichten würdest." Ja, und auch die jetzigen Junta-Mitstreiter demonstrieren stetig nachlassende Treue zum Chef, indem sie sich immer häufiger für das Präsidentenamt offerieren. So weigert sich der Befehlshaber der Luftstreitkräfte, General Fernando Matthei, die ihm unterstellten Einheiten zur Unterdrückung der beispiellosen Massenproteste gegen die Diktatur einzusetzen. Er verlegte seine Einheiten sogar aus der Umgebung der Hauptstadt weiter nach Süden. Matthei wagte es sogar, sich laut billigend über das von den bürgerlichen Oppositionsparteien unterzeichnete "Nationales Abkommen über einen Übergang zur vollständigen Demokratie" zu äußern. Wenn schon Junta-Mitglieder opponieren, wem kann der Diktator dann noch vertrauen?

Gewissen Leuten kann er offenbar Vertrauen schenken. Die fremden Milliarden, die keine merkbare Spur in der Wirtschaft hinterlassen haben, mußten irgendwo bleiben — und, wie anzunehmen ist, nicht nur in den Safes transnationaler Konzerne. Die Gemeinsamkeit von Komplizen, die in die gleichen schmutzigen Machenschaften verwickelt sind, ist nicht gerade von Dauer, doch solange Pinochet die Macht behält, haben sie weiterhin Aussichten darauf, daß ihnen auch in Zukunft einiges zufällt. Doch wohl noch stärker als Eigennutz vereinigt die gemeinsame Blutschuld die Spießgesellen des Diktators. Ein weiteres Mal zeigt das die erst im Juli, am Tag des Generalstreiks, von Mordbuben verübte Verbrennung zweier Studenten bei lebendigem Leibe.

Jene, die den jungen Mann und die Mädchen mit Benzin übergossen und anzündeten, sind natürlich keine

"NEUE ZEIT" 36.8

Menschen, sondern Bestien. Doch auch die haben noch einen Selbsterhaltungstrieb. Mit der in solchen Fällen Ärzten und Juristen eigenen Kaltblütigkeit sollte der innere Zustand von Pinochets Mordbuben analysiert werden. Die unter der Pinochet-Diktatur erzogenen Kader ihres Geheimdienstes hatten Zeit und ausreichende Praxis, um sadistische Gewohnheiten anzunehmen. Doch gewöhnlich wurden die Patrioten in Geheimverliesen gefoltert, fern von allen Zeugen, und den Häftlingen wurden sogar die Augen verbunden, damit sie ihre Folterknechte später nicht wiedererkennen konnten. Hier aber wurden Untaten auf der Straße verübt, vor vieler Augen. Die an dem Verbrechen Beteiligten wurden namentlich bekannt.

Womit rechneten die Henkersknechte, als sie ihr Verbrechen am helllichten Tage vor Zeugen verübten? Offenbar mit Straflosigkeit jetzt und in Zukunft.

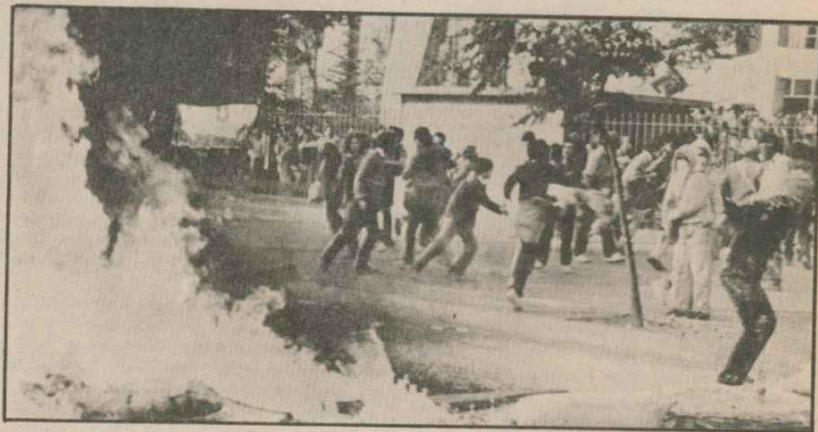
Einst, noch als unerfahrener Leutnant unter anderen Diktatoren, übernahm Pinochet Erfahrungen der Hitlerfaschisten, als er im ersten chilenischen ZPisagua diente. Doch verfügte er natürlich nicht wegen sentimentaler Jugenderinnerungen, die jetzigen treuen Diener seines Regimes von Strafe zu befreien. Für ihn sind gerade solche blinden Diener, die zu jeglichen Untaten bereit sind, die mit ihm bis zum Ende gehen wollen, lebensnotwendig. Sie sind eine letzte Hoffnung — übrigens nicht die allerletzte. Er setzt auch auf die Unterstützung seiner amerikanischen Berater.

In den Präsidentensessel wurde Pinochet von Washington gesetzt. Das ist schon lange her und allgemein bekannt. Viele Regierdienstleistungen der USA waren daran beteiligt, Salvador Allende zu stürzen und den reaktionären General in Moneda einziehen zu lassen: die CIA und das State Department... Doch die reiche Hand vermag — wovon Duvalier und Marcos zu berichten wissen — den Druck zu verstärken, der die betreffenden aus dem besagten Sessel herausdrückt. Doch sie unterstützt weiterhin Pinochet. Die von Zeit zu Zeit aus Washington zu vernehmenden Vorwürfe bezüglich sadistischer Exzesse der Sicherheitskräfte oder gar die Drohung, den Geldstrom aus dem Ausland nach Chile zu stoppen, sollten nicht überbetont werden. Uncle Sam zieht nur sehr sparsam und souverän die Zügel an, wobei er die Marionette nach Möglichkeit zumindest irgendwie die rechte Form wahren und "Flexibilität" einfließen läßt. Auch einzelnen verbalen Optionen des chilenischen Diktators, der sich so gern über seine Unabhängigkeit von äußeren Kräften ausläßt, ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Hat er denn nicht um seiner amerikanischen Beschützer willen im Juni 1986 die lächerliche "Menschenrechtskommission" (unter dem Außenminister!) eingesetzt, wofür er unverzüglich deren Lob

und Streicheleinheiten kassierte? Hat er denn nicht Washington zuliebe gewisse Erleichterungen für die rechte bürgerliche Opposition bezüglich der "Pressefreiheit" geschaffen? Die dosierte öffentliche Stichelei entspricht den Propagandaintereessen beider Seiten — sowohl der US-Administration als auch der chilenischen Diktatur. Doch die politischen Interessen zwingen sie, sich aneinander zu halten.

Warum Pinochet die Unterstützung Washingtons braucht, ist ohne weitere Worte klar. Warum aber Washington

und Kreisen der Rechtsopposition zu knüpfen und gleichzeitig eine Einheit, ja selbst gemeinsame Aktionen dieser Kreise mit Linkskräften zu verhindern. Abrams selbst, seine Leute, viele US-Kongreßabgeordnete und Privatpersonen im staatlichen Auftrag suchen unermüdlich die Einheit der Diktaturgegner zu untergraben. Abrams Stellvertreter, Robert Gelbard, erklärte der chilenischen Zeitung "Tercera" zufolge: "Solange die chilenische Opposition keine feste Haltung gegenüber der KP bezieht, kann sie die USA nicht um Unterstützung



Eine Studentendemonstration in Santiago wird "aufgelöst"

Foto: TASS

Pinochet braucht, das machte das Mitglied des ZK der KP Chiles, Luis Guostavino, sehr deutlich: "Die USA würden sich von dem Diktator trennen, wenn sie einen politischen Führer oder eine Partei zur Hand hätten, die die linke Opposition, vor allem die Kommunisten, neutralisieren könnten."

Davon, daß die herrschenden Kreise der USA vor allem daran interessiert sind, die chilenische Linke auszuschalten, sprechen Washingtons Politiker selbst offen. Sie sagen das, damit sie in rechtsbürgerlichen, kompromißbereiten Kreisen Chiles gehört werden. So z. B. formuliert der stellvertretende US-Außenminister für interamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, das Hauptproblem für Washington in Chile: "Zweifelsohne sind die Kommunisten eine bedeutende Kraft in Chile, die etwa ein Viertel der Wähler repräsentiert. Das ist tatsächlich ein Problem." Die verbrannten Studenten, die Greuel der Polizei, die lange Nacht der Diktatur — all das beunruhigt die US-Administration keineswegs.

Sie sehen das Problem in der umfassenden Unterstützung, die die KP im chilenischen Volk hat. In einer Unterstützung, die unter der Unidad Popular und in den Jahren des selbstlosen illegalen Kampfes immer umfassender wurde. Die US-Regierung ergreift Maßnahmen, um dieses "Problem" auf ihre Weise zu lösen. Zwischen Washington und Santiago pendeln Emissäre, die sich bemühen, Kontakte zwischen dem Diktator

bei der Wiederherstellung der Demokratie im Lande bitten."

Doch bei dem Streben, in Chile für angenehme Verhältnisse zu sorgen, lösen sich Washingtons Politiker ebenso wie Pinochet von den Realitäten, von der Wirklichkeit. Die Anhänger einer Wiederherstellung der Demokratie im Lande, welchem ideologischen Lager sie auch angehören mögen, können jene nicht ignorieren, hinter denen bescheidensten Schätzungen zufolge ein Viertel der Bevölkerung steht. Das Leben zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Diktator nur von allen Chilenen gemeinsam gestürzt werden kann.

Getragen von den Protestaktionen des chilenischen Volkes gegen die Diktatur entstand 1986 die größte Vereinigung demokratischer Organisationen Chiles — von Gewerkschaften, Bauernverbänden, Jugend- und Frauenorganisationen, von Vereinigungen der Intelligenz und von Freischaffenden: die Nationale Bürgerversammlung, die faktisch bis zu neun Zehnteln der Bevölkerung vereint. Die Versammlung ist ebenso wie die KP Chiles bereit, als Alternative eine Militärregierung ohne Pinochet, die die erforderlichen demokratischen Umgestaltungen durchführen könnte, zu akzeptieren. In den Nachbarländern Argentinien, Brasilien, Uruguay wurden unter Militärregierungen Parlamentswahlen abgehalten, nach denen die Macht an Zivilregierungen übertragen wurde.

Pinochet selbst wird keinerlei derartige Varianten hinnehmen. Einerseits muß

er Angst haben, für seine Untaten belangt zu werden, woran ihn auch das Schicksal seiner argentinischen Kollegen erinnert. Andererseits dopen ihn die US-Beschützer von Zeit zu Zeit moralisch-politisch, wobei sie erkennen lassen, er sei von ihnen keineswegs zusammen mit Duvalier und Marcos abgeschlossen. Erst im August besuchte der Befehlshaber des Südlichen Kommandos der USA (mit Hauptquartier in Panama), General John Galvin, Santiago, wo er versicherte, das Pentagon wünsche "die Verbindungen zwischen den Streitkräften der USA und Chiles zu festigen". Denkt man an die Rolle der chilenischen Armee im politischen Leben des Landes, dann sind solche Verbindungen keineswegs zu den rein professionellen zu rechnen. Und der US-Botschafter in Santiago, Harry Barnes, äußerte sich der argentinischen Zeitschrift "Periodista" zufolge völlig unverhohlen: "Einstweilen sind die USA an einem Sturz Pinochets nicht interessiert." Die Zeitschrift führt seinen Gedanken so weiter: Nach einigen politischen Korrekturen verspricht das heutige Chile ausreichende Garantien für Kapitalinvestoren aus den USA.

Doch Pinochet, der auf die Unterstützung Washingtons und auf die eigenen Henkersknechte baut, glaubt in seinem tiefsten Inneren nicht sonderlich an sein "Tausendjähriges Reich". Das zeigen seine offenen und geheimen Vorbereitungen auf das "Schlimmste" — von den massiven Betonmauern um seinen Privatbunker bis zu der Eile und der Skrupellosigkeit, womit er und seine Sippschaft die Staatskasse ausplündern. Wie das Tribunal der Öffentlichkeit 1985 in Caracas ermittelte, befinden sich auf den Bankkonten des Diktators schon lange über 1 Md. Dollar. Und seine Tochter Lucia bekam den Beinamen "Senora 5%", denn gerade so viel nimmt sie für die Legalisierung ungesetzlicher Außenhandelskontrakte. Und noch verräterischer ist Pinochets Suche nach einem Asyl für den "Ernstfall" — ein heute keineswegs leicht lösbares Problem. Offenbar rechnet er damit, solches Asyl in der RSA oder im benachbarten Paraguay, bei Diktator Stroessner (dort hat Pinochet bereits eine Villa gekauft) zu finden. Doch die RSA wird von antirassistischen Protestaktionen erschüttert, Paraguay aber ist schon lange nicht mehr so zuverlässig — richteten Patrioten ja gerade dort den flüchtigen Diktator Nikaraguas, Somoza, hin. Und um das Unausweichliche hinauszuzögern, stellt sich Pinochet nicht nur gegen Veränderungen — er setzt vielmehr auf Terror gegen das Volk.

Die Wiederherstellung der Demokratie in Chile wird nicht ohne härtesten Kampf, ohne Opfer möglich sein. Die Intensität des Kampfes im Lande wächst von Tag zu Tag, von Monat zu Monat. Er wird in verschiedenen Formen geführt, einschließlich bewaffneter Kämpfe.

"Neue Zeit" — Revue

NZ

Gewisse amerikanische Kreise legen seit Kriegsende ein erhöhtes Interesse für das Mittelmeerbecken, besonders für dessen östlichen Teil, an den Tag. Dies äußert sich nicht nur in der Form des ökonomischen Vordringens, sondern auch in rein militärischen Maßnahmen, wie dem Belassen amerikanischer Truppen in einer Reihe nahöstlicher Länder und in der Konzentrierung von Kriegsschiffen im Mittelmeer. Der Sinn einer derartigen Handlungsweise ist klar. Erst vor einigen Tagen ließ sich die "New York Herald Tribune" folgendermaßen vernehmen:

"Der Raum des östlichen Mittelmeers... ist das Gebiet, von wo aus die USA durch Schaffung einer amerikanischen Marine- und Luftflottenbasis mit größter Sicherheit die Sowjetunion dazu veranlassen und zwingen können, Verhandlungen über eine gemeinsame Regelung internationaler Fragen zu führen."

Begreiflich ist, daß die Zeitung mit der "gemeinsamen Regelung internationaler Fragen" ihre Regelung nach amerikanischem Diktat meint. Die Verkünder des amerikanischen Imperialismus plaudern mit restloser Offenheit ihr Programm aus, laut welchem sie durch "Schaffung einer Marine- und Luftflottenbasis" in Gebieten, die zwar mit einer Verteidigung Amerikas nichts, dafür aber mit der Verteidigung anderer Staaten, und vor allem der Sowjetunion, ganz unmittelbar etwas zu tun haben, die Weltherrschaft der USA aufrichten wollen. [Nr. 18, 15. September 1946.]

Dem Washingtoner Korrespondenten der "New York Herald Tribune", Metcalfe, ist es gelungen, in Kreisen des Staatsdepartments zu erkunden, daß jetzt weitgehende Pläne zum "Kampf gegen die wachsende kommunistische Gefahr auf der westlichen Halbkugel" ausgearbeitet werden. Die neue Politik Washingtons, die auf eine Ausrottung des Kommunismus in Lateinamerika abzielt, sieht, wie Metcalfe berichtet, eine umfassende militärische, kulturelle und ökonomische Tätigkeit vor.

Versuche, die Ideen des Kommunismus durch Polizeimaßnahmen nicht nur im eigenen Land, sondern auch in fremden souveränen Ländern auszurotten, sind an sich nicht neu. Diese Versuche sind unseren Zeitgenossen noch allzu frisch im Gedächtnis, als daß man daran erinnern müßte, wer sie vor noch nicht langer Zeit unternommen hat. Das fadenscheinige Banner des antikommunistischen Kampfes diente als Deckmantel für den Feldzug gegen alle demokratischen Elemente, für eine imperialistische Raubpolitik. [Nr. 18, 15. September 1946.]

Das sowjetisch-afghanische Abkommen über Grenzfragen hat die demokratische Öffentlichkeit mit Recht als einen Beweis für die von der Sowjetregierung unentwegt durchgeführte Politik aufgenommen, die darauf abzielt, die Freundschaftsbeziehungen mit ihren Nachbarländern zu pflegen. Gutnachbarliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Afghanistan sind jedoch nicht nach dem Sinn einiger Leute in den angelsächsischen Ländern. Zu dem gleichen Zwecke fanden die afghanischen Angelegenheiten rasch Widerhall in den katholischen Zeitungen Englands und außerdem auch in gewissen amerikanischen Kreisen.

Die böswilligen Gerüchte, die im Zusammenhang mit dem sowjetisch-afghanischen Abkommen gegen die Sowjetunion verbreitet wurden, haben hauptsächlich den Zweck, die Politik der Sowjetunion herabzusetzen. [Nr. 17, 1. September 1946.]

Die amerikanischen und englischen Trustmagnaten haben nach dem Kriege ihren Besitz in den ehemaligen Feindesländern bedeutend erweitert. Sie haben sich beeilt, die alten Geschäftsverbindungen mit Europa wiederaufzunehmen. In der Weltpresse erschienen nicht wenige sensationelle Enthüllungen darüber, daß angelsächsische Industrielle die Aktien europäischer Firmen aufkauften, daß sie in den besetzten Ländern, darunter auch in Deutschland und Österreich, persönlich und durch Strohmannen Geschäfte abschließen, und daß die Betriebe von Kriegsverbrechern, die enteignet oder beschlagnahmt werden mußten, sich allorts hinter dem rettenden Firmenschild amerikanischer oder englischer Häuser verkriechen. [Nr. 17, 1. September 1946.]

Auf die gegenwärtige Lage in Japan paßt durchaus die bekannte Redewendung: Je mehr Veränderungen, desto mehr bleibt alles beim alten. Die Trustmagnaten und Großgrundbesitzer behalten ihre Positionen in der Wirtschaft und im Staatsapparat Japans. Die japanische Reaktion aktiviert sich und geht unter offenkundiger Vorschubleistung der amerikanischen Besatzungsbehörden zur Offensive über. In Amerika machen die reaktionären Kreise kein Hehl aus ihren Absichten, den japanischen Militarismus zu erhalten und Japan in ein Aufmarschgebiet für alle möglichen Abenteuer zu verwandeln. [Nr. 17, 1. September 1946.]

Faschismus ohne Hakenkreuz

Von Zeit zu Zeit erschüttern politische Morde die Welt. Oft bleiben sie unaufgeklärt, selbst wenn Personen des öffentlichen Lebens betroffen sind und es naheliegt, die politische Ecke zu bestimmen, aus der der Schlag erfolgte. Polizeiliche Ermittlungen stoßen nicht selten auf unüberwindbare Schwierigkeiten. Der jüngste erschütternde Fall ist der Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme.

Nachforschungen können hin und wieder auch zu Nebenergebnissen führen. Sie erfüllen zwar keinen Straftatbestand, bieten aber genügend Stoff zum Nachdenken.

Im vorliegenden Fall war der schwedischen Polizei der 32jährige Victor Gunnarson ins Netz gegangen. Er stellte sich als Funktionär der "Europäischen Arbeiterpartei" (EAP) heraus. Eben diese politische Gruppierung war mehrfach gegen Palme und seinen Regierungskurs aufgetreten und

machte auch vor direkten Drohungen sowohl gegen den Präsidenten selbst als auch gegen seine politischen Freunde in Westeuropa nicht halt. Ermittlungen ergaben, daß die EAP in verschiedenen Formen auch in anderen westlichen Ländern, der BRD, Frankreich und in den Vereinigten Staaten, auftritt.

Die Stockholmer Ermittler verhielten sich wortkarg: Gunnarson wurde nach wenigen Tagen freigelassen. Möglicherweise reichten der schwedischen Justiz die Beweise nicht aus. Es gibt jedoch ausreichend Grund dafür, die politische Organisation genauer unter die Lupe zu nehmen, die so plötzlich in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten ist. Deshalb faßte unsere Redaktion den Entschluß, der Sache auf den Grund zu gehen und setzte sich mit ihren Auslandskorrespondenten und Spezialisten in Verbindung. Wir erhielten bemerkenswerte Resultate...

Zunächst wollen wir die Fakten, den Ausgangspunkt unserer Nachforschungen darstellen. Die schwedische Presse meldete:

Am 12. März 1986 verhaftete die Stockholmer Polizei Victor Gunnarson und erhob Anklage gegen ihn wegen "Mittäterschaft an einem Verbrechen". Der Verhaftete, dessen vollständiger Name Okke Lennart Victor Gunnarson ist, war Mitglied der rechtsextremen "Europäischen Arbeiterpartei" (EAP). Das bestätigt ein 1984 datierter Brief mit EAP-Kopf. Kurz vor der Ermordung Palmes hatte Gunnarson davon gesprochen, daß "Palme auf der Abschußliste steht. Auf den Straßen Stockholms wird bald Blut fließen." (Meldung des "Svenska Dagbladet"). Die Ex-Frau Gunnarsons gab der stockholmer Zeitung "Aftonbladet" ein Interview, in dem sie erklärte, daß er, Gunnarson, in den USA den Engel sieht und "in der Sowjetunion den Teufel" und daß Palme "Schweden an den Teufel verschachert".

In den letzten Jahren richtete die EAP mehrfach Drohungen gegen Olof Palme. Die Partei kündete öffentlich an, "der Zusammenarbeit Palmes mit der UdSSR ein Ende zu machen". Die finnische Zeitung "Kansan Uutiset" meldete, daß

die EAP bereits vor über 10 Jahren das Treffen Olof Palmes mit dem jetzigen finnischen Ministerpräsidenten Kalevi Sorsa in Schweden überwacht hätte. Die Organisation verfügt über Dossiers der beiden Politiker. Die dänische Zeitung "B. T." wiederum schrieb, daß Gunnarson sich in Dänemark aufhielt, als Palme dem Land einen Besuch abstattete.

Auf unsere Bitte berichtet der TASS-Korrespondent in Stockholm Nikolai Wukolow über die Aktivitäten der EAP in Schweden.

Wann immer die Abkürzung EAP auf Zeitungsseiten auftaucht, zeigt sich, daß Behörden und Polizei über die Existenz dieser "rechtsextremistischen Organisation", wie sie in den Zeitungen genannt wird, gut Bescheid wissen. Ihre Mitglieder äußern schließlich in aller Öffentlichkeit Ansichten, die schon beim ersten Hinsehen ihre geistige Herkunft verraten.

Wozu ruft die EAP auf? Zur "Rettung Schwedens". Vor wem? Der Sowjetunion. Und das Allheilmittel? "Schweden muß unverzüglich der NATO beitreten."

Neulich konnte ich den neuerschiedenen Rettern bei der Arbeit zusehen. Vor

dem Eingang eines Stockholmer Supermarkts bauten zwei Personen mitten in der bunten Menge auf dem Gehweg ihren Tapeziertisch unter einem Sonnenschirm auf. Daneben hängten sie ihre Losung aus "Die NATO ist unser Schild gegen die Sowjets. Unterschreibt den Aufruf!". Auf die Quelle dieses Denkens stößt man in Washington und der Führung des Nordatlantikpaktes, die unermüdlich die "sowjetische Bedrohung" breittreten und das neutrale Schweden in die eigenen Kriegsvorbereitungen in Nordeuropa hineinzuziehen trachten. Die EAP vertreibt bereitwillig Billigimport aus Obersee auf schwedischem Boden. Die Partei unterstützt somit auch Reagans "Sternenkriegs"-Programm. Seinerzeit hatte sie gar für die Stationierung von Neutronenbomben in Schweden gekämpft.

Auch die innenpolitischen Ambitionen der EAP sind kein Geheimnis. Ihr Haß auf den verstorbenen schwedischen Regierungschef, genauer gesagt auf den politischen Kurs, den er zu Lebzeiten verfolgte, ist bekannt. Wieviel Dreck wurde über Olof Palme ausgekippt allein dafür, daß er der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Schweden und der Sowjetunion große Bedeutung beimaß. Es ist zwar unangenehm, die Schmähungen in Erinnerung zu rufen, aber um dem Leser einen Eindruck vom Wortschatz der EAP zu

geben, zitieren wir einige Aussprüche: "Palme — der Verräter Schwedenst!", "Schluß mit der Speichelleckerei O. Palmes vor der Sowjetunion!", "Palme muß verschwinden, damit die Demokratie im Lande wieder triumphiert." Das sind nur einige der kernigen Sprüche, von denen ihre Flugblätter und die Zeitung "Ny Solidaritet" nur so strotzen.

Die EAP hatte eine Hetzkampagne gegen den Ministerpräsidenten entfesselt. Auf Plakaten und in Karikaturen wurde Palme mit Hitler und Mussolini verglichen. Bei öffentlichen Auftritten des Ministerpräsidenten provozierten sie Skandale. Sie verstiegen sich gar zu der absurden Beschuldigung, daß Palme den Tod von Alva Myrdal auf dem Gewissen habe. Dabei weiß ganz Schweden, daß A. Myrdal, die ehemalige Leiterin der schwedischen Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz und eine der führenden politischen Persönlichkeiten des Landes in der Nachkriegszeit, und der ermordete Ministerpräsident sich gegenseitig hochachteten und gut verstanden.

Bei ihrer subversiven Tätigkeit läßt sich die EAP von der Devise leiten: Der Zweck heiligt die Mittel. Nach Meinung der schwedischen Presse bestand seit Anfang der 70er Jahre ein Ziel darin, die sozialdemokratische Bewegung zu spalten und zu diskreditieren, um damit den Weg für die extreme Rechte freizumachen. Die Partei verleumdete sozialdemokratische und Gewerkschaftsfunktionäre. Sie infiltrierte die Reihen der SAP mit ihren Leuten.

Die EAP agiert nicht immer derart primitiv und geradlinig. Sie buhlt um allgemeine Anerkennung, indem sie reges Interesse an aktuellen gesellschaftlichen Problemen heuchelt und ist nach einem Zitat des "Aftonbladet" "bemüht, sich in Wirtschaft, Schulen, Wissenschaft und Forschung einzunisten". Die Partei beteiligt sich z. B. aktiv an der Diskussion um die Nutzung der Kernenergie. Sie hat eine Anti-Drogen-Koalition geschaffen und bringt eine Zeitung unter dem Titel "Schluß mit den Drogen" heraus. Es gibt sogar eine Abteilung, die sich "Akademie für humanistische Studien" nennt und deren Mitglieder Popmusik bekämpfen.

Die Zeitung "Expressen" weist nach, daß diese Taktik der Partei ermöglichte, "Menschen anzuziehen, die sich unter anderen Bedingungen nie mit einer solchen Organisation abgegeben hätten." Dafür ein Beispiel: Ihre Zeitung "Executive Intelligence Review" richtet sich an Geschäftsleute. Unter den Abonnenten findet man führende schwedische Unternehmer. Die Zeitung fungiert als wichtige Einnahmequelle für die Partei-kasse. Die Partei unterhält Sektionen in Stockholm, Göteborg, Malmö und Jönköping, also allen größeren schwedischen Städten. Die Frage, woher diese mitgliederschwache Partei so ansehnliche Mittel bezieht, wird mit einer Mauer des Schweigens umgeben. Das "Aftonbladet" nannte in diesem Zusammenhang die

Central Intelligence Agency der USA. Daß die EAP an dieser Agentur klebt, kommt auch in einer Studie von Mitarbeitern der Universität Stockholm zum Ausdruck. Darin heißt es, der frühere CIA-Chef W. Colby hätte vor dem US-Kongreß zugegeben, daß die Partei bis 1974 jährlich an die 100 000 Dollar für die Herausgabe ihrer Zeitung "New Solidarity" erhalten habe. Unter demselben Titel erscheint die Zeitung auch in Schweden.

Der Bonner NZ-Korrespondent stellte Material über die Aktivitäten der "Europäischen Arbeiterpartei" in der BRD zusammen.

Ein Plakat, auf dem eine amerikanische Weltraumstation eine sowjetische Rakete abschießt, fordert "Frieden schaffen mit Strahlenwaffen". Alle, die ausführlichere Informationen wünschten, wurden gebeten, in Wiesbaden beim Hauptquartier der EAP anzurufen. Ich rief an und erklärte, wer ich bin, wo ich wohne und gab meine Telefonnummer. Die Frauenstimme am anderen Ende der Leitung empfahl mir, "so in ein, zwei Wochen wieder anzurufen". Auch mein zweiter Versuch scheiterte, mich mit einem EAP-Repräsentanten zu verabreden, der mir aus erster Hand hätte erklären können, warum eine "europäische" und "Arbeiter-"Partei mit solchem Feuereifer für amerikanische Weltraumwaffen wirbt.

EAP-Leute mögen es nicht, wenn sich Journalisten für sie interessieren. Daher geraten Journalisten, die eine gewisse Beharrlichkeit zeigen, auch in unangenehme Situationen. Ein Korrespondent des sozialdemokratischen "Vorwärts" stellte, als er nach Hause kam,

Lyndon La Rouché propagiert ungehindert den Rassenhaß



fest, daß jemand seine Kartei durchwühlt hatte. Die Akte über internationale Verbindungen der EAP fehlte. Der Kölner Journalist Mathias Schulenburg wurde nach seiner Radiosendung über die EAP von Unbekannten angerufen und bedroht.

Im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland tauchte die EAP zu Beginn der 70er Jahre auf. Ihre Satzung und Programm sind ein Sammelsurium abstrakter, verschwommener Formulierungen. Laut Satzung besteht die Aufgabe der EAP darin, "auf der Grundlage des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts die BRD als humanistische, demokratische Republik zu gestalten". Im Programm ist von einer "Kontinuität der großen humanistischen Tradition Europas, wie sie geistesgeschichtlich von Plato, Augustinus, Dante Alighieri, Gottfried Wilhelm Leibniz und anderen verkörpert wird", die Rede. Allerdings soll nicht der heilige Augustinus Europa und die restliche Welt vor dem ihnen drohenden Unglück retten, sondern USA und NATO. Im Programm heißt es: "Amerikas Macht, Amerikas fast unbegrenzte wissenschaftliche und technische Möglichkeiten können zu einem Segen für die Welt werden. Darauf muß die Bundesrepublik bei der Festigung des atlantischen Bündnisses hinarbeiten."

Man braucht sich also nicht zu wundern, daß dergleichen Ideen im Programm einer "europäischen" Partei erscheinen. Der geistige Ziehvater der 1974 gegründeten westdeutschen EAP und ihr vergleichbarer Gruppen in anderen Ländern ist nämlich der Amerikaner Lyndon La Rouché. Er meint: "Ich halte die Welt und ihr Schicksal in meinen Händen." Mit irgendwelchen politischen Erfolgen kann die EAP, geführt von der Deutschen Helga Zepp-La Rouché, der Frau des amerikanischen "Propheten", nicht aufwarten. Die Wählerzahl ist minimal. Mitteilungen der BRD-Presse zufolge liegt der Mitgliederstand der EAP zwischen 250 und 350 Personen. Man vergleicht dieses Grüppchen oft mit einer Sekte. Auch hier betreiben fanatisierte Mitglieder "Führerkult". Die Forderungen der Partei, ein haarsträubendes Gemisch, reichen von Verleumdungen gegen Willy Brandt bis zur Beschuldigung von Queen Elisabeth, sie habe ihre Finger im Drogenhandel; von SDI-Propaganda bis zu haßerfüllten Anwürfen gegen die Rockefellers.

Die EAP ist jedoch keineswegs ein Fanatikerverein. Sie kontrolliert ein ganzes Netzwerk von Organisationen, die unter den schillerndsten Bezeichnungen auftreten: "Private Akademie für humanistische Studien" (gegründet 1977), "Schiller-Institut" (1984), "Anti-Drogen-Koalition" (1979), "Klub des Lebens" (1982), "Atomenergieforum" (1975). Die EAP unterhält einen eigenen Informationsservice. Fast alle genannten Organi-

sationen befinden sich in Wiesbaden, dem Hauptquartier der Partei.

Um was für Organisationen es sich handelt? Der erwähnte Journalist Mathias Schulenburg behauptet, daß zwischen der "Atomenergieforum" und Wissenschaftlern, die schon Hitlers "Wunderwaffe" erfunden hatten, enge Verbindungen bestehen. Einer von ihnen ist Prof. Erich Bagge. Er war an der Entwicklung der Atombombe beteiligt und leitete nach 1945 das Institut für theoretische und angewandte Kernphysik an der Universität Kiel. Sein Schüler, Prof. Winterberg, veröffentlichte im "Forum-

und des "Schiller-Instituts" als "antidemokratisch, antisemitisch, rassistisch und antigewerkschaftlich". Er warnte Gewerkschaftsfunktionäre davor, an Seminaren des "Instituts" teilzunehmen. Viele wußten einfach nicht, wer hinter den Organisatoren steht.

Woher hat diese Partei mit ihren knapp 300 Mitgliedern das Geld, internationale Konferenzen mit Massenbeteiligung durchzuführen, zahlreiche Propagandabüros zu unterhalten und Agitationsliteratur herauszugeben? Unlängst erklärte ein SPD-Vertreter, "daß ein westlicher Geheimdienst unter dem

stand auch der Name Zepp-La Rouché. Diesmal traten die Funktionäre der Partei gemeinsam mit Figuren auf, wie dem Vorsitzenden einer der re-
vanchistischsten Landsmannschaften Prof. Emil Schlee, dem Bundeswehrgeneral a. D. Friedrich Grunewald und anderen pensionierten Bundeswehroffizieren, wie dem ehemaligen Inspekteur der Kriegsmarine Adolf Zenker und dem ehemaligen Abwehr-Chef Paul Scherer. Zenker hatte sich mit La Rouché getroffen und äußerte sich lobend über diesen Parteigänger eines "starken westlichen Bündnisses".

Bei den letzten Landtagswahlen in Niedersachsen traten die "Patrioten" mit eigenen Listen auf. Sie wollen 1987 für den Bundestag kandidieren.

Aus Liebe zu Deutschland: Wählen Sie Patrioten

„Das ist nicht des Deutschen Größe
Obzusiegen mit dem Schwert.
In das Geisterreich zu dringen,
Vorurteile zu besiegen,
Männlich mit dem Wahn zu kriegen,
Das ist seines Eifers wert.“

Höher Sieg hat der errungen
Der der Wahrheit Blitz geschwungen,
Der die Geister selbst befreit.
Freiheit der Vernunft erfechten
Heißt für alle Völker rechten,
Gilt für alle ewige Zeit.“

Friedrich

Wir Patrioten für Deutschland glauben fest daran, daß das deutsche Volk die innere moralische Kraft besitzt, mit der es die Bundesrepublik heute bedrohenden existenziellen Krisen fertig zu werden.

Es gibt heute Kräfte, die nach dem Modell der Enklavisation der Weimarer Republik versuchen, unser Staatsregime durch Gewalt und Terror zu zerstören. Wir fordern um heute in einer schweren Weltlage zu stehen. Wir fordern um heute in einer schweren Weltlage zu stehen. Wir fordern um heute in einer schweren Weltlage zu stehen.

die Bonner Regierung versprochen, aber nicht gehalten, um die Freilassung und die damit dem Volk der Freiheit für Niedersachsen ist die vorerwähnte Verschiebung zu lenken!

Aus Liebe zu Deutschland
Wählen Sie Patrioten

Indem sie den guten Namen Schillers mißbrauchen und sich als Patrioten gebärden, schmeicheln sich die "Faschisten ohne Hakenkreuz" beim BRD-Bürger ein

verlag" ein Buch darüber, wie man sich eine Atombombe bauen kann, wenn man über die nötigen Grundkenntnisse verfügt. In Schulenburgs Rundfunksendung hieß es, daß die EAP "die einzige Extremistensekte sei, die weiß, wie man Wasserstoffbomben baut".

Das 1984 gegründete "Schiller-Institut" propagiert SDI. Es befindet sich in Hannover und gliedert sich in vier Abteilungen: Militärstrategie, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit, Kultur und Geschichte. Das Institut lebt auf großem Fuß und beschränkt seine Tätigkeit keineswegs auf die Bundesrepublik, sondern führt auch in Amerika und Westeuropa Konferenzen und Symposien durch. Die erste Konferenz fand 1985 in Virginia, USA, mit Delegierten aus 50(!) Ländern statt. Darauf wurde in Mexiko eine "Gewerkschaftskonferenz" einberufen und in Rom eine Konferenz mit 800 Teilnehmern.

Der Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes Herman Rebhan bezeichnete in einem "Vorwärts"-Interview die Aktivitäten der EAP

Deckmantel der EAP systematische Desinformation betreibt." Die in Paris erscheinende amerikanische Zeitung "International Herald Tribune" war da genauer, als sie La Rouché Kontakte zur CIA nachwies. Im wahrsten Sinne des Wortes verwandtschaftliche Beziehungen bestanden zwischen EAP und bundesdeutschen Geheimdiensten. Der Vizevorsitzende der EAP, Anno Hellenbroich, ist nämlich der leibliche Bruder Heribert Hellenbroichs, des langjährigen Chefs des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Ende Oktober 1985 machte eine neue politische Gruppierung lautstark von sich reden. In rechten Blättern erschienen großformatige Anzeigen der "Patrioten für Deutschland". Sie fordern die baldige Unterzeichnung eines Regierungsabkommens über die Beteiligung der BRD am SDI-Programm (bekanntlich wurde ein derartiges Abkommen im Frühling d. J. unterzeichnet) und die Festigung des Bündnisses mit Amerika. Sie kämpfen gegen eine Wiedergeburt der Entspannung und dafür, die "rotgrünen Freunde Moskaus" nicht an die Macht zu lassen. All das wird relativiert durch Antidrogenpropaganda und den Ruf nach "technologischer Erneuerung".

Hinter dem Etikett der "Patrioten" verbirgt sich die EAP: Zwischen den Unterschriften unter dieser Anzeige

Über die Aktivitäten der EAP in Frankreich erfuhr man aus einem Artikel Bernard Brigouleix im Pariser "Le Monde". Der Autor beschreibt ein "politisches Dreieck" Bonn-Washington-Paris.

Ein Samstagmorgen auf dem Beethoven-Platz in Bonn. Wäre nicht das bayrische Blasorchester, hätte sich die Szene auch auf den großen Boulevards in Paris, auf dem Flughafen in Dallas oder auf einer Fußgängerzone in Rom abspielen können. Vor den Passanten, die von Geschäft zu Geschäft hasten, verkündet ein Redner irgend etwas Anziehendes. Um ihn herum hat sich ein Aktivistentrupp formiert. Plakate und Transparente werden geschwenkt, die mit "Klub des Lebens", "Schiller-Institut" und "Europäische Arbeiterpartei" gezeichnet sind. Folgende Losungen werden gerufen: "Ja zur Strahlenwaffe!", "Stärken wir die Solidarität mit den Vereinigten Staaten!", "Es lebe das Industriewachstum!", "Ernährt die Dritte Welt!".

Rue Nollet im 17. Pariser Arrondissement. Ein zweistöckiges Gebäude, nicht luxuriös, aber in gepflegtem Zustand. Das Interieur erinnert an das Hauptquartier einer mittelmäßigen Partei, nicht sehr reich, aber zweifellos schon der Handwerkelei, den ungeheizten Räumen und freiwilligen Renoviereinsätzen entwachsen. Vor kurzem beschädigten zwei Explosionen das Gebäude.

Im Haus gegenüber ist die Druckerei. Hier sind echte Profis am Werk. Tabellen und Übersichten, an die Wände gepinnt, geben Aufschluß über den wachsenden Einfluß der "Europäischen Arbeiterpartei" in Frankreich und anderen Ländern, das "Schiller-Institut" und ihre Publikationen. Sie geben auch eine annähernd genaue Vorstellung über Mitgliederzuwachs und Zahlungseingänge. Außerdem sind Bekanntmachungen über bevorstehende Kundgebungen und Vorlesungen des Hausherrn, Jacques Cheminade, ausgehängt. Der Fernschreiber tickert und gibt eine Übersicht der Weltpresse,

die für die Organisation bestimmt ist. Im Nebenzimmer sind vier junge Leute den ganzen Tag mit Rundrufen an Sympathisanten beschäftigt.

Washington. Vor dem Kapitol hat sich eine aus einigen zehntausend Menschen bestehende Menge versammelt. Die amerikanische Hauptstadt hat zwar schon größere Kundgebungen erlebt, aber diese hier ist auch nicht von der Hand zu weisen. Diese Menschen hier haben sich auf einen Aufruf des "Schiller-Instituts" hin versammelt und fordern unter anderem eine "neue internationale Wirtschaftsordnung", auch "Ernährt Afrika!" und "Baut Strahlenwaffen!".

Bonn, Paris, Washington. Hier fällt es nicht schwer, drei Ecken eines Bermuda-Dreiecks zu sehen, in dem sich schon mancher Nachforschungsversuch verlor.

Jacques Cheminade ist eine schillernde Persönlichkeit. Der Absolvent der Nationalen Verwaltungsschule bekleidete in der Vergangenheit einen hohen Posten im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, war zwischen 1972 und 1977 Mitarbeiter der französischen Handelsvertretung in New York. Der 44jährige ist ein wandelndes Lexikon, beherrscht mehrere Fremdsprachen und reist gern. Er schriftstellt erfolgreich und ist ein faszinierender Gesprächspartner, der



Plakat der La Rouché-Anhänger. Wird in der BRD verbreitet und fordert: "Frieden schaffen mit Strahlenwaffen".

auch zuhören kann, der seine Position leidenschaftlich verteidigt, ohne jemals den Humor zu verlieren. Er ist Pariser vom Scheitel bis zur Sohle, und scheute nicht die Mühen und das trügerische Glück des Wahlkampfes im krisengeschüttelten Lothringen oder im Departement Puy-de-Dôme, wo er gegen Giscard d'Estaing antrat.

Ein Charakterzug der EAP ist, überall dunkle Machenschaften zu wittern. Am 29. Januar d. J. informierte Cheminade die Kommission zu Fragen der Informations- und Pressefreiheit über eine "Finanzoperation internationalen Aus-

maßes". Diese werde, wie er sagte, auf Betreiben des FBI mit Hilfe einer "Organisation im Ausland" über das internationale Kreditkartensystem abgewickelt, um Anhänger der EAP daran zu hindern, Geldspenden an die Partei zu überweisen. Lyndon La Rouché beschuldigte das FBI, eine "verbrecherische Kampagne zu entfesseln", gegen ihn, seine Mitarbeiter und gegen die Mitarbeiter seiner Frau. Er beschuldigt das FBI, ihn zusammen mit einem Drogenschmuggler, der in Lateinamerika und in der Karibik operiert, um "Wahlkampffonds in Höhe von über 290 000 Dollar bestohlen zu haben".

Nachdem wir die Tätigkeit der EAP in drei Ländern Westeuropas beleuchtet haben, wenden wir uns ihrem Zentrum in den USA zu. Der Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der AdW der UdSSR J. Olestschuk:

Ohne ihr Attribut "europäisch" existierte die "Arbeiterpartei" bis in die jüngste Zeit in den USA. Sie stellte sogar einen eigenen Kandidaten zu den Präsidentschaftswahlen auf. Damals, 1976, erhielt dieser Kandidat, Lyndon La Rouché 40 000 Stimmen. 1980 sammelte La Rouché über 2 Mio Dollar, um an den Vorwahlen der Demokratischen Partei teilzunehmen. Zu den Präsidentschaftswahlen 1984 kandidierte La Rouché in 18 Staaten und im Bundesdistrikt Colombia und erhielt 78 773 Stimmen.

Die politische Laufbahn des Lyndon La Rouché ist nicht uninteressant: Er begann als Trotzkist und wurde später leidenschaftlicher Konservativer. Einige Zitate aus seinen Reden: "Das Schicksal der Welt liegt in meinen Händen. Ich fühle, welch schreckliche Verantwortung auf mir lastet", oder: "Man muß nicht unbedingt Braunhemden tragen, um Faschist zu sein. Man muß sich nicht einmal Faschist nennen. Nur sein muß man einer."

Das war für den amerikanischen Politologen Irving Horowitz Anlaß, über die Aktivitäten der Gruppe zu schreiben. La Rouché ist ein Beispiel dafür, "welche Form der Faschismus in Amerika annimmt". Der ehemalige Justizminister der USA, Ramsey Clark ist derselben Meinung: "Diese Gruppierung erzeugt faschistoide Einstellungen." Der Publizist Dennis King bezeichnete die EAP-Mitglieder als "Nazis ohne Hakenkreuz". King schreibt: "La Rouché hat das Ziel, eine weltweite Organisation aufzubauen, deren Zentren in den USA und der BRD liegen."

B. Brigouleix schildert seine Begegnung mit La Rouché. Dieser mal heftige, mal—besonders vor Fernsehkameras—süß lächelnde 60jährige vermag im selben Atemzug eine vernichtende Rede gegen

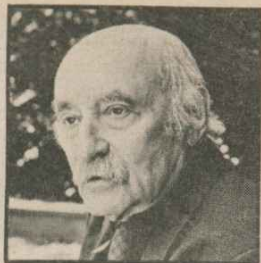
die Ausbeutung der Dritten Welt zu halten, ein Grund dafür, daß sich dieser neugebackene Millionär links nennen kann, und gegen die "jüdischen City-Bankiers". Das weckt andere Assoziationen. Der ewige Kandidat für eine Kandidatur der amerikanischen Demokraten sonnt sich in der Rolle des heißen Befürworters von Reagans SDI. Bekanntlich kämpft La Rouché für eine Beschleunigung des Wettrüstens und hält eine Steigerung des nuklearen Potentials der USA für unabdingbar. Er steht vollkommen hinter SDI, und zwar der Variante, bei der das Hauptgewicht auf einer weltraumgestützten atomaren Komponente liegt.

Die US-Presse stellt La Rouché als schäumenden Antisemiten dar. Er behauptet, daß die Juden Hitler verleumdet hätten, indem sie ihm Massenvernichtungen zuschrieben, die es in Wirklichkeit nie gab. Weltgeschichte und Weltpolitik sind für ihn eine Kette übelster Verschwörungen, an denen sich zu allererst Juden beteiligen, außerdem der Internationale Währungsfonds, die Rockefellers, Jesuiten und Henry Kissinger höchstpersönlich.

Für den Spießer hält man leichter zu schluckende Lösungen bereit, beispielsweise Reihenuntersuchungen der amerikanischen Bevölkerung, um AIDS-Kranke auszusondern, oder alle Dealer vor Gericht zu stellen. Für den Fall, daß La Rouché und seine Gefolgschaft die Macht in Händen halten, versprochen sie, landesweit Tribunale zu veranstalten, auf denen verschiedene "Verräter" verurteilt werden sollten. Bislang ist es dazu noch nicht gekommen, sondern La Rouché und seine Komplizen müssen sich selbst vor Gericht verantworten, wegen Betruges und Bankmanipulationen!

Fast scheint es, als seien einige von La Rouchés Programmpunkten eher ein Fall für den Psychiater, so jedenfalls äußert sich ein Teil der US-Presse. Doch, jüngste Ereignisse lassen aufhorchen: Am 18. März d. J. siegten die La Rouché-Anhänger M. Fairchild und J. Hart bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei im US-Staat Illinois in Vorbereitung zu den Gouverneurswahlen als Anwärter auf die Posten des Vizegouverneurs und Staatssekretärs. Der Gouverneurskandidat Adlai Stevenson nannte sie ohne Umschweife "Rechtsextremisten, Fanatiker, Neofaschisten".

La Rouché stützt sich auf eine Nationalkomitee demokratischer Politiker genannte Organisation. Es scheint, als habe er seine "Arbeiterpartei" aufgelöst. La Rouchés Hauptquartier befindet sich in Leesburg, Virginia. Es gibt mehrere Anhaltspunkte dafür, daß das "Nationalkomitee" um die 700 Kandidaten für verschiedene Staatsämter zu seinen Aktivposten zählt. Laut Presseangaben stellte das Komitee in 26 Staaten eigene Kandidaten auf, darunter 14 Senatoren und 6 Gouverneursanwärter.



Soweit die von der "NZ" gesammelten Fakten. Wir baten den bedeutendsten Neofaschismus-Experten und sowjetischen Alt-Publizisten Ernst Henri um seine Einschätzung.

NZ Verraten Sie uns, ob Ihre bundesdeutschen und amerikanischen Kollegen recht hatten, die die Mitglieder der "Europäischen Arbeiterpartei" "Nazis ohne Hakenkreuz" nannten!

E. Henri. Gern. Doch bevor ich Ihre Frage beantworte, lassen Sie mich meine Meinung über diese "Partei" vorausschicken. Auch ohne Verlautbarung der "International Herald Tribune" und Geständnisse des Mister Colby hätte man in dieser Gruppierung eine typische CIA-Schöpfung erkennen können. Meiner Meinung nach ist die EAP eine von den Dutzenden Tarnorganisationen der CIA, wie sie in vielen Ländern geschaffen wurden. Wenn erforderlich, werden derlei Agenten für subversive, auch terroristische Aktionen eingesetzt. Daß sie sich "Arbeiterpartei" nennt, spricht mitnichten dagegen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Auch die deutschen Faschisten nannten sich "Arbeiterpartei", gar "sozialistische". Offenbar tummeln sich um La Rouché Faschisten, die zu allem bereit sind, auch zum Mord.

Diese Agentur sieht ihr Hauptziel darin, auf jede erdenkliche Weise die Volksbewegung gegen das Wetrüsten zu desorientieren, die Öffentlichkeit zu demoralisieren und das öffentliche Bewußtsein zu vergiften.

NZ. Übertreiben wir nicht den Wirkungsgrad der CIA? Steckt sie wirklich hinter allen Fanatikersekt des Westens?

E. Henri. Man darf die Rolle der CIA nicht zu geradlinig auffassen. Vergessen Sie nicht, daß die amerikanische Reaktion während der letzten Jahre ihre Aktivitäten stark erweitert und ein Agentennetz von unerhörten Ausmaßen geschaffen hat. Heutzutage meint man in der CIA, daß gewöhnliche Politik und Polemik

bereits nichts mehr fruchten. Vernichten ist reeller. Dafür braucht man nicht nur Geld, sondern auch Kader.

Andererseits ergreift die CIA nicht unbedingt immer selbst die Initiative. Den Vertretern dieser Behörde kommt jede antikommunistische Aktion gelegen. Sie findet in Langley immer Unterstützung. Die EAP muß nicht unbedingt im Hauptquartier der CIA erdacht worden sein. Statt dessen beobachtet die CIA die politische Entwicklung des einzelnen Landes, sagen wir der BRD, der USA oder Schwedens, und bedient sich bereits vorhandener innerer reaktionärer Tendenzen.

NZ. Vielleicht kann man so sagen: Nicht hinter jedem antikommunistischen und antisowjetischen Verein stecken CIA-Agenten, aber sie sind bereit, jede einschlägige Gruppierung zu benutzen.

E. Henri. Einverstanden.

NZ. In der Bundesrepublik meint man, daß die EAP von irgendeinem Millionär Finanzspritzen erhält.

E. Henri. Das wäre nichts Neues! Nehmen wir die 20er Jahre. Damals bediente sich die Nazi-Partei gern bei Millionären wie Krupp, Thyssen und Kierdorf. Auch die Angriffe auf Rockefeller hatten wir schon. Die Nazis nahmen Geld von Krupp. Nach außen waren sie "Monopolfelnde".

NZ. Damit wären wir wieder bei unserer ersten Frage, bei den "Nazis ohne Hakenkreuz". Sie erwähnten einen für die Entwicklung einer faschistischen Bewegung typischen Charakterzug, die Unterstützung durch das große Kapital.

E. Henri. In dieses reale Schema, keineswegs ein Gehirngespinnst, fügt sich eine weitere Komponente, die Demagogie der EAP, die an den Kleinbürger, den Spießer appelliert. Seinerzeit wären die Hitlerleute ohne entsprechende Demagogie keine Massenpartei geworden.

NZ. Stimmt. Bei der EAP fallen ihre demagogischen Forderungen ins Auge, vom Schlag des Antidrogenkampfes oder ihres Kampfes gegen Popmusik. Sie zielen direkt darauf ab, Spießer zu beeindrucken. Welche faschistischen Elemente weist die EAP noch auf?

E. Henri. Das Wichtigste überhaupt ist ihr Antikommunismus. Jede faschistische Bewegung, jede faschistische Gruppierung ist antikommunistisch. Dieses Element ist notwendig, um Faschismus zu diagnostizieren.

NZ. Notwendig, aber nicht das einzige, wie man sieht. Wir haben uns angewöhnt, von faschistischen als von Massenparteien zu sprechen. Die EAP ist keine. Was meinen Sie, ist der Massenfaktor entscheidend, um eine Partei als faschistisch zu definieren?

E. Henri. Nein. Entscheidend bleibt ihre Politik, ihre antisowjetische, antidemokratische und rassistische Politik. Sie

fangen klein an. Aber dann: Italiens Neofaschisten, die Italienische Soziale Bewegung — Nationale Rechte, zählt bereits 400 000 Mitglieder. Das nach den Lehren des Krieges, nach den Lehren des Faschismus! Ein weiteres, noch interessanteres Beispiel ist Frankreich. Hier hat die "Nationale Front", die kein Mensch ernst nahm, bei den Wahlen Hunderttausende Stimmen erhalten. Der reinste Horror!

NZ. Diese Parteien allerdings sträuben sich dagegen, faschistisch genannt zu werden. Inwiefern ist Ihrer Meinung nach überhaupt eine Unterteilung in Faschisten mit und Faschisten ohne Hakenkreuz gerechtfertigt? Ist das nicht dasselbe?

E. Henri. Mir scheint diese Unterteilung auf politische Realien zurückzugehen. Unmittelbar nach Kriegsende und dem Zusammenbruch der faschistischen Regimes Hitlers und Mussolinis hätte niemand eine offene Parteinahme für sie verstanden. Es lag im Trend, sich demokratisch zu stellen, demokratischen Prinzipien ewige Treue zu schwören und die Naziordnung zu kritisieren. So entstanden Gruppen ohne Hakenkreuz. Hören Sie sich La Rouché selbst an, er läßt sich ungern Faschist nennen.

NZ. Seit dem Krieg sind immerhin 40 Jahre vergangen...

E. Henri. Es scheint paradox, aber jetzt hat sich die Lage zugunsten des alten Hakenkreuzfaschismus geändert: Vieles ist in Vergessenheit geraten, faschistische Methoden und Symbole sind unter einem Teil der westlichen Jugendlichen verbreitet. Gefährlicher sind meiner Meinung nach die, die ohne Hakenkreuz agieren. Diese Gruppen stellen eine ernst zu nehmende und gefährliche Reserve der internationalen Reaktion dar, die ihr besonders beim Übergang zu Terrormethoden gelegen kommen. Wie kein anderer eignen sich diese Fanatikersekte für Attentate auf fortschrittliche Persönlichkeiten.

Ziehen wir eine knappe Bilanz. Gruppen und Organisationen wie die EAP, auch wenn ihre Komplizenschaft am Mord an Olof Palme juristisch nicht nachweisbar sein sollte, sind der Faschismus der 80er Jahre in seiner konkreten Ausprägung. Als authentischer Bestandteil der gelobten westlichen Demokratie sind sie der Knüppel der reaktionärsten Kräfte des internationalen Antikommunismus. In diesem Licht besehen bleiben solche Gruppen gefährlich und müssen von der internationalen Öffentlichkeit aufmerksam beobachtet werden, damit ihr Anspruch nicht Wirklichkeit werde.

Das Material bearbeiteten:
L. BESYMENSKI
K. ISSAKOV

Ich möchte gern, daß mir jemand, der über solche Dinge Bescheid weiß, in der NZ erläutert, was sozialistisch orientierte Länder sind. Der Ausdruck klingt mir gekünstelt, so, als ob ihn nicht bekannte, sondern Pseudowissenschaftler im Sozialauftrag von Politikern geprägt hätten. Nach den klassischen Definitionen trifft der Sozialismus ja nach dem Kapitalismus und nicht nach der Urgemeinschaft ein.

W. KROTOW,
Leningrad



Es diskutiert
Dr. sc. phil.
Wladimir IORDANSKI

Wie Ihr Brief zeigt, zweifeln Sie daran, ob es wirklich möglich ist, daß Länder das kapitalistische Entwicklungsstadium überspringen, ob das nicht eine rein scholastische Erfindung ist, die den Völkern der dritten Welt aufgenötigt wird. Ich halte Ihre Zweifel für völlig unberechtigt.

Als in Asien, Afrika und Lateinamerika die Kolonialreiche zusammenbrachen, zeigte es sich, daß der Kapitalismus in vielen jungen Nationalstaaten keine tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Das trifft besonders für das tropische Afrika und einige Länder Asiens zu. Dort bestanden keine Großbetriebe einheimischen Kapitals, keine einzige Nationalbank oder Versicherungsgesellschaft. Selbst der bürgerliche Mittelstand, der den Handel in Händen hatte, war gewöhnlich aus dem Libanon oder aus Hindustan zugewandert. In der Gesellschaft, namentlich auf dem Lande, gab es noch Überbleibsel der Stammes- oder frühfeudalistischen Verhältnisse. Sowohl die Arbeiter als auch die Intellektuellen bildeten kleine Einsprengsel in der Masse des Volkes, das nicht das kapitalistische Gefüge durchlaufen hatte.

Ob man die langwährende Phase der kapitalistischen Entwicklung überspringen kann oder ob die Chance besteht, das Volk vor den Qualen, Entbehrungen und sozialen Unge-

rechtigkeiten — dieser furchtbaren Begleiterscheinungen des Kapitalismus — zu bewahren, vor diese Frage sahen sich die Führer der nationalen Befreiungsbewegung in der dritten Welt gestellt, sobald sie die politische Macht übernahmen. Das Problem fußte also im Leben und war keine Ausgeburt müßiger Hirne von Pseudowissenschaftlern. Ich muß sagen, daß schon zur Zeit der antikolonialistischen Revolutionen, in den 40er–60er Jahren, gewisse praktische Erfahrungen im Übergang von vorkapitalistischen Formationen direkt zum Sozialismus vorlagen. Das Volk der Mongolei und die Völker der Randgebiete Rußlands bewiesen in der Praxis, daß so ein Übergang möglich ist.

Viele junge Staaten mußten sich aber allein ihren Weg suchen. Insbesondere fragten sich Politiker und Staatsmänner der dritten Welt, denen gerechte soziale Verhältnisse und eine von der Herrschaft der Monopole freie Wirtschaft vorschwebten, welche sozialen Schichten ihre Verbündeten und ihr Rückhalt werden könnten. Die imperialistische Propaganda konnte in gewissem Grade Vorurteile gegen die Arbeiterklasse wecken, sie stellte diese als bevorzugte Schicht hin, was das Suchen nach einer richtigen Sozialstrategie erschwerte.

Die Geschichte stellte manches richtig und gab Erläuterungen zu dieser Frage. Je nach Maßgabe der strukturellen Besonderheiten der Gesellschaft, der Tiefe der Klassenunterschiede und antagonistischen inneren Gegensätze, fanden die Lösungen der sozialen Gerechtigkeit in verschiedenen Schichten auch verschiedene Resonanz. Das gilt für die Jugend, die Frauen und die städtischen Arbeitslosen sowie für die Arbeiter und kleinen staatlichen Angestellten und für Kleinunternehmer.

Die Entwicklung der Industrie in diesen Ländern verändert die soziale Basis der revolutionär-demokratischen Macht. Wie? Im Zuge des Wirtschaftsaufbaus entsteht eine Arbeiterklasse oder wächst die vorhandene merklich an. Sie spielt im gesellschaftlichen und politischen Le-

ben mit der Zeit eine größere Rolle. Der Einfluß der nationalen Intellektuellen, die in einer Reihe von Entwicklungsländern gerade in der Epoche der Unabhängigkeit auftraten, nimmt zu. In vieler Hinsicht hängt die Stabilität der revolutionär-demokratischen Macht auch von ihrem Einfluß auf dem flachen Lande ab, wo sich die Klassenschichtung zur Zeit der Unabhängigkeit beschleunigt.

Die junge Volksmacht hat es mit enormen Schwierigkeiten zu tun: mit knappen staatlichen Ressourcen und Mitteln, mit komplizierten wirtschaftlichen und sozialen Problemen und einer zunehmenden Differenzierung der Gesellschaft, die von einer Zuspitzung der Klassenkonflikte begleitet ist; ferner mit immer stärkerem Widerstand der Bourgeoisie und deren Bundesgenossen, nicht zuletzt der imperialistischen Mächte, die in ihren ehemaligen Kolonien Keime sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen nicht dulden wollen.

Die Regierungen der sozialistische Ideale anstrebenden Länder sind auch vor Irrtümern nicht gefeit. Vergessen wir aber nicht, daß sie Bahnbrecher sind. In vielen Bereichen müssen sie improvisieren, müssen sie selbständig Lösungen finden. Sie sammeln ihre Erfahrungen im harten politischen Kampf. Die Feinde der revolutionären Demokraten gehen darauf aus, deren geringste Irrtümer auszuschlachten. Es ist vorgekommen, daß reaktionäre Kräfte z. B. einen Teil des Offizierskorps und schwankende Gruppierungen des Kleinbürgertums für sich gewinnen konnten. Aber trotz einzelner Fehlschläge bekräftigt die Geschichte ein übers andere Mal, daß die Entwicklungsländer eine reale Alternative zum Kapitalismus haben. Von den sozialistischen Ideen sind Millionen begeistert.

Das sozialistische Weltsystem hat den revolutionär-demokratischen Regierungen in der dritten Welt schon wiederholt über ihre Schwierigkeiten hinweggeholfen. Sowohl die UdSSR als auch die anderen sozialistischen Länder leisten ihnen jedweden politischen und wirtschaftlichen Beistand. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich zwischen den fortschrittlichen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und dem sozialistischen Weltsystem eine enge Zusammenarbeit angebahnt, die schon so manche Probe bestanden hat.

Mit 6, 5:5, 5 für den Inhaber des Weltmeistertitels endete der Londoner Teil des Revanchespiels Garri Kasparow — Anatoli Karpow um den Schachthron. Weiter gespielt wird in Leningrad



Halbzeit

Dawid BRONSTEIN
internationaler Großmeister



Kasparow oder Karpow? Die Antwort darauf werden wir aus Leningrad erhalten. Nach dem Londoner Teil des Revanchespiels aber führte der Weltmeister mit einem Punkt. Hinter den Zahlen 6,5:5,5 stehen härtester Kampf, kühne und vorsichtige, gelungene oder mißglückte Züge.

Um die weitere Spielstrategie besser zu verstehen, wollen wir uns noch einmal dem Londoner Teil des Matches zuwenden.

Zu Beginn spielten die Rivalen dreimal remis. In dieser Phase spielte Karpow zweimal Weiß, doch einen entscheidenden Angriff vermochte er nicht aufzubauen. Dafür erhielt Kasparow in der zweiten Partie durch sein sensibles Spiel ein bedeutendes Übergewicht im Endspiel, und nur die Unaufmerksamkeit beim 39. Zug nahm ihm den verdienten Gewinn. Der Weltmeister hätte nur einen einfachen Zug mit dem Turm zu machen brauchen, und sein Gegner wäre völlig schutzlos gewesen. Betrachtet man die Position ruhig, dann bemerkt man natürlich leicht diesen Zug, doch im Spiel selbst entgeht vieles selbst Weltmeistern.

In der zweiten Woche wurde der Rhythmus gleich ein anderer — die Rivalen tauschten eindrucksvolle Siege bei einem Unentschieden aus, über das ausführlicher berichtet werden soll.

Seit eh und je sagen die Schachspieler "Ich spiele 1. e2-e4!". Dieser Zug ist auch

bei den Großmeistern beliebt. So spielte in der 6. Partie des Matches auch Kasparow. Nach der Antwort Schwarz 1...e7-e5 zog der Weltmeister mit dem Springer 2.Sg1-f3. Hier wird meist 2...Sb8-c6 gespielt, doch Karpow wählte den Zug 2...S g8-f6, der für Russische Partie kennzeichnend ist. Diese Eröffnung ist nach den russischen Schachmeistern Carl Jaenisch und Alexander Petrow so genannt. Die Partie wird oft "Petrows Spiel" genannt. Diese Eröffnung wurde dank den theoretischen Arbeiten der großen russischen Schachmeister so beliebt.

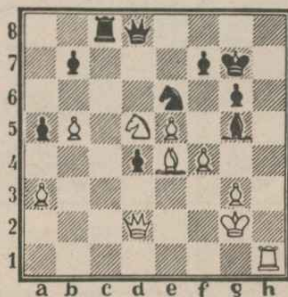
Alexander Petrow, ein herausragender Propagandist des alten Spieles, brachte 1824 ein Schachlehrbuch in kleiner Auflage heraus. Interessanterweise befinden sich zwei Exemplare des Buches in Alexander Puschkins Privatbibliothek. Das eine hatte er sich selbst gekauft, das andere trägt eine Widmung des Autors. Bekanntlich hatte der große Dichter viel für Schach übrig.

Kasparow und Karpow vermochten es, auch in eine solche als friedlich geltende Eröffnung wie die Russische Partie Spannung zu tragen. Schöne Kombinationsstellungen entstanden, erfinderische Attacken wechselten mit raffinierter Verteidigung, doch letztlich endete auch diese Partie remis. Nach der zweiten Woche stand es unentschieden.

In der 7. Partie spürte man, daß die Teilnehmer des

Matches mir ihren Zügen einander psychologische Nadelstiche zufügen, den Rivalen aus dem gewohnten Spielrhythmus bringen wollten. Der Ex-Champion wandte bei der Eröffnung einen originellen strategischen Plan an, ergriff die Initiative und erzielte eine große Positionsüberlegenheit. Er hätte ruhig seine Stellung an der Königsflanke verstärken können, Kasparow aber hätte es schwer gehabt, die stärker werdende Attacke von Weiß abzuwehren. Doch Karpow wollte es sich bequem machen und so wählte er einen leichteren Weg für die Attacke an der Damenflanke. Das war ein Fehler, was Kasparow sogleich durch einen vorzüglichen Bauernzug demonstrierte. Das Spiel wurde sehr spannend. Zudem waren beide in starke Zeitnot geraten.

Nach dem 35. Zug sah die Position von Weiß auf dem Schachbrett wie folgt aus:



Weiß hat gerade eben den schwarzen Läufer mit einem Bauern attackiert (35.f2-f4). Man könnte meinen, der Läu-

fer müßte sich zurückziehen. Doch der Weltmeister fand eine scharfsinnige Antwort. Dann folgte: 35...Tc8-c5! 36.fgT:d5 37.L:d5 D:d5+ 38.Kh2 — D:e5 39.Tf1 D:b5 40.Df2 S:g5 41.D:d4+. In dieser Stellung wurde die Partie verschoben, Kasparow legte den Zug 41...Kg8 in den Umschlag.

Die Rivalen schlossen Frieden, ohne die Partie zu Ende zu spielen. Doch während Kasparow über das Remis froh war, betrübte es Karpow.

Jene Zeitnotepisode hatte beiden viel Kraft genommen. Unvergesslich bleiben mir die Züge der Großmeister in der 7. Partie und die Spannung in den vorhergehenden Partien. Wahrscheinlich wäre es für die beiden Teilnehmer logisch gewesen, nach der 7. Partie eine Auszeit zu nehmen. Doch wer hätte das tun sollen? Der Weltmeister hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Auszeit verausgabt. Vielleicht wollte der Ex-Champion den Kampf gründlicher durchdenken. Um so mehr, da deutlich wurde, daß das Barometer im Match immer klarer auf "Sturm" zeigt. Doch nein, Karpow wollte keine weitere Auszeit verlieren — die Möglichkeit einer zusätzlichen Erholungspause kann ihm beim Leningrader Teil des Spieles von Nutzen sein.

Karpow, der die Reserven seiner emotionalen Energie überschätzt hatte, beschloß auch in der nächsten Partie auf Gewinn ... mit Schwarz zu spielen. In der Eröffnung

wählte er eine sehr starke Variante, wodurch er offenbar eine Attacke Kasparows provozierte. Karpow, der einen schwierigen Weg mit der schwarzen Dame hinter sich hatte, gewann einen Bauern. In dieser Zeit gelang es Kasparow, einen gefährlichen Angriff aufzubauen. Karpow, der großes Können in der Verteidigung zeigte, glich das Spiel aus, doch, vom Kampf fasziniert, bemerkte er einen einfachen Zug mit dem weißen Springer nicht und erlitt eine Niederlage. Das bräuhete man nicht so ausführlich darzustellen, wenn da nicht die schlimmste Zeitnot Karpows gewesen wäre, die mit einer Zeitüberschreitung endete, was bei Spielen solchen Niveaus überaus selten vorkommt. Zweifelsohne war Karpows Niederlage in der 8. Partie von ihm selbst vorprogrammiert. Er hatte keine Auszeit genommen, und die durchgemachten Aufregungen waren nicht spurlos an ihm vorüber-

gegangen. Dabei sollte man auch nicht vergessen, daß Kasparow 12 Jahre jünger ist als der Ex-Champion.

Karpow nahm nach Verlust der Partie doch eine Auszeit, doch ein wichtiger Punkt war bereits verloren.

Die 8. Partie erinnerte die Teilnehmer an die ganze Schwere ihres Ringens, und im weiteren spielten beide äußerst konzentriert. Kasparow war bemüht, seinen zusätzlichen Punkt nicht zu verlieren. Karpow aber beeilte sich nicht gleichzuziehen. In jeder folgenden Partie konnte man beobachten, wie die Großmeister versuchen, allmählich den Schlüssel zu den bevorzugten Eröffnungssystemen des Gegners zu finden.

In dieser Lage, da der erste Monat des Matches zu Ende ging, über 12 Partien bevorstanden und je 2 Auszeiten in Reserve waren, da klar wurde, daß das Ende des Revanche-spiels nicht nahe ist, denn

keiner von beiden ist klar überlegen, und man ruhig Kräfte sparen kann — eben da wurde die interessanteste Partie der gesamten ersten Matchhälfte gespielt. Sie endete mit einem Remis, doch bis heute ist die Partie Diskussionsgegenstand.

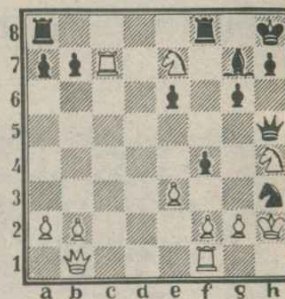
Da die 11. Partie als beste der Londoner Spielhälfte anerkannt wurde, wollen wir sie unseren Lesern ganz präsentieren. Hier ist alles interessant: die spannende Eröffnung, die plötzliche Attacke von Weiß, der zügige Gegenangriff von Schwarz, das atemberaubende Duell der weißen und schwarzen Springer und dann das Ringen der Damen. Das Ergebnis war ein Remis in einem ausgezeichnet gebotenen Endspiel.

Und so lief die 11. Partie: Grünfeldt-Indische Verteidigung.

1.d4 Sf6 2. c4 g6 3.Sc3 d5 4. Lf4 Lg7 5. e3 c5 6. dc Da5 7. Tc1 dc 8. L :c4 0-0 9. Sf3 D : c5 10. Lb3 Sc6 11. 0-0 Da5 12. h3 Lf5 13.De2 Se4 14. Sd5 e5 15. T:c6 ef 16.Tc7 Le6 17. Del Db5 18. Se7+ Kh8 19. L : e6 fe 20.Db1

Sg5 21. Sh4 S : h3+ 22. Kh2 Dh5.

Auf dem Schaubild — die Position nach dem 22. Zug.



23. Se : g6+ hg 24. D : g6 De5 25. Tf7 T : f7 26. D : f7 Sg5 27. Sg6+ Kh7 28. S : e5 S : f7 29. S : f7 Kg6 30. Sd6 fe 31. Sc4 ef 32.T : f2 b5 33. Se3 a5 34. Kg3 a4 35. Tc2 Tf8 36. Kg4 Ld4 37. Te2 L : e3 38. T : e3 Tf2 39. b3 T : g2+ 40. Kf3 T:a2 41. ba. Remis.

Dieses faszinierende Duell wird die Schachwelt noch in vielen Jahren studieren. Partien, wenn die Großmeister nicht nur nach den besten Zügen suchen, sondern ihre Strategie in der Praxis verteidigen, sind, nicht nur als solche, sondern auch als psychologischer Zweikampf von Persönlichkeiten, von Charakteren stets interessant.

Das Match wird jetzt in Leningrad fortgeführt. Doch die Londoner zeigen auch weiter reges Interesse — so werden im Hotel "Great Eastern" die Züge aus der Newa-Stadt direkt übertragen.

Der Hauptschiedsrichter des Matches, Lothar Schmid, äußerte sich lobend über die Anstrengungen der Veranstalter der Londoner Spielhälfte. "Hier wurde alles Menschenmögliche getan", sagte er. "Die Atmosphäre ist ideal. Wenn kleine Probleme auftauchen, die bei solchen Wettkämpfen nur natürlich sind, wurden sie operativ gelöst. Kasparow und Karpow boten ein phantastisches Spiel."

London. Der Hauptschiedsrichter des Matches, Lothar Schmid [BRD], eröffnet eine weitere Partie

Foto: Rodriqo Fernandez (APN)



Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

MIT AEROFLOT NACH MOSKAU!

Aeroflotmaschinen fliegen wieder regelmäßig auf den Routen:

Moskau — Washington — Moskau

Moskau — New York — Moskau

Eine IL 62 bringt Sie aus New York in 9,5 und aus Washington in 10 Stunden nach Moskau.

Für Komfort und Gastfreundlichkeit ist gesorgt.

Abflug aus New York jeden Sonntag, aus Washington jeden Dienstag.

Näheres erfahren Sie bei jeder Aeroflot-Vertretung oder -Agentur.

WILLKOMMEN IN MOSKAU!



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHEN-
WETTBEWERB

„JAHR
DES FRIEDENS“



Gute Stimmung

Der alte Mann
und das Brot...



Fotos von
Romuald
BRONIAREK
(VRP)